958

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 1/Nr. 2 November 1976



Kommunistischer Bund Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs
Jahrgang 1/Nr. 2 November 1976

Inhalt

(+) Die in dieser Stellungnahme zitierten Seiten 1 - 32 der "Roten Fahne" Nr. 161/1976 entsprechen den Seiten 6 - 37 in diesem "Kommunist"

Impressum:
Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Erscheint im Verlag Alois Wieser GesmbH. Druck: Alois Wieser GesmbH, Halbgasse 12, 1070 Wien
Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1070

Zur Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs

Im April 1976 hatten wir VRA und MLPÖ aufgefordert, zum ersten Programmentwurf der Programmkommission Stellung zu nehmen. Kurz nach der Gründung des KB Österreichs hat die "Rote Fahne" eine Stellungnahme zu einem mit 16. Juli 1976 datierten, überarbeiteten Entwurf des Programms veröffentlicht. Dieser Entwurf wurde von der Programmkommission noch einmal überarbeitet, bevor er der Gründungskonferenz vorgelegt wurde. Die Gründungskonferenz hat ebenfalls noch Veränderungen am Entwurf vorgenommen. Die Stellungnahme der "Roten Fahne" ist daher in einigen Punkten durch den tatsächlichen Programmtext überholt. Das ändert aber nichts an der Bedeutung dieser Auseinandersetzung und an ihren entscheidenden Inhalten. Wir drucken daher - wobei wir selbstkritisch feststellen, daß seit Erscheinen der "Roten Fahne" bereits einige Zeit vergangen ist - in dieser Nummer des "Kommunist" die Kritik der "Roten Fahne" und den ersten Teil einer Stellungnahme von unserer Seite zu dieser Kritik ab. Deren zweiter Teil wird in der nächsten Nummer erscheinen.

ZWEITE AUFLAGE !

Doppelnummer

P.b.b. / ...ungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

...etarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nr. 161 Juli 1976 Einzelpreis S 7.-

MIT DEM MARXISMUS-LENINISMUS UNVEREINBAR !

Analyse und Kritik des PROGRAMMS des

KOMMUNISTISCHEN BUNDES

VORWIEGEND BEHANDELTE THEMEN :

Anforderungen an ein Programm, Staat, proletarische Revolution, Diktatur des Proletariats, demokratische und sozialistische Bewegung, Bundesgenossen des Proletariats (Bauernfrage), nationale Minderheiten, ausländische Arbeiter, Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen und der Dritten Welt, nationale Unabhängigkeit u.a.

Anläßlich ihres für den August 1976 festgelegten Zusammenschlusses zu einer "gesamtnationalen Organisation" haben die in mehreren österreichischen Hochschulzentren existierenden "Kommunistischen Bünde" (KBs) und "Kommunistischen Gruppen" (KGs) den Entwurf eines Programms vorgelegt, das den Anspruch erhebt, ein marxistisch-leninistisches Programm für Österreich zu sein, auf dessen Grundlage später einmal die Vereinigung "aller wirklichen Marxisten-Leninisten" unseres Landes in einer gemeinsamen Partei erfolgen könnte. Nach Fertigstellung des Programmentwurfes durch eine bundinterne "Programmkommission" und mit seiner Veröffentlichung im theoretischen Organ des KB Wien ("Kommunist", April 1976) erfolgte schließlich auch eine "Aufforderung" an die MLPÖ, zum Text Stellung zu nehmen. Tatsächlich ist das unbedingt erforderlich und so kommen wir dieser Aufforderung nach gründlichem Studium des Programmentwurfes und nach seiner Diskussion in einem geeigneten Kollektiv gerne nach. *

ABSCHREIBE-ÜBUNG STATT ANWENDUNG DES EIGENEN KOPFES

Noch bevor der einigermaßen politisch informierte Leser des Programmentwurfes einen Eindruck von dessen eigentlichem Inhalt bekommt, springt ihm etwas anderes in die Augen: Gleich beim ersten Satz und immer stärker bei den folgenden Formulierungen des Textes wird er das bestimmte Gefühl nicht los, das Ganze doch schon irgendwo, fast in der gleichen Art, mit den selben Sätzen und Formulierungen, stilistischen Verzierungen und rhetorischen Eigenarten, gelesen zu haben! Das Rätsel ist rasch gelöst:

Von den rund 14 Seiten des Programmentwurfes sind etwa 12 unverkennbar von dem schon vor mehreren Jahren beschlossenen "Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands" abgeschrieben, wobei ganze Abschnitte wortwörtlich übernommen sind und bei anderen kaum mehr getan wurde, als die Bezeichnung "westdeutsch" durch "österreichisch" zu ersetzen oder ein paar nichtige kosmetische Änderungen vorzunehmen.

Die Forderungen, die am Ende des "österreichischen" Programmentwurfes stehen, sind sogar zu mehr als 90 Prozent unverändert vom KB Westdeutschlands abkopiert und das angeschlossene Statut ist praktisch zur Gänze wortgetreue Abschreibe-Übung.

Es ergibt sich damit die Frage, was denn eigentlich die "Programmkommission" des Bundes getan hat, die den Mut besitzt, eine solche Kopie als ihr eigenes Produkt vorzulegen, und wozu sie überhaupt notwendig war. Die kleinen und kleinlichen Veränderungen, die sie an der westdeutschen Vorlage machte, die Ersetzung von ein paar Wörtchen durch ein paar andere mit ähnlichem Inhalt, die Umstellung einzelner Sätzchen und Passagen - alles das hätte auch eine einzelne redaktionelle Hilfskraft des Bundes an einem freien Abend leisten können.

In welcher unverzeihlich beiläufigen, unernsten und verantwortungslosen Art hier an eine so ernste und verantwortungsvolle Aufgabe wie der Erarbeitung eines politischen Programms herangegangen wurde, zeigt sich auch daran, daß die "Verfasser" des Programmentwurfes, wohl um die eigene Gedankenlosigkeit und Untätigkeit etwas zu kaschieren, den westdeutschen Originaltext dort und da etwas freier nacherzählt haben und dabei fast regelmäßig - hereingefallen sind. Selbst das für eine marxistisch-leninistische Organisation völlig unbrauchbare Programm des KB Westdeutschlands wurde so noch weiter verschlechtert, "verschlimmbessert".

Zum Beispiel lautet der erste Satz des westdeutschen KBW-Programms: "Die proletarische Weltrevolution ist aus einer wissenschaftlichen Voraussage zur Realität geworden." Die österreichischen Nacherzähler übernahmen diesen Anfangssatz, ersetzten aber die

---

* Dabei wurden alle zwischen April und 16. Juli 1976 vorgenommenen Änderungen des Programmentwurfs berücksichtigt, nicht aber eventuell noch danach durchgeführte Änderungen. Letztere dürften aber - nach dem Umfang und dem Charakter der in den vorhergehenden drei Monaten vorgenommenen Änderungen zu schließen - kaum wesentlich sein. (Anmerkung der Redaktion der RF).

Worte "proletarische Weltrevolution" durch das Wort "Kommunismus". Aus einer nicht übermäßig klaren Aussage wurde dadurch direkter Unsinn, da der Kommunismus heute bekanntlich noch in keinem einzigen Land der Welt Realität geworden ist. Auch wenn man annimmt, daß unter "Kommunismus" die kommunistische Bewegung gemeint sein könnte, bliebe der Satz falsch, denn diese Bewegung wieder war niemals bloße wissenschaftliche Voraussage, sondern existiert schon länger als die wissenschaftliche kommunistische Theorie. In der Diskussion des Entwurfs scheint jemand auf diesen Stumpfsinn aufmerksam gemacht zu haben, also wurde die Verschlimmbesserung zurückgenommen und der Originaltext der westdeutschen Vorlage wiederhergestellt.

Ähnliches geschah an einigen Stellen, an denen die österreichischen Kopierer den Begriff "Proletariat" durch die Worte "Arbeiter" oder "Arbeiterklasse" ersetzt und die westdeutsche Vorlage solcherart "weiterentwickelt" hatten ; in der jüngsten Version des Programms (16. Juli 1976) ist nun auch hier der westdeutsche Originaltext wiederhergestellt.

Es gibt eine Reihe derartiger Abänderungen des ersten Programmentwurfes, die dem uninformierten Leser als Ergebnis und Bestätigung einer echten Diskussion erscheinen könnten, in Wirklichkeit aber nur Wiederherstellungen des genauen Wortlauts der westdeutschen, zunächst ein wenig umgeänderten , Vorlage sind. Das geht oft bis in kleinste Details: So fordert der westdeutsche KBW die "Übergabe" des Volksbildungswesens in die Hände "demokratischer Organe der Selbstverwaltung". Die österreichischen Abschreiber machten daraus zunächst die Forderung nach "Verwaltung" des Volksbildungswesens durch solche Organe. Jetzt aber, nach dreimonatiger "Diskussion", ist die Änderung wieder retourgeändert und der originale Text der KBW-Vorlage wieder Wort für Wort hergestellt.

Bei dem Verlangen nach "obligatorischer Einbürgerung" aller im Lande lebenden Ausländer setzt das westdeutsche KBW-Programm eine Frist von 3 Monaten, die nötigenfalls auf 6 Monate erweitert werden dürfe. Die österreichischen Abschreiber hatten das zunächst auf die Forderung nach obligatorischer Einbürgerung innerhalb von 6 Monaten vereinfacht - jetzt, im Ergebnis einer dreimonatigen Diskussion, scheint im Programm aber wieder der originale, wortgetreue westdeutsche Text der Forderung auf.

Interessanterweise gibt es sogar Stellen, an denen die österreichischen "Programmverfasser" die westdeutsche Vorlage zuerst in positivem Sinn abgeändert hatten und sogar auch diese Änderung nun wieder zurückgenommen wurde. So erwähnt das westdeutsche KBW-Programm bei den Lehren aus den durch den revisionistischen Verrat verursachten Rückschlägen lediglich die Proletarische Kulturrevolution Chinas, während unsere hiesigen Subabonnenten, die schon an einer früheren Stelle einmal "Kuba" durch "Albanien" ersetzt hatten, es für angebracht fanden, auch hinzuzufügen, daß die Partei der Arbeit Albaniens die Schlußfolgerungen aus dem Auftreten des modernen Revisionismus gezogen und in die Tat umgesetzt hat. Ausgezeichnet! Doch leider wurde auch dieser Zusatz wieder weggestrichen und scheint in der Programmversion vom Juli 1976 nicht mehr auf.

Man könnte diese Beispiele noch bedeutend vermehren, doch sie zeigen schon, welch merkwürdigen Werdegang das Grundsatzdokument des "Kommunistischen Bundes Österreichs" hat: es wurde von allem Anfang an nicht selbständig, gemäß den eigenen Bedingungen und Erfordernissen erarbeitet, sondern reichlich gedankenlos vom großen westdeutschen Bruder übernommen; es gewann dann auch in einer mehrmonatigen bundinternen "Diskussion" keine konkreten, spezifisch österreichischen Züge, sondern wurde in ihrem Verlauf der ausländischen Vorlage sogar noch weiter gleichgemacht. Was als sozusagen "eigene geistige Leistung" bleibt, ist ein auffallend mageres Einschiebsel über Österreich, von dem wieder ein Teil ganz allgemeiner Art und der Rest ausgesprochen armselig, wo nicht überhaupt fehlerhaft und falsch ist. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Man könnte einwenden - und wird das sicherlich auch tun - daß es bei einem politischen Programm nicht um die Urheberschaft, um die Originalität und um die Verwendung oder Nichtverwendung ausländischer Vorlagen gehe, sondern ausschließlich um den Inhalt, egal aus welchem anderem Land er stamme, zumal wir doch Internationalisten sind und keine beschränkten Nationalisten. Ein solcher Einwand ist jedoch ganz oberflächlich und geht am Wesen der Sache vorbei.

Erstens nämlich ist die von den österreichischen "Programm-Verfassern" benützte und einfallslos kopierte Vorlage in diesem Fall selbst ganz untauglich und kann keinesfalls als marxistisch-leninistisches Programm gelten. (Diesen Beweis zu liefern, ist zwar in erster Linie Aufgabe der westdeutschen Marxisten-Leninisten, aber da der "Kommunistische Bund" unseres Landes gerade das westdeutsche KB-Programm kopiert hat, zwingt er uns auch eine indirekte Auseinandersetzung mit dem KB Westdeutschlands auf, die wir uns lieber erspart hätten. Immerhin sei hier besonders unterstrichen, daß es uns unmittelbar um den KB Österreichs geht und nicht um die ausländischen Vorbilder, in deren Karrenspuren er so würdelos einherhinkt.)

Zweitens ist zu sagen, daß es nicht nur falsch ist, ein unmarxistisches ausländisches Programm abzupinseln, sondern auch falsch und dem Geist des Marxismus-Leninismus widersprechend wäre, einfach ein richtiges, wirklich marxistisch-leninistisches Programm einer Bruderpartei abzuschreiben oder nur unwesentlich verändert zu übernehmen. Wir kritisieren den KB unseres Landes also nicht deswegen, weil er etwa seine Vorlage von der falschen Stelle geholt hätte, sondern deswegen, weil er überhaupt abschreibt und nacherzählt, statt den eigenen Kopf zu gebrauchen !

> Für das Programm sowie für die gesamte Tätigkeit einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei oder Organisation ist und bleibt stets entscheidend, wie weit sie es versteht, die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus, die allgemeinen Erkenntnisse und Erfahrungen der revolutionären Weltbewegung schöpferisch auf die konkreten, besonderen Bedingungen des eigenen Landes anzuwenden, diese allgemeinen Wahrheiten als spezifische Wahrheit des eigenen Landes auszudrücken, die internationalen Erfahrungen mit den Erfahrungen der revolutionären Bewegung des eigenen Landes zu einer überzeugenden Einheit zu verschmelzen und die besonderen, durch die konkreten Verhältnisse des eigenen Landes bestimmten Aufgaben der eigenen Arbeiterklasse und der nationalen revolutionären Bewegung im Lichte der Aufgaben der internationalen Arbeiterklasse und der revolutionären Weltbewegung, im Dienste der proletarischen Weltrevolution klar herauszuarbeiten.

Zweifellos ist das sehr schwierig, erfordert es weit mehr als ein paar Sitzungen irgendeiner Programmkommission, weit mehr als den einen oder anderen Diskussionsabend mit Mitgliedern und Sympathisanten, aber anders, einfacher und leichter geht es eben nicht und schon garnicht kann man einer solchen schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe mit Abschreibe-Übungen gerecht werden.

Verlangen wir vom österreichischen KB die erfolgreiche Lösung einer so schwierigen Aufgabe? Nein, wir verlangen das nicht und können das von ihm unter den gegebenen Umständen auch garnicht erwarten. Niemand könnte dem KB übelnehmen, wenn er die Abfassung und Beschließung eines ausführlichen Programms auf eine Zeit verschoben hätte, in der er bereits mehr theoretische Kenntnisse, ideologische Reife und praktische politische Erfahrungen besitzt, als sie ihm jetzt billigerweise schon zugemutet werden können, auf die Zeit nach einer gründlichen Herausarbeitung und Klärung der wesentlichen Elemente und Bausteine, deren Zusammenfassung erst das Programm ergeben kann. Was man dem österreichischen KB aber sehr wohl übelnehmen muß und was man garnicht scharf genug verurteilen kann, ist sein eklatant leichtfertiges und oberflächliches, im Grunde verantwortungs- und prinzipienloses Herangehen an die Programmerstellung.

Daß ein derartiges Herangehen an eine so ernste Aufgabe unmöglich zu einem brauchbaren Ergebnis führen konnte, sondern nur zur Karikatur eines Programms, zu einer kurzlebigen Stümperei, die der revolutionären Bewegung nicht nützt, sondern ihr schadet, sollte eigentlich klar sein. Wenn es dazu aber eines Beweises bedarf, so liefert ihn leider das, was die Bund-Programmkommission nun zur Annahme als Programm vorlegt.

Die tiefe Unehrlichkeit, die in dem würdelosen Akt zum Ausdruck kommt, einen so hemmungslos abgeschriebenen Text den eigenen Mitgliedern und Sympathisanten als selbst erarbeitetes Produkt vorzusetzen und zur Annahme zu empfehlen, ist demgegenüber nur ein Nebenaspekt, wenn auch des Nachdenkens wert.

ZUR KRITIK DES PROGRAMM-INHALTS

Doch kommen wir nun zum Wichtigsten, zum eigentlichen Inhalt des vorliegenden Programms. Wir haben dabei weder genügend Zeit und Raum noch halten wir es für unbedingt erforderlich, der Reihe nach alle unklaren, schiefen, mißverständlichen und vor allem auch direkt unrichtigen, vom Opportunismus und vom Revisionismus angekränkelten oder verseuchten Programmstellen auseinanderzunehmen, wenn auch unbestreitbar ist, daß in einem politischen

Programm mit marxistisch-leninistischem Anspruch jede einzelne Formulierung hieb- und stichfest sein, jedes einzelne Wort stimmen müßte. Wir wollen uns vielmehr damit begnügen, den Programmentwurf in bezug auf einige uns vorrangig scheinende Fragenkomplexe zu prüfen und zu analysieren, woraus sich schon ein deutliches Bild seines Gesamtcharakters ergeben wird.

Diese Fragenkomplexe, die wir für besonders wichtig erachten, weil sich bei ihrer Behandlung und Beantwortung die Scheidelinien zwischen Marxisten-Leninisten einerseits und Opportunisten und Revisionisten andererseits besonders deutlich zeigen, sind in erster Linie:

a) Die Frage der Zerschlagung des alten Staatsapparats als Hauptproblem und Hauptsache der proletarischen Revolution; der Notwendigkeit der vollständigen Zerschlagung dieses Apparats und seiner Ersetzung durch einen neuen von unten bis oben; der Unmöglichkeit, irgendwelche seiner Teile einfach zu übernehmen und für die Zwecke des Proletariats zu verwenden.

b) Das Verhältnis von Reform und Revolution, von demokratischer und sozialistischer Bewegung, von demokratischen und sozialistischen Forderungen.

c) Die Frage der Bundesgenossen des Proletariats, insbesondere der Masse der werktätigen Bauern.

d) Die nationale Frage - innerhalb Österreichs und in internationaler Hinsicht.

REVISIONISTISCHE SCHLAGSEITE

IN DER FRAGE DES STAATES

In der "Resolution zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung", beschlossen von der Wiener Konferenz der KBs und KGs im Dezember 1975, heißt es über die Voraussetzungen zur Vereinigung dieser Gruppen u.a.:

" Sie stimmen in den Hauptfragen der politischen Linie überein, auf der die Marxisten-Leninisten in den Klassenkampf eingreifen und an die Revolution herankommen, nämlich der Frage des Kampfes um Arbeiterforderungen, des Kampfes um Demokratie, in der Aktionseinheitspolitik und in der Gewerkschaftsfrage." ("Kommunist", April 1976, Seite 6)

Hier stockt man schon. Hauptfragen der politischen Linie? Was hier als solche angesprochen werden, sind merkwürdigerweise ausschließlich Forderungen nach Reformen und Fragen des Tageskampfes! Hier wird bereits jene revisionistische Schlagseite deutlich, die - trotz diverser anderslautender Erklärungen an anderen Stellen - auch im Programmentwurf des österreichischen KB immer wieder hervortritt.

Für Marxisten-Leninisten kann es sicherlich nicht den geringsten Zweifel daran geben, was denn die "Hauptfragen der politischen Linie" sind, denn gerade in diesen Fragen stehen sie im ununterbrochenen heftigen Kampf gegen alle Sorten von Opportunisten und Revisionisten: Es sind das natürlich die Fragen der proletarischen Revolution, des bewaffneten Aufstandes der Volksmassen, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats von der Basis bis an die Spitze, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, der unbedingten Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse insbesondere mit der Masse der werktätigen Bauern, die Fragen der Hegemonie der Arbeiterklasse, der ständigen Festigung und Stärkung der Diktatur des Proletariats während der gesamten Phase des sozialistischen Aufbaus, des bewußten unausgesetzten Kampfes gegen alle Formen revisionistischer Entartung, der Durchbrechung der Weltfront des Imperialismus auf der internationalen Arena usw. - kurz, die Fragen der Revolution. Eben sie sind für die Marxisten-Leninisten das Hauptsächlichste und Wichtigste, was sie in den Klassenkampf hineintragen müssen, um die Revolution vorbereiten und erfolgreich durchführen zu können.

"Für den Revolutionär..ist.. die revolutionäre Arbeit die Hauptsache und nicht die Reform", sagt Stalin in den "Grundlagen des Leninismus" (Peking 1969, S. 109) - der Kommunistische Bund dagegen betrachtet die Reformen und Tagesforderungen als die Hauptfragen seiner politischen Linie. Es ist das, wie sich im ganzen Programmentwurf zeigt, keineswegs ein zufälliger "Ausrutscher", kein aus Oberflächlichkeit entstandener falscher Zungenschlag, sondern Widerspiegelung einer revisionistischen Grundhaltung, die auch durch etliche anderslautende Erklärungen nicht verdeckt werden kann.

Im Programmentwurf selbst taucht die Staatsfrage erst im Mittelteil auf und es heißt dort dazu:

"Der bürgerliche Staat, in seiner Existenz Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse, ideeller Gesamtkapitalist. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgehender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse. Immer stärker werden Ausplünderung und politischer Druck. Immer schwerer lastet der Staatsapparat als unproduktiver schmarotzerischer Auswuchs am Körper der Gesellschaft. Der staatliche Unterdrückungsapparat wird ständig ausgebaut. Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates."

Eigentlich sind das auch schon alle wesentlichen Aussagen des Programms über den Staat und es fällt fast mehr das auf, was über den Staat nicht gesagt wird als das, was gesagt wird.

Sicherlich ist es z. Bsp. nicht falsch zu sagen, daß der Staat "Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes" ist, was der bürgerliche Staat nun aber selbst ist, welche grundlegende Funktion er hat und welche konkrete Rolle er spielt, das wird nicht gesagt. Wir werden sehen, daß das kein Zufall ist.

Weiters fällt am zitierten Abschnitt des Programmentwurfes über den Staat auf, daß ihn hauptsächlich die ökonomische Seite der Tätigkeit des bürgerlichen Staats interessiert, die politische dagegen soviel wie garnicht. Gerade hier aber liegt des Pudels Kern. Aus guten Gründen haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus auf die politische Rolle des Staates das Hauptaugenmerk gelenkt. "Der Staat ist eine Maschine in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Widerstands ihrer Klassengegner", unterstreicht z.Bsp. Stalin ("Grundlagen des Leninismus", S. 51) und entsprechende Definitionen eben dieser Hauptsache am bürgerlichen und an jedem andern Staat finden sich bei allen unseren Klassikern und Lehrmeistern. Warum aber findet sich von diesem für die gesamte revolutionäre Arbeit der Gegenwart und der Zukunft so entscheidendem Gedanken im Bund-Programmentwurf keine Spur ?

Für jeden Revolutionär von höchster Bedeutung ist auch die marxistisch-leninistische Erkenntnis, daß die Hauptkomponente einer jeden Staatsmacht die Armee ist. Das Bund-Programm übergeht auch diese "Kleinigkeit" - wieder nicht zufällig, denn bei seinen Forderungen wird es vom bürgerlichen Staat verlangen, er möge auf die Armee freiwillig verzichten, und damit der Arbeiterklasse vorspiegeln, eine solche "demokratische Reform" sei denkbar.

Weiter: Der Bund-Programmentwurf bezeichnet den bürgerlichen Staat auch als "geschäftsführenden Ausschuß der Kapitalistenklasse". Einerseits ist das jedoch, auch wenn es sich an eine Bemerkung von Engels anlehnt, als Definition der Rolle und des Wesens des bürgerlichen Staates ganz und garnicht ausreichend. Andererseits wird mit einer solchen Darstellung in einem politischen Programm der Unterschied zwischen bürgerlichem Staat und bürgerlicher Regierung in gefährlicher Weise verwischt. Diese beiden Begriffe streng auseinanderzuhalten, ist aber eine gebieterische Notwendigkeit für jeden Revolutionär. Der Unterschied zwischen dem Sturz irgendeines "geschäftsführenden Ausschusses der Kapitalistenklasse", den jede bürgerliche Regierung, jedes beliebige bürgerliche Kabinett darstellt, und dem Sturz des bürgerlichen Staates selbst, dieser Maschine zur gewaltsamen Niederhaltung der Arbeiterklasse, ist weltenweit, wie Tag und Nacht, es ist faktisch der Unterschied zwischen Reformismus und Revisionismus auf der einen und dem Marxismus-Leninismus auf der anderen Seite.

Das ist aber noch nicht alles. Der KB-Programmentwurf stellt den bürgerlichen Staat nicht nur ökonomistisch dar, sondern in der Hauptseite auch klassenunspezi-

fisch. Das tritt besonders bei seiner zentralen Anklage des Staatsapparats als "unproduktivem schmarotzerischem Auswuchs am Körper der Gesellschaft" zutage. Welchen "Gesellschaftskörper" hat der KB denn hier im Auge? Ist die angesprochene Gesellschaft etwa nicht eine Klassengesellschaft, heute bei uns eine Gesellschaft, in welcher der Staatsapparat nicht bloß auf Kosten des Proletariats existiert, sondern vor allem gegen das Proletariat existiert und wirkt? Als das entscheidende Instrument der Niederhaltung des Proletariats funktioniert dieser Staatsapparat doch ausgezeichnet und insoferne ist er für die herrschende Klasse doch durchaus kein "Auswuchs" und ist für sie doch auch äußerst "produktiv"?! Der KB-Programmentwurf läßt es so scheinen, als ob der Staatsapparat eine Art von ungesundem Geschwür am Körper der Bourgeoisie und auch in ihrem Sinne "unproduktiv" sei. Eine solche Kritik am bürgerlichen Staat zielt nicht auf seinen reaktionären Klassencharakter und auf seine Rolle als immer mehr vervollkommnetes Werkzeug zur Unterdrückung des Proletariats und der anderen werktätigen Schichten, sondern polemisiert in erster Linie gegen Erscheinungen, die vor allem den Kleinbürger aufregen und sein bekanntes klassenunspezifisches Lamento herausfordern, nämlich daß der Staatsapparat nicht richtig funktioniere, zu wenig effektiv wäre, zu viel Geld verschlinge, zu aufgebläht sei, usw. usf., also ein bis zu einem gewissen Grade "unnützer", "unproduktiver" oder sogar schädlicher "Auswuchs" am "Körper der Gesellschaft". In der Konsequenz führt eine solche Auffassung des Staates zwangsläufig zu anarchistischen Vorstellungen und zur Verneinung der Diktatur des Proletariats. Mit Marxismus-Leninismus hat sie nicht das Mindeste gemein.

Betrachten wir nun die Passage im Bundprogrammentwurf, die lautet: "Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates". Warum eine solche nichtssagende, wieder die Hauptsache umgehende, flache und irreführende Formel, wenn es in Wahrheit doch darum geht, daß sich die Monopole im Imperialismus den Staat direkt unterordnen? Der Begriff "verbinden" drückt gerade das nicht aus, denn er sagt nichts über das Verhältnis der beiden Seiten zueinander, stellt sie als gleichwertig nebeneinander, was jedoch keineswegs zutrifft, also irreführend und falsch ist.

Dieses Schlupfloch des Revisionismus ist anscheinend auch Mitgliedern des KB aufgefallen und jemand scheint eine Änderung verlangt zu haben. Man sollte meinen, daß die Programmkommission den Satz daraufhin korrigiert hat. Aber nein, mit hartnäckiger Arroganz hat sie an der irreführenden Darstellung festgehalten und im "Rundschreiben der Programmkommission Nr.4" gibt W.L. die forsche Antwort:

"Pkt. 11, letzter Satz, bleibt! Es wurde gesagt, daß die Unterordnung des Staates unter die Monopole in dieser Formulierung nicht klar zum Ausdruck käme. Es ist richtig, daß das in diesem einen Satz, für sich genommen, nicht geschieht. Man kann diesen Satz aber nicht für sich nehmen, sondern muß ihn im Zusammenhang des ganzen Programms sehen. Und dann kann wohl kein Zweifel aufkommen, daß wir vom Kapital ausgehen und nicht vom Staat."

Nach unserem bescheidenen Dafürhalten ist es hier jedoch ganz wurst, ob man "vom Kapital ausgeht" oder nicht. Die Halbwahrheit bleibt dennoch eine Halbwahrheit, sie bleibt irreführend, gefährlich und falsch - gerade in einem Programm, das von ähnlichen Halbwahrheiten jede Menge zu bieten hat. Originell ist auch das Argument, man dürfe die einzelnen, höchst anfechtbaren Sätze nicht für sich kritisieren, sondern dürfe sie nur im Zusammenhang mit dem gesamten Text von Anfang bis Ende beurteilen. Hinter dieser faulen Ausrede steckt eine der Methoden, deren sich der Revisionismus schon seit eh und je bedient, um sich einzuschleichen und auszubreiten.

Die Revisionisten schrieben und schreiben ja fast niemals nur Falsches, sondern vermischen ununterbrochen Falsches und Richtiges, jonglieren mit Halbwahrheiten, lassen vieles absichtlich unklar, zweideutig und verschwommen, um sich, wenn man ihnen an einer Stelle auf die Zehen steigt, stets sofort darauf berufen zu können, an einer anderen Stelle doch ohnehin das Richtige gesagt oder geschrieben zu haben, sie alles in allem genommen und im "Zusammenhang" gesehen, doch ohnehin patente Leute seien.

Nehmen wir etwa das Beispiel jener sogenannten "Marxisten-Leninisten", die plötzlich massiv in Sozialchauvinismus

zu machen begannen. Buchstäblich für jeden Satz, in dem sie ihr Gift untergebracht hatten, lagerten sie an einer Stelle irgendein Alibi in Form einer scheinbar entgegengesetzten Aussage ab, auf das sie sich sogleich entrüstet beriefen, wenn man sie an den Stellen faßte, an denen ihre chauvinistischen Pferdefüße am deutlichsten zum Vorschein kamen. Auch sie beklagten sich heftig, daß man ihre einzelnen Äußerungen "aus dem Zusammenhang" ihrer gesamten Reden und Artikeln reiße, aber in Wahrheit war es stets so, daß gerade dann, wenn man ihre einzelnen, scheinbar zufälligen, für sich genommen manchmal garnicht so gravierenden "Ausrutscher", Halbwahrheiten, Ungenauigkeiten und Fehler miteinander in Zusammenhang brachte, diese ein ganz eindeutiges Bild ergaben und klar wurde, wie sehr ihre gesamte Linie trotz Gebrauchs vieler linker Worte und Wendungen durch und durch faul ist.

Doch zurück zur Beziehung von Monopolen und Staatsapparat im Imperialismus. In seinen "Erläuterungen zum Programmentwurf" ("Kommunist", April 1976, S.37) polemisiert W.L. gegen die KPÖ-Revisionisten, die ganz allgemein von der "Verschmelzung von Staat und Monopolen" sprechen und damit die Tatsache vertuschen, daß sich das Finanzkapital den Staat dienstbar macht. Diese Unterschlagung, so müssen wir hinzufügen, ist für die Revisionisten deshalb erforderlich, weil ohne sie ihr ganzes Geflunker von "antimonopolistischer Demokratie" und von "Zurückdrängung der Macht der Monopole", ohne Revolution versteht sich, unmöglich wäre. Dem Genossen W.L. ist das natürlich gut bekannt. Warum hat er dann aber gerade jene Stelle im Bund-Programmentwurf unbedingt unverändert zu lassen verlangt, die ganz im Rahmen der revisionistischen Darstellung bleibt? Der Unterschied zwischen "verschmelzen" und "verbinden" ist doch hier ganz belanglos, es ist lediglich der Unterschied zwischen KPÖ-Revisionisten und - DKP-Revisionisten. Letztere haben in ihren Düsseldorfer Thesen in dieser Beziehung nämlich ziemlich das selbe gesagt wie das österreichische Bund-Programm. Demgegenüber ist jedoch klar: Ob man nun "verschmelzen" oder "verbinden", "zusammenwachsen" oder "vereinigen" sagt, bleibt gehupft wie gesprungen, weil in allen diesen Bezeichnungen nicht das Wesentliche zum Ausdruck kommt, das Stalin in den Worten zusammenfaßt:

"Es ist so, daß der Prozeß dieser Annäherung nicht einfach zum Zusammenwachsen führt, sondern zur UNTERORDNUNG des Staatsapparats unter die Monopole. Darum sollte man auf das Wort 'Zusammenwachsen' verzichten und es durch das Wort 'Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole' ersetzen." (J.W. Stalin, Ökonomische Probleme, Peking 1972, S.50)

Im Teil II des Bund-Programms wird an einer Stelle begrüßenswerterweise festgestellt, daß "der bürgerliche Staatsapparat von der Arbeiterklasse nicht einfach übernommen und für ihre Zwecke in Bewegung gesetzt werden kann". Das ist nicht nur richtig, sondern sogar außerordentlich wesentlich. Leider aber darf man - der Aufforderung von W.L. folgend - diesen einzelnen Satz nicht für sich nehmen, sondern muß den ganzen Programmentwurf ins Auge fassen. Dort jedoch gibt es auch davon abweichende, höchst verdächtige und in bezug auf diese kardinale Frage falsche Formulierungen. So z.Bsp. wird in der Einleitung des Teils V im Zusammenhang mit der "Errichtung der proletarischen Räterepublik" von der "Übernahme der staatlichen Verwaltung in die eigenen Hände (des "Proletariats und der anderen Klassen und Schichten des Volkes") gesprochen. Und eben das ist falsch. Auch wenn an anderer Stelle dazu was anderes gesagt wird, ist und bleibt eine solche Formulierung revisionistisch, denn sie stellt es so hin, als ob nicht der gesamte alte, bürgerliche Staatsapparat von der proletarischen Revolution zerschlagen werden müßte, sondern nur ein Teil von ihm, während ein anderer Teil, hier also der staatliche Verwaltungsapparat, nicht zerschlagen werden müsse, sondern vom Proletariat übernommen werden könnte, um dessen Interessen zu dienen.

Nicht zufällig kommt Lenin immer wieder auf die Notwendigkeit der "Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparats von unten bis oben, des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, kommunalen Apparats" (Lenin, Werke, Bd.31, S 174/75) zurück. Den Verfassern des Bund-Programms dürfte das bekannt sein, denn in ihrem ursprünglichen Entwurf hieß es sogar richtig: "Die Arbeiterklasse zerschlägt den bürgerlichen Staat von oben bis unten". Einige Zeit später aber verfügte das "Rundschreiben der Programmkommission

Nr.4" merkwürdigerweise und ohne die geringste Begründung die Streichung der Worte "von oben bis unten", worauf sie in der neuen Fassung tatsächlich fehlen. Warum wurden diese Worte als störend empfunden? Es ist unzweifelhaft, daß sie nur jenen ein Dorn im Auge sein konnten, die den bürgerlichen Staat weder "von unten bis oben" noch "von oben bis unten" insgesamt zerschlagen, sondern zumindest gewisse Teile von ihm übernehmen, also grundsätzlich unverändert lassen wollen. Das aber ist waschechter Revisionismus.

REFORMISTISCHE HINTERTÜREN

IN DER FRAGE DER BEWAFFNETEN REVOLUTION

Betrachten wir nun die Haltung des Bund-Programmentwurfs zur Revolution mit Waffengewalt, zur Frage der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands. Im betreffenden Abschnitt heißt es dazu:

"Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Herrschaft verfügt, kann die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern."

Im theoretischen Organ des KB Wien wird diese Stelle in folgender Weise erläutert:

"Indem wir festhalten, daß die Machtergreifung des Proletariats mit Waffengewalt vor sich gehen muß, solange (Hervorhebung im Original!) die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen ihrer Staatsmacht verfügt, lösen wir die Frage der revolutionären Gewalt nicht unzulässig aus ihrem Zusammenhang, sondern stellen sie als Notwendigkeit hin, die sich aus bestimmten Verhältnissen herleitet." ("Kommunist" vom April 1976, Seite 43)

Was hier auf den ersten Blick als annehmbar erscheint, erweist sich bei genauerem Hinsehen und im Zusammenhang mit anderen wesentlichen Stellen des Programms als äußerst gefährliche revisionistische Hintertüre. Der springende Punkt ist das Wörtchen "solange", das eine weitgehende Einschränkung der Notwendigkeit der gewaltsamen, bewaffneten Revolution zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbirgt. Hätten die Programmverfasser - bzw. ihre Vorbilder vom westdeutschen KB, die sie auch hier wörtlich kopiert haben - anstelle das fatalen Wörtchens "solange" das klare Wort "weil" gesetzt, so wäre alles in Ordnung gewesen und man hätte zufrieden sein können. Auch die "Erläuterung" wäre, bloß durch dieses eine Wort verändert, hieb- und stichfest. Warum dann aber so ein weiter Bogen um dieses einfache Wort? Ist es den zungenfertigen Intellektuellen des Bundes weder in Österreich noch in Westdeutschland eingefallen? Es wäre allzu naiv, das anzunehmen.

Es ist vielmehr ganz offenkundig, daß das Wort "solange" bewußt deshalb gewählt wurde, weil es die Möglichkeit einer sich vor der Revolution ergebenden Situation vorspiegelt und auf sie Kurs nimmt, in der die Bourgeoisie nicht mehr über bewaffnete Formationen verfügt, man daher ohne Waffengewalt, friedlich und gewaltlos zum Sozialismus gelangen könnte!

Man wende nicht ein, daß wir hier auf einem einzelnen, falsch gewählten Wort herumreiten und den Programmverfassern Absichten und Vorstellungen unterschieben, die ihnen ferne lägen. Eben nicht! Man kann doch unmöglich den direkten logischen Zusammenhang zwischen der "Solange"-Formel des Bund-Programms und seiner Kernforderung im Teil V übersehen, in der aufgerufen wird, in der gegebenen Phase, in einer vorrevolutionären Situation innerhalb des bestehenden bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Durchführung folgender Maßnahmen zu verlangen:

"Ersetzung des stehenden Heeres, der Polizei, der Gendarmerie und aller anderen bewaffneten Formationen des Staates durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl und jederzeitige Abwählbarkeit der Offiziere; Weiterzahlung des Lohns durch die Kapitalisten bzw. bei öffentlich Bediensteten durch den Staat während der Dienstzeit in der allgemeinen Volksmiliz."

Soviel kindliche Naivität wäre rührend, wenn sie sich im Aufsatzheft eines Grundschülers fände, aber im politischen Programm einer sich als marxistisch-leninistisch vorstellenden Organisation ist sie ein beschämender Gipfel an Schwachsinn, der nur noch von dem überboten wird, was in den "Erläuterungen" dazu gesagt wird:

"Mit der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung verlangen wir die Zerstörung des Kerns des bürgerlichen Staatsapparates als unerläßliche Voraussetzung zur Eroberung der politischen Macht. Wir fordern nicht eine bürgerliche Miliz, sondern die ungeteilte Kontrolle des Volkes über die Waffen, was nur geht, wenn das Volk selbst die Waffen führt. Daher verlangen wir auch die Wahl der Offiziere. 'Solang nicht jeder Arbeiter sein Repetiergewehr und hundert scharfe Patronen im Hause hat, ist's alles Blödsinn', schreibt Engels in einem Brief an Kautsky (MEW, Bd. 38, S.88). Die Lohnfortzahlung für die Angehörigen der Volksmiliz ist Voraussetzung für die Realisierung dieser Forderung." ("Kommunist", April 1976, S.58).

Diese Sätze muß man sich wahrlich auf der Zunge zergehen lassen, um ihren ganzen skurrilen Reiz zu genießen: Erstens ist köstlich, an wen diese Forderungen gerichtet sind, von wem der "Kommunistische Bund" derartiges "verlangt". Augenscheinlich ist das die Bourgeoisie selbst, die herrschende Klasse, die hier so forsch aufgefordert wird, nicht nur das Heer als Hauptkomponente ihrer Staatsmacht aufzulösen, sondern die "Zerstörung des Kerns der bürgerlichen Staatsmacht", nämlich aller ihrer bewaffneten Formationen überhaupt, vorzunehmen! Mögen die Bund-Mitglieder bei feierlichen Anlässen auch singen, daß die Arbeiterklasse "kein Gott, kein Kaiser noch Tribun" befreien kann, sondern sie das nur selber tun kann - im Programm des Bundes verlangt man dessenungeachtet (und stellt es damit als möglich hin!) von den Kapitalisten und deren Göttern, Kaisern und Tribunen, sie mögen bitteschön Harakiri machen, selber die entscheidenden Stützen ihrer Herrschaft liquidieren und sich an Händen und Füßen gefesselt dem Volke ausliefern!

Für den Marxismus-Leninismus ist es eine feststehende, unwiderlegbare Wahrheit, daß das bürgerliche Heer, der gesamte bewaffnete Apparat und überhaupt alle bewaffneten und nichtbewaffneten Bestandteile des bürgerlichen Staates im bewaffneten Aufstand zerschlagen werden müssen - gegen die wütendste, erbittertste Gegenwehr, den unerbittlichen, unausgesetzten, vor nichts, aber auch schon vor garnichts zurückschreckenden Widerstand aller Mächte der zum Untergang verurteilten, aber um keinen Preis sterben wollenden bürgerlichen Gesellschaft.

Für den "Kommunistischen Bund" dagegen ist die Sache viel einfacher: Man verlange bloß genügend beharrlich und energisch von eben diesen Mächten der alten Gesellschaft, daß sie sich selbst entwaffnen, ihren Machtapparat freiwillig liquidieren und die Gewehre, aus deren Läufen bekanntlich die Macht kommt, vertrauensvoll in die Hände des Proletariats legen, damit dieses seine Diktatur verwirklichen könne! Und indem er solches verlangt, stellt es der KB auch als denkbar und als reale Möglichkeit hin, daß so etwas geschieht. Und nun offenbart das ominöse Wörtchen "solange" endlich seinen wohlerwogenen Zweck: Solange es noch bewaffnete Formationen des bürgerlichen Staates gibt, solange bleibt dem Proletariat leider nicht erspart, auf die eigene Gewalt zu setzen - sobald aber die Kapitalisten der Aufforderung des "Kommunistischen Bundes" gefolgt sind, sämtliche bewaffnete Formationen ihres Staates aufgelöst haben und nicht nur die Gewehre und Kanonen, Panzer und Flugzeuge, sondern auch das Kommando über sie (mittels "Wahl und jederzeitiger Abwählbarkeit der Offiziere") dem arbeitenden Volk übergeben haben, dann ist endlich alle Gewalt überflüssig und wir können, mit roten Nelken in den Gewehrläufen, ohne weiteren Aufenthalt in den Sozialismus spazieren.

Unsere Leser mögen es verzeihen, wenn wir angesichts eines solchen Märchenglaubens nicht ernst bleiben können und ironisch werden. Aber unter erwachsenen, mit normalen fünf Sinnen und ein wenig Hausverstand ausgestatteten Menschen (von proletarischem Klassenbewußtsein ganz zu schweigen) muß man wohl nicht allen Ernstes erklären, daß eine herrschende Klasse ihre Macht nicht freiwillig aufgibt und warum sie das niemals tun wird.

Um ein anderes Beispiel herauszugreifen: Kann man etwa einen Satz wie den am Ende des obenstehenden Zitats, nach dem die Lohnfortzahlung für die Angehörigen der ("nicht bürgerlichen"!) Volksmiliz die Voraussetzung für die Realisierung der vorangegangenen Forderungen sei, anders als ironisch kommentieren? Besagt dieser Satz doch nichts anderes, als daß sich die angestrebte "nicht bürgerliche" Volksmiliz und die "Führung" der bewaffneten Macht durch das Volk nur dann verwirklichen ließe, wenn die Kapitalisten dafür zahlen! Ohne kapitalistisches Geld keine proletarische Musik, ohne Lohnfortzahlung durch die Unternehmer keine gegen sie gerichtete Volksmiliz. Sollten sich die Unternehmer aus mangelndem Verständnis weigern, für eine "nicht bürgerliche" bewaffnete Formation die Unterhaltskosten zu zahlen, dann läßt sich das schöne Projekt leider nicht verwirklichen.

Das Verlangen des Bund-Programms, die Kapitalisten sollten alle ihre bewaffneten Machtorgane auflösen, dem Volk die Waffen und das Kommando über diese übergeben und eine "nicht bürgerliche" Volksmiliz ermöglichen, indem sie deren Angehörigen die Löhne fortzahlen, findet sich in dem mit "Das demokratische Forderungsprogramm der Kommunisten" überschriebenen Kapitel des Programms. Handelt es sich bei den genannten Forderungen aber um etwas, das in den Bereich der demokratischen Forderungen gehört? Sicher nicht. Das Verlangen nach Selbstauflösung und Selbstzerstörung des Kerns der bürgerlichen Staatsmacht ist ebensowenig eine "demokratische Forderung" wie etwa die Forderung nach Selbstmord aller Angehörigen des "geschäftsführenden Ausschusses" der Kapitalistenklasse, denn es ist gemäß den objektiven Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft niemals erfüllbar, so wie eben der Weg zum Sozialismus ohne die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats durch die Revolution ganz unmöglich ist. Handelt es sich also um eine sozialistische Forderung? Ebenfalls nicht, denn in der Revolution müßte sie offensichtlich nicht nur eine ganz andere Form, sondern auch einen anderen Adressaten haben: das Proletariat. Außerdem ginge es dann auch nicht um irgendeine geheimnisvolle "nicht bürgerliche" Volksmiliz, sondern um die bewaffneten Organe der Diktatur des Proletariats und hätte schon gar die Vorstellung von der "Lohnfortzahlung" für die Milizangehörigen durch das Kapital keinen Platz. Mit einem Wort, es handelt sich bei diesen Forderungen bloß um einen Stumpfsinn, der weder im Kapitalismus noch im Sozialismus realen Wert hat; im Grunde ist es lediglich eine neue, besonders "radikal" klingende aber auch besonders primitive Variante der revisionistischen Vorstellungen vom gewaltlosen, friedlichen und "demokratischen Weg" zum Sozialismus.

Angesichts der Primitivität der vom Bund propagierten Vorstellungen scheint es fast unnötig, daran zu erinnern, daß selbst dort, wo es wirklich um demokratische Forderungen reeller Natur geht, diese von den Revolutionären niemals hauptsächlich danach beurteilt werden dürfen, welchen Wert ihre Realisierung "an und für sich", unabhängig von allem anderen, hätte, sondern vor allem danach, ob sie die Massen kampffähiger zu machen vermögen, ihre Illusionen beseitigen, ihr kämpferisches Bewußtsein und ihre revolutionäre Einsicht fördern; ob sie sie lähmen oder mobilisieren. Es ist aber sonnenklar, daß schon jeder Gedanke in der Richtung der Möglichkeit einer Selbstauflösung der Machtorgane des bürgerlichen Staates nur dazu führen kann, den Massen das Hirn zu vernebeln, sie mit Illusionen vollzustopfen und an Wunder glauben zu lassen, sie also desorientiert, desorganisiert und demobilisiert.

VON DER DIKTATUR DES PROLETARIATS ZUM "STAAT DES GANZEN VOLKES" ABGERUTSCHT

Im KB-Programmentwurf wird mehrfach von der "Diktatur des Proletariats" gesprochen und das Programm bekennt sich auch zu ihrer Errichtung. Das wäre sehr positiv, wenn das Programm von einer richtigen Definition dieses Begriffes oder zumindest von einer klaren Vorstellung seines Inhalts ausginge. Leider ist das jedoch nicht der Fall. So ist im Teil V des Programmentwurfs von der "Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse" die Rede. Damit ist jedoch alles durcheinander und revisionistischer Unsinn herausgekommen. Das Wort "ungeteilt" hat im Zusammenhang mit "Volksherrschaft" überhaupt keinen Sinn, sondern erhält seinen Sinn erst, wenn es sich auf die uneingeschränkte Herrschaft des Proletariats bezieht, das seine Macht eben mit keiner anderen Klasse teilt. Insoferne ist die Diktatur des Proletariats aber bekanntlich keine Volksherrschaft in diesem wörtlichen Sinn, sondern die ungeteilte und uneingeschränkte Klassenherrschaft des Proletariats, das seine Feinde, die geschlagenen Ausbeuterklassen, unterdrückt, niederhält und als Klassen systematisch liquidiert, gegenüber seinen Freunden und Bundesgenossen aber die Führung innehat, die Hegemonie ausübt. Der Begriff "Proletariat" ist nicht identisch mit den Begriffen "Werktätige" oder "arbeitendes Volk" und schon garnicht mit dem Begriff "Volk" im allgemeinen. Im Bund-Programm gerät das alles durcheinander wie Kraut und Rüben. Wäre der betreffende Satz im Programmentwurf einfach umgedreht worden, sodaß von der Herrschaft der Arbeiterklasse zum Zweck der sozialen Befreiung des Volkes die Rede gewesen wäre, hätte man zwar auch kein Prachtstück an Präzision gewonnen, aber es hätte wenigstens in der Richtung gestimmt. Aber die Erklärung der Diktatur des Proletariats zur uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zwecke der Befreiung der Arbeiterklasse ist hinten und vorne falsch.

Es ist bekanntlich das traurige Verdienst Chruschtschows, die Begriffe "Proletariat" und "Volk" völlig durcheinandergebracht zu haben, um so leichter den Klassencharakter des proletarischen Staates verwischen und beseitigen, die Diktatur des Proletariats durch die Diktatur einer neuen Ausbeuterklasse ersetzen zu können, die unter der betrügerischen revisionistischen Phrase vom "Staat des ganzen Volkes" marschiert. Das hindert den "Kommunistischen Bund" nicht, in seinem Programmentwurf getreulich diesen Spuren zu folgen. Seine Verwässerung des Begriffes Diktatur des Proletariats zu einer "ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung des Proletariats" läuft direkt auf die Leugnung der Klassenherrschaft des Proletariats hinaus und liegt ganz auf der Linie der wiederholten Negierung des Klassencharakters des Staates überhaupt durch das vorliegende Bund-Programm.

Wie sich die klassenunspezifische Darstellung des Staates durch alle Teile des KB-Programms zieht, wollen wir nur noch an einem letzten Beispiel zeigen. In Punkt 5 des Teils II des Programmentwurfes heißt es in bezug auf den proletarischen Staat:

> "Das Proletariat richtet bewußt die Tätigkeit seiner Staatsmacht darauf aus, den von der Gesellschaft abgesonderten Charakter der staatlichen Tätigkeiten zu überwinden und sie in gesellschaftliche Tätigkeiten des freien Arbeitervolkes zu verwandeln."

Daß sie auch diese Formeln zur Gänze und wortwörtlich aus dem Programm des KB Westdeutschlands abgeschrieben hat, kann die österreichische Bund-Programmkommission nicht entschuldigen. Was ist das doch für eine sonderbare Vorstellung von der jungen proletarischen Staatsmacht, die von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten in schwerem, blutigem Ringen und unter größten Opfern selbst erkämpft und aufgebaut wurde und wird, daß sie vorerst einen "von der Gesellschaft abgesonderten Charakter" habe, der Schritt für

Schritt zu "überwinden" sei? An welche "Gesellschaft" haben die Verfasser da wohl in erster Linie gedacht? Wird für sie die Diktatur des Proletariats etwa erst in dem Maß akzeptabel, in dem sie sich in das verwandelt, was das KB-Programm die "ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft" nennt? Oder hat auch bei dieser Programmstelle die Vorstellung Pate gestanden, den alten Staatsapparat zumindest teilweise zu übernehmen und dann für die Zwecke des "Volkes" zu reformieren und tauglich zu machen?

Übrigens ist die Paraphrase über "den von der Gesellschaft abgesonderten Charakter der staatlichen Tätigkeiten" sogar auch in bezug auf den kapitalistischen Staat ausgesprochen irreführend und unannehmbar, wenn sie in einem Programm steht, das in bezug auf den Staat gerade das Entscheidende verschweigt. Denn auch für die staatlichen Tätigkeiten des bürgerlichen Staates ist das hauptsächliche Merkmal nicht, daß sie "von der Gesellschaft abgesondert" sind, sondern daß sie dieser Gesellschaft dienen, ihr entscheidendes Mittel sind, die Macht der in dieser Gesellschaft herrschenden Klasse aufrechtzuerhalten, ihre Diktatur über die anderen Klassen zu realisieren, zu verteidigen und zu stärken.

VERMENGUNG VON DEMOKRATISCHER UND SOZIALISTISCHER BEWEGUNG, VON REFORM UND REVOLUTION

Wie die angeführten konkreten Beispiele, die man noch vermehren könnte, eindeutig beweisen, kann man den Standpunkt des KB-Programms in den Fragen der proletarischen Revolution sowie des kapitalistischen und des proletarischen Staates nicht als marxistisch-leninistisch gelten lassen. Wie steht es nun mit der Haltung des Programms zu den Fragen des Kampfes um Reformen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung? In Punkt 5 des Programmteils III heißt es dazu:

> "Die Kommunisten, die den Kampf um die soziale Revolution führen, lehnen den Kampf um Reformen nicht ab, unterstützen alle Bewegungen, die diesen Kampf aufnehmen, kämpfen aber nur um eine solche Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes, die die Fähigkeit der Massen erhöht, den Klassenkampf zu führen und die Bedingungen dafür verbessert.
>
> Sie lehnen daher alle jene Reformvorschläge ab, die mit einer Förderung der Zusammenarbeit mit den Ausbeutern oder mit einer wie auch immer gearteten Ausdehnung oder Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klassen verbunden sind."

Zunächst ist das schon sehr widersprüchlich, denn man kann nicht eingangs sagen, daß man "alle" Reformbewegungen unterstütze, um danach gleich mitzuteilen, daß man aber nicht für jede "Besserung der Lage der Arbeiterklasse" kämpfe. Wozu ein derartiges Hin und Her, wo es doch klipp und klar darum geht, daß die Kommunisten keinesfalls alle Reformbewegungen unterstützen können?!

Noch wichtiger erscheint uns allerdings, daß man den Ausdruck "Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes" auf keinen Fall im Sinne der bürgerlichen Demagogie akzeptieren und gebrauchen darf, schon garnicht in einem revolutionär sein wollenden Programm.

Es gibt überhaupt keine diese Bezeichnung verdienende "Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes", welche die Marxisten-Leninisten nicht unterstützen würden, doch sie haben von einer solchen "Besserung" natürlich ganz andere Vorstellungen als die Herren Benya oder Mautner-Markhof und ihre Tintenkulis!

Statt aber das klar herauszuarbeiten, spricht der Bund-Programmentwurf von der "Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes" wie der Herr Staberl von der "Kronen-Zeitung" und sieht

sich dann natürlich gezwungen, gegen gewisse "Besserungen der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes" aufzutreten, womit er genau dort ist, wo ihn eben dieser Herr Staberl haben möchte. Auch das ist wieder nicht bloß eine "Ungeschicklichkeit" der Programmverfasser, nicht nur ein sprachlicher Lapsus sonst sehr wortgewandter Intellektueller, sondern der Niederschlag ihrer im Grunde ganz bürgerlichen Vorstellungswelt. Das Bund-Programm sagt damit: Ja, wenn die Arbeiter mit den Ausbeutern sozialpartnerschaftlich zusammenarbeiten würden, wenn sie auf ihren Klassenkampf verzichten würden, wenn sie womöglich sogar zur Stärkung des kapitalistischen Staates und damit zur "Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung" beitragen wollten, dann würde es ihnen natürlich besser gehen (vielleicht weil die Kapitalisten dann als Anerkennung und Belohnung freiwillig ein etwas größeres Stück vom Kuchen des Sozialprodukts abgeben würden) - aber das unterstützen wir nicht, dagegen sind wir. Das ist die "Logik" von "radikal" gewordenen bürgerlichen Intellektuellen. Die Logik der Arbeiterklasse jedoch sieht ganz anders aus. Sie besagt, daß die Arbeiterklasse und das ganze arbeitende Volk nur im entschlossenen Klassenkampf eine Besserung ihrer Lage erreichen können, daß nicht nur ihre großen, langfristigen Ziele, sondern auch ihre Tagesinteressen nur durch den Druck und die Gewalt des Kampfes Klasse gegen Klasse durchzusetzen sind, jedes Nachlassen, jede Abschwächung oder Einstellung dieses Kampfes aber nur zu einer eindeutigen Verschlechterung ihrer Lage führen kann.

Der Marxismus-Leninismus unterscheidet bekanntlich zwischen demokratischen und sozialistischen Forderungen, Aufgaben und Zielen und dementsprechend auch zwischen demokratischen und sozialistischen Bewegungen. Diese Unterscheidung, die sich in den Programmen der revolutionären Arbeiterbewegung manchmal auch als Unterscheidung zwischen "Minimalprogramm" und "Maximalprogramm" manifestiert, ist im Grunde die Unterscheidung zwischen Reform und Revolution. Im KB-Programm findet sich eine solche Unterscheidung nicht, sondern ganz im Gegenteil wird der Kampf um demokratische Reformen heillos mit den Aufgaben der proletarischen Revolution vermengt und verwechselt. Das führt unvermeidlich zu zwei einander scheinbar entgegengesetzten, in ihrer Konsequenz aber gleichgerichteten Abweichungen, nämlich zum Opportunismus einerseits und zum Sektierertum andererseits. Sehen wir die folgende Darstellung im Teil V des KB-Programmentwurfes:

> "Dieser Kampf um Demokratie zielt auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse ab. Er muß so geführt werden, daß er letztlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletarist."

Das klingt zwar großartig revolutionär, ist aber in mehrfacher Hinsicht in Widerspruch zum Marxismus-Leninismus.

Erstens ist es schon unrichtig, daß der demokratische Kampf in diesem unmittelbaren Sinn "auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zielt". Andernfalls wäre der demokratische Kampf ja mit dem sozialistischen Kampf identisch und es wäre Humbug, davon zu reden, der demokratische Kampf müsse dem sozialistischen Kampf untergeordnet werden. Wie sich schon aus der Bezeichnung ergibt, unterscheidet sich der demokratische Kampf vom sozialistischen Kampf - statt Kampf könnte man auch die Worte "Forderungen" oder "Bewegung" einsetzen - gerade dadurch, daß letzterer auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zielt, während der erstere das nicht tut und weit bescheidenere Ziele hat, die mehr oder minder weitgehend verwirklicht werden können ohne daß die bürgerliche Diktatur schon gestürzt und durch die proletarische ersetzt wird. Somit ist im Bund-Programm gerade das Hauptmerkmal des demokratischen Kampfes nicht erfaßt und wird er als eine Form des sozialistischen Kampfes hingestellt, was Reformismus in Reinkultur ergibt.

Damit ist die Brücke zu dem hergestellt, was uns im Zitat als zweites auffällt, nämlich das "letztliche Umschlagen". Nun hat der demokratische Kampf, besonders in bestimmten politischen Situationen, zweifellos außerordentliche Bedeutung. Richtig geführt kann er dem Imperialismus bzw. der einheimischen oder der

internationalen Bourgeoisie sehr wuchtige Schläge versetzen und gewaltig zur politischen Aktivierung und Mobilisierung der Volksmassen beitragen. Doch alles vermag der demokratische Kampf nicht. "Die Herrschaft des Finanzkapitals, wie des Kapitals überhaupt, ist durch keinerlei Umgestaltung auf dem Gebiet der politischen Demokratie zu beseitigen", stellt Lenin (Werke, Bd. 22, S. 146) mit Nachdruck fest. Die Meinung, daß der demokratische Kampf "letztlich" in revolutionäre Maßnahmen zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft "umschlagen" würde, wenn er nur zügig genug betrieben und Schritt für Schritt durch neue, weiter gehende Forderungen "angereichert" und "ausgebaut" würde, ist durch und durch revisionistisch und reformistisch. Sie ist eine sogar steinalte Spielart revisionistischer Vorstellungen von einem allmählichen und schrittweisen, zugleich aber auch sozusagen automatischen, selbsttätigen und spontanen Weg zum Sozialismus, für den sozialistisches Bewußtsein eigentlich garnicht erforderlich ist und schon demokratisches genügt.

Wir stehen hier vor einem ganzen Knäuel dem Marxismus-Leninismus widersprechender Auffassungen, vor einer Reihe von Kernfragen im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterbewegung im allgemeinen und gegen den modernen Revisionismus und seine "antirevisionistischen" Schattenboxer im besonderen. Das ist nicht verwunderlich, denn die Verwischung der prinzipiellen Verschiedenheit von demokratischem und sozialistischem Kampf bedeutet de facto die Verwischung des Unterschieds zwischen Reform und Revolution. In ihrem 8. Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU macht das die KP Chinas ganz klar:

"Im Gegensatz zu den Auffassungen der Marxisten-Leninisten verbreitet die Führung der KPdSU die Ansicht, wonach 'in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern die demokratischen und die sozialistischen Aufgaben so eng miteinander verflochten sind, daß eine Trennungslinie hier kaum zu ziehen ist'. Das bedeutet soviel wie den Kampf auf lange Sicht durch den Tageskampf und die proletarische Revolution durch den Reformismus zu ersetzen." ("Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1965, S. 441)

Die Vermengung von demokratischem und sozialistischem Kampf, von demokratischen und sozialistischen Forderungen, von demokratischer und sozialistischer Bewegung macht es selbstverständlich auch unmöglich, in den demokratischen Kampf alle jene Teile der Bevölkerung einzubeziehen, die für ihn mobilisiert werden könnten und müßten. Der Opportunismus auf der einen Seite findet so seine Ergänzung durch das Sektierertum auf der anderen, die rechte Abweichung geht nahtlos in die "linke" über. In den "Erläuterungen" wird das dort besonders auffallend, wo zum "Forderungsprogramm" des Bund-Programms betont wird:

"Auch das Forderungsprogramm der Kommunisten enthält nur die Forderungen der Arbeiterklasse, die natürlich auch für andere Teile des Volkes bzw. der Lohnabhängigen ihre Bedeutung haben, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen." ("Kommunist", April 1976, S. 29)

Noch "proletarischer" und noch "revolutionärer" scheint es schon nicht mehr zu gehen, aber in Wahrheit stelzt hier wieder einmal eine Dummheit in ultrarevolutionärem Gewand daher. Was heißt denn, "auf dem Standpunkt des Proletariats stehen"? Steht man schon auf dem "Standpunkt des Proletariats", wenn man gemäß dem KB-Programm die "jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter", die "Unantastbarkeit von Person und Wohnung", das Recht der Slowenen auf Gebrauch ihrer Muttersprache oder die unentgeltliche Schulbildung verlangt? Auf dem Standpunkt des Proletariats stehen, heißt natürlich nicht, in irgendeiner untergeordneten Frage und aus irgendwelchen Gründen mit vielen Arbeitern einer Meinung zu sein, sondern es heißt nichts anderes, als auf dem revolutionär-sozialistischem Standpunkt zu stehen. Nur in diesem Sinne wird der Ausdruck in der marxistisch-leninistischen Literatur gebraucht. Also ist hier schon wieder der demokratische (und ökonomische) Kampf völlig mit dem sozialistischen durcheinandergebracht.

Nehmen wir z. Bsp. die vom Bund-Programm erhobene richtige Forderung nach Trennung von Kirche und Staat. Es ist absolut nicht einzusehen, warum sie lediglich für Menschen Bedeutung haben soll, die sich "auf den Standpunkt des Proletariats stellen", also für die sozialisti-

sche Revolution eintreten. Es ist einfach eine demokratische und noch lange keine sozialistische Forderung, eine Forderung, die im Sozialismus mit Sicherheit vollständig verwirklicht wird, aber auch im Kapitalismus unter bestimmten Umständen und innerhalb gewisser Grenzen durchgesetzt werden kann. Um sie zu vertreten, muß man sich nicht nur nicht unbedingt auf den Standpunkt des Proletariats stellen, sondern ist gerade das nicht erforderlich:

Die Bedeutung dieser sowie der anderen demokratischen Forderungen liegt sogar gerade darin, daß man für ihre Verwirklichung die großen Massen des Volkes, weit über das Proletariat und seinen bewußtesten Teil hinaus, gewinnen kann und gewinnen muß, also insbesondere auch jene Massen, die sich politisch nicht auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

Haben wir oben gesehen, daß die falsche Linie des KB-Programms in den Fragen der Revolution es dem Bund unmöglich macht, bei ihrer Vorbereitung und Durchführung den richtigen Weg zu weisen, so zeigt sich hier, daß er mit einem solchen Programm auch außerstande ist, den Kampf um Reformen wirkungsvoll zu führen, weil er ihn nicht auf die mögliche und notwendige breite Massenbasis stellt, sondern ihn auf die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse und des Volkes beschränkt. An die Fragen der Revolution geht das KB-Programm opportunistisch heran, an die Frage der Reformen aber sektiererisch. Es ist in beiden Richtungen unbrauchbar.

Wir haben hier nicht genügend Raum, um im Einzelnen auf das "Forderungsprogramm" des KB-Programmentwurfes eingehen zu können, aber viel wichtiger ist seine Gesamteinschätzung:

Wie wir schon eingangs festgestellt haben, ist der ganze "Forderungs"-Teil des Programmentwurfs des österreichischen KB - weitgehender noch als seine anderen Teile - ziemlich wörtlich dem Programm des westdeutschen KB entnommen. Eigentlich ist bloß ein Absatz über die in Österreich lebenden Minderheiten und die Forderung nach Verbot der Entsendung österreichischer Truppen ins Ausland hinzugefügt. Das heißt aber, daß die Forderungen zum entscheidenden Teil nicht den konkreten, besonderen Verhältnissen unseres Landes gemäß erarbeitet wurden und mit der Klassenrealität Österreichs nicht wirklich verbunden sind. Daß man lediglich dort und da ein Wörtchen ausgetauscht oder ergänzt hat, daß man bei den wirtschaftlichen Forderungen aus "8 Wochen allgemeinem Urlaub" die Forderung nach "mindestens 8 Wochen" gemacht hat, die Arbeitszeit für Nachtarbeiter nicht bloß auf 4, sondern auf dreieinhalb Stunden begrenzen möchte oder die Pensionen auf mindestens 80 statt auf mindestens 75 Prozent eines Facharbeiterlohns zu erhöhen verlangt, kann schwerlich als ernstzunehmende "Anpassung" der KBW-Vorlage an die österreichischen Verhältnisse angesehen werden.

Wenn aber das Programm einer österreichischen politischen Organisation genau dort, wo es naturgemäß am meisten "österreichisch" sein, nämlich unmittelbar auf die spezifischen, realen Bedingungen eben dieses Landes bezogen sein müßte, wenn es also genau dort am meisten anderswo abgeschrieben ist, dann ist sein Wert allein schon deshalb sehr fragwürdig.

Doch im vorliegenden Fall ist dieser eindeutige Mangel noch garnicht der ärgste. Noch weit gravierender ist die weitgehend fehlende Verbindung der hervorstechendsten Forderungen mit der Klassenrealität überhaupt. Hätte das Programm in seinen grundsätzlichen Kapiteln die verschiedenen Erscheinungen wirklich klassenmäßig analysiert und charakterisiert, so hätten darauf gestützt die entsprechenden demokratischen, ökonomischen usw. Forderungen einerseits und die sozialistischen Forderungen andererseits, also die Tagesforderungen und die weit darüber hinausreichenden Zukunftsaufgaben folgerichtig entwickelt und klar voneinander unterschieden werden können. Geschehen ist aber das Gegenteil: der ganze sich sehr "wissenschaftlich" und "revolutionär" gebende Programmentwurf enthält über den Klassencharakter etwa der Armee, der Justiz, der Schule usw., über die Klassenbedingtheit solcher Fragen wie der nationalen Minderheiten, der ausländischen Gastarbeiter usw. praktisch keinerlei Aussage, gibt dazu soviel wie nichts. Daher erscheinen die diversen Forderungen des Programmentwurfes in keinem organi-

schen Zusammenhang mit dem übrigen Text, wirken sie künstlich angeflickt und in der Luft hängend, springen sie aus dem Programm plötzlich heraus wie die Kaninchen aus dem Hut des Zauberers.

Die ganze Wahrheit ist indessen noch weit schlimmer. Das, was zunächst so unlogisch und unorganisch, zusammenhanglos und unverdaut erscheint, hat in Wirklichkeit doch seine Logik, nämlich die reformistische und revisionistische Logik. Gerade die scheinbar am weitesten gehenden, "radikalsten" Forderungen des KB-Programmentwurfes leben davon, daß die entsprechenden klassenmäßigen Analysen und Klarstellungen im übrigen Text fehlen! Denn hätte man ernsthaft und konsequent den Klassencharakter und die Klassenbedingtheit der einzelnen Phänomene wie Armee, Polizei, Justiz, Schule usw. im prinzipiellen Teil des Programms dargestellt, so hätten die am Schluß stehenden naiven "demokratischen Forderungen" wie etwa die nach Selbstauflösung aller bewaffneten Machtorgane des Staates, nach Wahl aller Richter, Lehrer, Offiziere sowie aller höherer Beamten durch das Volk, nach "Übergabe des gesamten Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung" udgl. doch höchstens unehrerbietiges Gelächter ausgelöst und die Verfasser als rettungslos dem Reformismus verfallene Utopisten bloßgestellt.

EINE FALSCHE LINIE IN DER FRAGE DER BUNDESGENOSSEN DES PROLETARIATS

Die Frage der Verbündeten des Proletariats ist bekanntlich eine für den Sieg der proletarischen Revolution ganz fundamentale Frage. Da sie in der Epoche des Imperialismus und insbesondere seit dem Beginn der proletarischen Weltrevolution aktueller geworden ist als je zuvor, ist sie eine der zentralen Fragen des Leninismus geworden, einer der großen Prüfsteine, an denen sich Marxismus-Leninismus und Revisionismus voneinander scheiden.

" Wer zur Machtergreifung schreitet und sich auf sie vorbereitet, der muß sich für die Frage interessieren, wer seine wirklichen Verbündeten sind ... Wer aber die Revolution fürchtet, wer nicht daran denkt, die Proletarier zur Macht zu führen, der kann sich auch nicht für die Frage nach den Verbündeten des Proletariats in der Revolution interessieren - für ihn ist die Frage nach den Verbündeten eine gleichgültige, nicht aktuelle Frage." (J. W. Stalin, Grundlagen des Leninismus, Peking 1969, S. 61/62)

Was sagt nun der Programmentwurf des "Kommunistischen Bundes" zu dieser entscheidenden, laut Stalin "lebenswichtigen" Frage? Man wird lange suchen, um schließlich feststellen zu müssen, daß die Bundesgenossenfrage auch im KB-Programm als eine mehr oder minder "gleichgültige, nicht aktuelle Frage" behandelt wird. Sie ist im Programmentwurf gerade noch erwähnt - und selbst das in der Form einer Möglichkeit, die allerdings keine Notwendigkeit sei. In der Überzeugung, durch einen Satz Lenins in einer Polemik gegen die "Volkstümler" um die Jahrhundertwende ausreichend gedeckt und sozusagen unangreifbar zu sein, stellen sie der Erwähnung der Bundesgenossenfrage den Satz voran:

" Die Arbeiterklasse ist imstande, ihren ökonomischen und politischen Kampf auch allein zu führen, selbst wenn ihr von keiner anderen Klasse geholfen werden sollte."

Das ist ein Musterbeispiel für den Versuch, Lenin gegen den Leninismus auszuspielen, indem man ein wenig manipuliert, den Zusammenhang verfälscht und alles durcheinander bringt. Lenin selbst hat diese Methode am Beispiel des Mannes ironisiert, der gehört hat, daß die Arbeitslosen Arbeit wollen und, als ihm ein Leichenzug begegnet, den Totenträgern zuruft: "Möget Ihr nur immerfort zu tragen haben!"

Man muß nicht eben ein Kenner des Leninismus sein, um zu wissen, welche überragende Bedeutung er der Bundesgenossenfrage beimißt und wie wesensfremd ihm die Auffassung ist, das Proletariat könne ohnedies alles allein machen, brauche

eigentlich garkeine Bundesgenossen, ihre Gewinnung sei daher eine ganz nebensächliche Frage, gewissermaßen ein Luxus, auf den man notfalls auch verzichten könne.

Die Geringschätzung und Verachtung der natürlichen Bundesgenossen des Proletariats ist seit langem ein typisches Kennzeichen aller möglichen Verfälscher und Feinde des Marxismus, insbesondere der Sozialdemokratie, der Trotzkisten und der Revisionisten. Hatte sich schon Marx ganz energisch gegen die hohle Phrase Lassalles gewandt, daß gegenüber der Arbeiterklasse alle anderen Klassen und Schichten "eine reaktionäre Masse" seien, so hob Lenin die Frage der Bundesgenossen des Proletariats auf das Niveau der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Weltrevolution, indem er zeigte, daß die Arbeiterklasse ohne Bundesgenossen, ohne Gewinnung der werktätigen Massen, insbesondere ohne die Masse der werktätigen Bauern, nicht siegen kann.

" Um zu siegen, braucht man aber die Sympathie der Massen. Nicht immer ist die absolute Mehrheit erforderlich; doch um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich - ich gebrauche hier den Terminus 'Arbeiterklasse' in westeuropäischem Sinne, meine als das Industrieproletariat -, sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung. " (W.I. Lenin auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Rede zur Verteidigung der Taktik der KI, 1. Juli 1921, Werke, Band 32, Seiten 499/500)

In diametralem Gegensatz dazu steht der KB im Grunde noch auf dem Standpunkt der Lassalle-Phrase von der "einen reaktionären Masse". Das drückt sich schon darin aus, daß die Frage der Bundesgenossen des Proletariats im allgemeinen und die Bauernfrage im besonderen z. Bsp. in der KB-"Resolution zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung" nicht als Hauptfrage der politischen Linie betrachtet, ja überhaupt nicht als eine einigermaßen bedeutsame Frage erwähnt wird, über die Übereinstimmung erforderlich sei. Es wird aber ganz deutlich in den vom Zentralorgan des KB Wien schon seit langem vertretenen Auffassungen, daß allein die Arbeiterklasse revolutionär sei, die Bauern dagegen " keine revolutionäre Klasse" darstellten. In den "Erläuterungen zum Programmentwurf" wird diese Auffassung in der Form wiederholt, daß "die Arbeiterklasse die einzige revolutionäre Klasse" ist.

Mit dem Marxismus-Leninismus haben solche Auffassungen nichts zu tun, ungeachtet aller Akrobatik, mit welcher der KB sich dabei auf unsere Klassiker zu berufen sucht. Der Schwindel ist eben, daß Feststellungen, die für die vormonopolistische Phase des Kapitalismus bzw. in konkreten historischen Situationen in bestimmten Ländern zutrafen, in unzulässiger Verallgemeinerung und Verabsolutierung auch auf die imperialistische Periode und auf jede beliebige historische Situation übertragen werden.

Betrachten wir zum Beispiel die KB-These, daß "die Bauern keine revolutionäre Klasse" seien. Auf die heutige Situation in einem kapitalistisch entwickelten Land angewandt, ist sie doppelter Unsinn.

Erstens stimmt schon nicht, daß die Bauern in einem Land wie Österreich heute überhaupt eine Klasse bilden. Sowas zu behaupten, heißt von der kapitalistischen Entwicklung auf dem Lande im allgemeinen und von der Lage in den österreichischen Dörfern im besonderen keine blaße Ahnung zu haben.

Das Entscheidende dieser Lage ist nämlich, daß die kapitalistische Entwicklung das, was ursprünglich mit Recht als eine mehr oder weniger einheitliche Bauernklasse bezeichnet werden konnte, längst in ganz verschiedene, einander teilweise sogar diametral gegenüberstehende klassenmäßige Schichten zerrissen hat, daß auf dem Dorf unleugbare und zum Teil sogar besonders brutale kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse bestehen und dementsprechend auch ein unversöhnlicher Klassenkampf geführt wird.

Heute in einem Land wie Österreich von "den Bauern" im allgemeinen zu reden, ist ein demagogischer Trick, mit dem eben diese Ausbeutungsverhältnisse vertuscht werden und der daher nur den Großbauern, Großagrariern und Kapitalisten dient. Bauer ist längst nicht mehr Bauer, sondern es gibt eine ganze Skala streng zu unterscheidender klassenmäßiger Schichten, die an das Landproletariat und an das ländliche Halbpro-

letariat anschließen, nämlich Kleinbauern, untere Mittelbauern, obere Mittelbauern und schließlich die Großbauern, die ihrerseits wieder von den Großagrariern und Großgrundbesitzern unterschieden werden müssen, auch wenn sie selbst Ausbeuter sind.

Zweitens ist es ein Gipfel an Ignoranz, die sehr wesentlichen revolutionären Potenzen zu leugnen, die es vor allem bei den Kleinbauern, aber auch weit hinein in die Reihen der unteren Mittelbauern gibt, da sie gänzlich oder hauptsächlich Ausgebeutete sind - zum einen durch die Großbauern und Großagrarier, welche den meisten und besten Boden, die modernsten Maschinen und Einrichtungen haben und die auch alle bäuerlichen Institutionen, Genossenschaften, Raiffeisenkassen, Agrarfonds, Berufsvertretungen und Agrarbehörden beherrschen, und zum andern durch das Industrie- und Bankkapital, das durch Wucherpreise bei Geräten und Maschinen, bei Kunstdünger und Spritzmitteln, durch hohe Kreditzinsen usw. den Schweiß der arbeitenden Bauern in fette Dividenden verwandelt.

Alles das bedeutet, daß für ein enges Kampfbündnis des Proletariats mit den Massen der werktätigen Bauern die denkbar besten Voraussetzungen existieren, daß das Proletariat ein solches Kampfbündnis nicht nur herstellen kann, sondern es auch herstellen muß, weil die Revolution überhaupt nur siegen kann, wenn sich das Proletariat in jeder Phase seines Kampfes mit allen Kräften verbündet, mit denen in dieser Phase und für die Aufgaben, Forderungen und Ziele eben dieser Phase ein Bündnis überhaupt möglich ist.

Man braucht nur ein wenig an diesen Komplex für die Revolution höchst wichtiger Fragen und Probleme zu erinnern, um die erschreckende Borniertheit und Ignoranz zu erkennen, die sich hinter der ebenso demagogischen wie hochnäsigen Erklärung verbirgt, "die Bauern" seien "keine revolutionäre Klasse".

Vielleicht sollte man beim "Kommunistischen Bund" doch einmal ernstlich studieren und sich hinter die Ohren schreiben, was Genosse Enver Hoxha auf dem VI. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens zu diesem Problem gesagt hat:

"Die modernen Revisionisten suchen die große Bedeutung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu leugnen, unter dem Vorwand, daß die Bauernschaft heute keine besondere Rolle mehr spiele, namentlich nicht in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Sie rücken statt dessen das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz in den Vordergrund. In einigen anderen Ländern ersetzen die Revisionisten das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft durch das Bündnis der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Schichten der Stadt und ihrer nächsten Umgebung. Durch diese Theorien und Praktiken suchen sie die Arbeiterklasse von ihrem nächsten und im Kampf entschlossensten Bundesgenossen zu trennen. Die Leninsche These, daß nur das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft jene soziale Kraft ist, welche imstande ist, die Bourgeoisie zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen, gilt auch heute voll und ganz." (Enver Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des ZK der PdAA, VI. Parteitag, Tirana 1972, Seite 237)

CHAUVINISTISCHE EINVERLEIBUNGSPOLITIK GEGENÜBER DEN NATIONALEN MINDERHEITEN

Der KB entfaltet in Österreich eine recht geschäftige Tätigkeit, um sich als konsequenter Verfechter der Interessen der hier lebenden und unter den verschiedensten Formen der Diskriminierung leidenden nationalen Minderheiten, insbesondere der Kärntner Slowenen, vorzustellen. In seinem Programmentwurf dagegen heißt es kurz und schlecht:

"Der Assimilationsprozeß der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit ist heute so weit fortgeschritten, daß diese zum Bestandteil der österreichischen Nation geworden sind."

Wohlgemerkt: Nicht "Bestandteil des österreichischen Volkes", nicht "österreichische Staatsbürger" odgl., sondern "Bestandteil der österreichischen Nation"! Mit anderen Worten heißt das, daß jenen,

die zwar als "Minderheiten" angesprochen werden, der Charakter als nationale Minderheit vollständig abgesprochen wird! Daß diese Minderheiten eine andere Sprache sprechen, das hat angeblich überhaupt nichts mit nationalen Besonderheiten zu tun, es ist sozusagen nur eine Laune der Natur. Ob diese Minderheiten, insbesondere die hier lebenden Slowenen und Kroaten, es nun wollen oder nicht, welche Sprache sie auch sprechen mögen, welche nationale Kultur, welche nationalen Traditionen und Besonderheiten sie auch haben - dem KB-Programm ist das wurst, es erklärt sie alle kurzerhand zum "Bestandteil der österreichischen Nation" und keiner anderen. Wozu eine solche "Definition" dient, die daher auch niemals das Wort "nationale Minderheiten" über die Lippen bringt, sondern stets nur von "Minderheiten" spricht, ist ganz klar:

Sie hat den Zweck, den in Österreich lebenden nationalen Minderheiten die Rechte von nationalen Minderheiten zu verweigern und abzusprechen sowie der Politik der rücksichtslosen Assimilierung und Einverleibung der nationalen Minderheiten alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Sie ist eine Offenbarung des kaltschnäuzigsten bürgerlichen Chauvinismus!

Schon früher hat der KB unter demagogischer Berufung auf den proletarischen Internationalismus der Politik der schleunigsten Assimilierung der nationalen Minderheiten Österreichs das Wort geredet, jetzt setzt er sie unverkennbar auch in sein Programm. Die ganze Beflissenheit, mit der er sich im Tageskampf scheinbar der Interessen der Minderheiten annimmt, entlarvt sich damit als Augenauswischerei.

Welche Rechte will der österreichische KB den in unserem Land lebenden nationalen Minderheiten laut seinem Programm überhaupt gewähren? Selbst dort, wo es praktisch kompakte Siedlungsgebiete von nationalen Minderheiten, etwa der Slowenen in Kärnten, gibt, will das KB-Programm sogar von der primitivsten Form nationaler Autonomie nichts wissen, sei sie auch nur im Maßstab einzelner Gemeinden. Buchstäblich alles, was der KB sich großmütig abzuringen bereit ist, sind "besondere Sprachrechte dieser Minderheiten" - sonst nichts. Das besagt, daß die Angehörigen dieser nationalen Minderheiten vor Ämtern und Behörden, Richtern und Polizisten ihre Muttersprache verwenden dürfen, was sie aber vor Benachteiligung und Diskriminierung natürlich keineswegs schützt, sondern dieser in der Regel sogar erst recht ausliefert. Derartiges oder die Gnade, daß im Siedlungsgebiet der nationalen Minderheiten bzw. im "gemischtsprachigen Gebiet" auf der deutschsprachigen Ortstafel in kleinen Buchstaben auch die slowenische Bezeichnung aufgedruckt ist, das ist soviel wie garnichts, ist nur eine lächerliche formale Geste, hinter der sich die tatsächliche, hundertfältige praktische Diskriminierung der Angehörigen der nationalen Minderheiten im täglichen Leben verbirgt. Warum sind denn die Kärntner Slowenen so energisch gegen die sogenannte "Minderheitenfeststellung" bzw. "Minderheitenzählung"? Gibt sie ihnen nicht das "Recht", sich öffentlich zu ihrer Muttersprache und zu ihrer nationalen Zugehörigkeit zu bekennen? Nein, die Sache ist eben nicht so einfach und das "Recht", sich zu seiner Muttersprache und nationalen Besonderheit zu bekennen, liefert die Betreffenden direkt der nationalen Diskriminierung aus! "Besondere Sprachenrechte" allein, ohne auch nur das geringste Recht auf nationale Autonomie und Selbstverwaltung, ist daher fast garnichts, dient nur der Verschleierung der tatsächlichen nationalen Diskriminierung. Den Minderheiten ihren Charakter als nationale Minderheiten abzusprechen und ihnen lediglich "besondere Sprachrechte" gewähren zu wollen, das ist wirklich nichts anderes als der mühsam kaschierte Chauvinismus der Angehörigen der "Herrennation".

Nebenbei: Wenn etwa die slowenische oder kroatische Minderheit in Österreich garkeine nationalen Minderheiten sind, sondern Bestandteil der österreichischen Nation, wozu bedarf es dann überhaupt "besonderer Sprachenrechte"? Wieso genügt dann nicht das selbstverständliche Recht jedes Österreichers, englisch, französisch oder in irgendeiner anderen Fremdsprache zu reden? Welche Vorstellung hat denn der "Kommunistische Bund" von einer Nation? Ist er mit der bekannten Stalinschen Definition nicht einverstanden, daß sie unter anderem eine "Gemeinschaft der Sprache" ist? Und welch geheimnisvolles Wesen ist dann eigentlich eine "Minderheit"?

Der Aspekt, daß die Bewegung der nationalen Minderheiten für ihre demokratischen und nationalen Rechte ein sehr wichtiger Faktor der demokratischen Bewegung überhaupt und damit eine nicht zu unterschätzende Reserve für den Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung ist, dieser Aspekt der Sache interessiert den KB offenbar überhaupt nicht. Und wozu denn auch? Bei ihm kann die Arbeiterklasse, schon gar, wenn sie unter seiner Führung steht, ohnedies alles ganz allein vollbringen, braucht sie keine Bundesgenossen, besonders nicht solche, die so verdächtig sind wie die Bewegungen irgendwelcher "Tschutschen" und "Krowoten". Der "Kommunistische Bund" tritt, wie es in seinem Programmentwurf heißt, "jedem Versuch entgegen, unter dem Deckmantel der Verfolgung 'nationaler Interessen' die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes zu spalten oder dieser Spaltung Vorschub zu leisten". In einem Programm, das den nationalen Minderheiten ihren eigenen nationalen Charakter von vornherein abspricht und sie ohne langes Federlesen der österreichischen Nation einverleibt, kann sich eine solche Erklärung nur gegen den Kampf dieser Minderheiten um nationale Rechte und Freiheiten richten, ist das kein Ausdruck des Internationalismus, sondern des Chauvinismus der Herrennation und bedeutet gerade deshalb, die "Arbeiterklasse und das Volk zu spalten und dieser Spaltung Vorschub zu leisten".

BEHANDLUNG DER GASTARBEITER ALS "BEUTEGERMANEN"

In bezug auf die in Österreich lebenden "Ausländer" enthält das KB-Programm die ungemein radikal-demokratisch klingende Forderung nach ihrer "obligatorischen Einbürgerung nach 3 Monaten", wobei diese Frist in besonderen Fällen auf höchstens 6 Monate erstreckt werden könnte. In den "Erläuterungen" wird zu dieser Forderung erklärt:

"Um der Spaltung der Arbeiterklasse einen Riegel vorzuschieben, verlangen wir die völlige rechtliche Gleichstellung der Ausländer. Sie kann nur gewährleistet werden, wenn sie als österreichische Staatsbürger behandelt werden." ("Kommunist", April 1976, S.59)

Sowohl im Programm selbst als auch in den "Erläuterungen" dazu fällt auf, daß das Verlangen nach obligatorischer Einbürgerung zwischen ausländischen Arbeitern und anderen Ausländern überhaupt nicht unterscheidet. Dem "Kommunistischen Bund" geht es also nicht bloß um die ausländischen Arbeiter, sondern um alle Ausländer schlechthin, ob sie nun Arbeiter oder Geschäftsleute, Manager oder Großkapitalisten sind. Nach seinem Wunsch müßte daher jeder westdeutsche, amerikanische oder andere Finanzmann, der sich für ein paar Monate in Österreich niederläßt, um hier seine Geschäfte zu machen, Betriebe aufzukaufen, Kapital anzulegen, Spekulationen zu betreiben usw., automatisch österreichischer Staatsbürger werden. Auch für alle Agenten und Spione, welche die westlichen Imperialisten einerseits und die Sozialimperialisten andererseits nach Österreich schicken, würde das gelten. Wahrhaft großzügig!

Leider würde die Sache aber auch dann nicht viel besser, wenn sich der KB entschließen könnte, diesen Programmpunkt auf die in Österreich lebenden ausländischen Arbeiter zu beschränken oder in seinem Programm lediglich aus Schlamperei Arbeiter und Kapitalisten verwechselt haben sollte.

Selbstverständlich müssen nicht nur die Marxisten-Leninisten, sondern überhaupt alle fortschrittlichen Menschen darauf bestehen und in engster Solidarität mit den in Österreich tätigen ausländischen Arbeitern dafür kämpfen, daß diese keinerlei wie immer gearteter Diskriminierung unterworfen werden, ungeschmälerte wirtschaftliche und soziale, demokratische und politische Rechte genießen, daß sie insbesondere arbeits- und sozialrechtlich in keiner Weise benachteiligt sind, daß sie keinerlei nationaler Unterdrückung ausgesetzt sind, daß sie vor Ämtern und Behörden nicht als Menschen zweiter Ordnung abgefertigt, im gesamten gesellschaftlichen Leben als gleichberechtigt respektiert werden usw. usf. Aber zu all dem ist nicht erforderlich, sie "obligatorisch", also generell und automatisch, praktisch zwangsweise, zu österreichischen Staatsbürgern zu machen! Die Behauptung, daß die in Österreich tätigen ausländischen Arbeiter "nur" dann wirklich gleichberechtigt sein können, wenn sie die österreichische Staatsbürgerschaftsurkunde in der Tasche haben, ist völlig aus der Luft gegriffen, widerspiegelt nicht nur hoffnungsloses Bürokratendenken, sondern impliziert auch, daß jene, die diesen Wisch nicht besitzen, sozusagen selbstverständlich und notwendigerweise Menschen zweiter Klasse seien. Erst einmal müßt Ihr unsere österreichische Staatsbürgerschaft erwerben - so sagt das KB-Programm den ausländischen Arbeitern -, vorher und ohne sie kann von einer Gleichstellung keine Rede sein. Das aber heißt, diese ausländischen Arbeiter als "Beutegermanen" zu behandeln, sie de facto "eindeutschen" bzw. "einösterreichern" zu wollen.

Es drückt ein gerüttelt Maß an Chauvinismus aus, daß das KB-Programm als ganz selbstverständlich unterstellt, daß der Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft für die aus dem Ausland kommenden Arbeiter unter allen Umständen ein Vorteil sei, ebenso, wenn es unterstellt, daß diese Arbeiter in der Regel bei uns bleiben wollen - wohl weil sie es hier doch so gut haben. Alles das ist aber sicher nicht unbedingt der Fall. Die Erklärung zum österreichischen Staatsbürger schließt ja nicht nur gewisse Rechte mit ein, sondern auch sehr weitgehende Pflichten, sie bedeutet für den Betreffenden z.Bsp. auch Wehrpflicht in Österreich, setzt ihn der Gefahr aus, seine ursprüngliche Staatsbürgerschaft zu verlieren, nimmt ihm in diesem Fall auch gewisse Rechte und Möglichkeiten in seiner Heimat, liefert ihn in jeder Beziehung ganz dem hiesigen Staat, seinen Befehlen und Verfügungen aus, die u.a. auch das Verbot der Ausreise enthalten können und anderes mehr!

Keineswegs in allen Staaten sind doppelte Staatsbürgerschaften zulässig, sodaß es dazu kommen könnte, daß ein mit der österreichischen Staatsbürgerschaft beglückter ausländischer Revolutionär als "Ausländer" aus seinem eigentlichen Heimatland ausgewiesen werden könnte. Daß sich dann der österreichische Botschafter um ihn "kümmert", wäre nicht gerade eine erfreuliche Perspektive. Und was wird man überhaupt in den anderen Ländern sagen, wenn jeder ihrer Bürger, der für einige Zeit nach Österreich geht, hier nach 3 Monaten automatisch und obligatorisch als österreichischer Staatsbürger "einverleibt" wird? An alle diese Überlegungen haben die Verfasser des KB-Programms entweder keinen einzigen Gedanken verschwendet - oder sie taten es doch, was die Sache noch schlimmer machen würde.

Aber, so könnte eingewendet werden, geht es dem KB nicht darum, "der Spaltung der Arbeiterklasse einen Riegel vorzuschieben", wie in den "Erläuterungen" des Programms betont wird? Wir bestreiten auch die Stichhaltigkeit dieses Arguments und erblicken darin eine üble Manipulation. Diese besteht darin, daß die Tatsache der verschiedenen nationalen und staatlichen Zugehörigkeit der Arbeiter der einzelnen Länder als "Spaltung" klassifiziert und die staatsbürgerliche Einverleibung der ausländischen Arbeiter als Beitrag zur Herbeiführung der Arbeitereinheit ausgegeben wird. Damit wird der Chauvinismus zwar freundlich verpackt, aber der Inhalt nicht geändert.

Die große Einheit der österreichischen und der ausländischen Arbeiter basiert darauf, daß sie alle Teile der internationalen Arbeiterklasse sind, sie setzt aber keineswegs die gemeinsame Staatsbürgerschaft voraus! Unter den heutigen Bedingungen sind die ausländischen Arbeiter in Österreich weder ein Teil des österreichischen Volkes oder der österreichischen Nation noch ein Teil der österreichischen Arbeiterklasse, sondern ein Teil der Arbeiterklasse ihrer Länder, ihrer Heimatländer, die sie gezwungenermaßen verlassen haben und in die sie in ihrer überwältigenden Mehrheit zurückkehren werden, um dort die Revolution zum Sieg zu führen!

Während die ausländischen Arbeiter und die österreichischen Arbeiter selbstverständlich eine Kampffront bilden müssen, wo immer sie heute arbeiten und leben - wobei die ausländischen Arbeiter der österreichischen Arbeiterschaft nicht selten ein Vorbild an Solidarität und Opferbereitschaft, an Bewußtheit und Kampfentschlossenheit geben - ist und bleibt die politisch hauptsächliche Auf-

gabe der ausländischen Arbeiter, eben als Teil der Arbeiterklasse ihrer Länder, dennoch die Unterstützung der Revolution in ihrer Heimat.

Deswegen ist - um ein konkretes Beispiel zu nennen - etwa der Platz der spanischen Arbeiter in Österreich auch nicht in der österreichischen Marxistisch-Leninistischen Partei, sondern in der PCE/ML, ebenso wie der Platz der revolutionären türkischen, jugoslawischen und anderen ausländischen Arbeiter in Österreich in ihren eigenen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen ist. Diese Form der Anerkennung und Respektierung der spezifischen, eigenen Aufgaben der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder sowie der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen beeinträchtigt nicht ihre engste internationalistische Zusammenarbeit, sondern erleichtert sie, fördert ihr gegenseitiges Vertrauen und trägt bedeutend zur allseitigen Festigung und Stärkung dieser Zusammenarbeit bei.

Die besonderen Aufgaben der Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes achtend, wird eine wirklich marxistisch-leninistische Partei die Arbeiterklasse ihres Landes stets dazu erziehen, den Kampf der in ihrem Land lebenden und tätigen ausländischen Arbeiter, sowohl ihren Kampf gegen die verschiedenen Formen ihrer Diskriminierung im betreffenden Gastland, als auch ihren Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der Revolution in ihrem Heimatland, vorbehaltlos zu unterstützen. Nur auf diese Weise - und nicht mit der Politik der Einverleibung und Gleichschaltung - wird allen Versuchen, die österreichischen und die ausländischen Arbeiter gegeneinander auszuspielen, tatsächlich ein Riegel vorgeschoben werden können.

UNVERSTÄNDNIS DER ROLLE DER NATIONALEN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN UND DER DRITTEN WELT

Auch in bezug auf ein weiteres sehr wichtiges Problem muß der KB-Programmentwurf als chauvinistisch eingeschätzt werden. Er widerspricht auch der marxistisch-leninistischen Einschätzung der nationalen Befreiungsbewegungen der abhängigen Länder, des Problems der Dritten Welt im allgemeinen und des Verhältnisses zwischen ihr und den imperialistischen Ländern im besonderen.

Es beginnt schon damit, daß im Programm über das Verhältnis der imperialistischen Länder zu den Ländern der Dritten Welt lediglich gesagt wird:

> "Gestützt auf die Ausbeutung des Proletariats im Inneren unterwerfen sich die imperialistischen Staaten die ökonomisch wenig entwickelten Nationen und dehnen die Ausbeutung und Ausplünderung auf sie aus." (Teil I, Punkt 13)

Wenn auch reichlich oberflächlich, scheint dieser Passus zunächst nicht unrichtig, enthält aber bereits eine ganze Menge revisionistischen Mist. W. L., der Haupterläuterer des Programmentwurfes, breitet ihn deutlicher aus, indem er diesen Programmabschnitt wie folgt kommentiert:

> "Gegenüber allerhand kleinbürgerlichen Vorstellungen, daß heute die Dritte Welt sozusagen den Platz des Proletariats eingenommen hätte, stellen wir klar, daß die Grundlage für die Stärke jeder imperialistischen Bourgeoisie die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse ist, aus der die Masse des Mehrwerts herausgepreßt wird und die den Imperialisten die Mittel in die Hand gibt für den Kapitalexport und alle ihre ökonomischen und politischen Aktivitäten gegenüber den Ländern der Dritten Welt." ("Kommunist", April 1976, S. 38)

Wieder haben wir hier ein charakteristisches Beispiel vor uns, wie man mit Halbwahrheiten beginnen kann, die mehr verstecken als entdecken, um schließlich bei der ganzen Lüge zu landen. In den beiden zitierten Stellen wird nämlich die besondere Situation, wie sie in der Zeit der Herausbildung des Imperialismus bestand, als der Export von Kapital sich tatsächlich unmittelbar und vor allem auf

die Ausbeutung des Proletariats im Inneren der imperialistischen Metropolen stützte, als allgemeingültig hingestellt und einfach auf den Imperialismus der heutigen Zeit ausgedehnt.

Damit fällt im Programmtext aber ganz unter den Tisch und wird in den "Erläuterungen" dazu sogar offen bestritten, daß heute die ungeheuren Profite, welche die Imperialisten aus den von ihnen abhängigen, von ihnen unterdrückten und ausgebeuteten Ländern herauspressen, bereits die dominierende Rolle spielen und auch die Hauptmasse dessen bilden, was von den Imperialisten zur weiteren und verstärkten Auspressung der Länder der Dritten Welt benützt wird.

Die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse bleibt zwar weiter die allgemeine Voraussetzung und die historische Grundlage, ist aber heute nicht mehr die am reichlichsten fließende Quelle der imperialistischen Macht. Mit der unerhörten Zunahme des Umfangs und der Intensität der Ausplünderung der kolonialen, halbkolonialen und in irgendeiner Form abhängigen Länder hat die ökonomische Rolle der Ausbeutung der Arbeiterklasse der Metropolen relativ abgenommen (was ihr absolutes Anwachsen natürlich nicht ausschließt!), während erstere absolut und relativ in den Vordergrund getreten ist.

Versteht man nicht, daß der Imperialismus heute seine fettesten Profite aus der direkten oder indirekten Ausbeutung anderer Länder und Völker zieht und nicht aus dem eigenen Land, dann kann man weder das Gewicht des Problems der Dritten Welt und die entscheidende Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen der Völker wirklich begreifen, noch eine Reihe sehr wesentlicher Erscheinungen in den imperialistischen Ländern selbst.

Wenn auch heute die "Grundlage für die Stärke jeder imperialistischen Bourgeoisie die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse" ist - "Grundlage" hier offenbar im Sinne von "entscheidend" und "ausschlaggebend" -, wenn nach wie vor die "Masse des Mehrwerts" aus der eigenen Arbeiterklasse herausgepreßt wird, worin bestehen dann eigentlich die wesentlichsten Unterschiede zwischen imperialistischer und nichtimperialistischer Bourgeoisie? Und wie wäre es dann denkbar, daß heute die Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas usw. dem Weltimperialismus die "entscheidenden und vernichtenden Schläge" versetzen können, wie Genosse Maotsetung betont?

Die Unterschätzung und Bagatellisierung des Ausmaßes der imperialistischen Ausbeutung anderer Länder in unserer Zeit, die Leugnung der gewaltigen Rolle dieser Ausbeutung für die Macht der Imperialisten und damit auch die Unterschätzung der entscheidenden Bedeutung des Kampfes gegen diese Ausbeutung führt genau zu den Positionen der sowjetischen Revisionisten, welche von der KP Chinas in ihrem "Vierten Kommentar" - "Die Verfechter des neuen Kolonialismus" - angeprangert und restlos widerlegt wurden. Da wir nicht annehmen, daß man beim KB dieses wichtige politische Dokument nicht kennt, kann man nur annehmen, daß er die dort vertretenen Standpunkte nicht akzeptiert.

Merkwürdig bekannt klingt übrigens die Polemik von W. L. gegen die "kleinbürgerlichen Vorstellungen, daß heute die Dritte Welt sozusagen den Platz des Proletariats eingenommen hätte". Hier ist zur Abwechslung einmal die KPÖ-"Volksstimme" abgeschrieben worden. Denn bis auf das I-Tüpfelchen ist das doch genau der demagogische Vorwurf, den die Chruschtschow-Breshnew-Revisionisten und ihre österreichischen Papageien bei jeder Gelegenheit der KP Chinas und allen Marxisten-Leninisten überhaupt machen, um die Tatsachen zu vernebeln und vom Wesentlichen abzulenken. Diese erzrevisionistische Polemik gegen angebliche Kleinbürgervorstellungen stellt die Rolle des Proletariats der Rolle der Dritten Welt in demagogischer Weise gegenüber, wobei sie Kategorien aus ganz verschiedenen Begriffsbereichen durcheinanderbringt und außerdem die Arbeiterklasse der imperialistischen Metropolen mit der internationalen Arbeiterklasse verwechselt. Die marxistisch-leninistische Auffassung in diesen Fragen ist aber ganz eindeutig, nämlich

a) Die Führung der Weltrevolution liegt beim internationalen Proletariat - und nicht beim Proletariat der imperialistischen Metropolen, wie das die Revisionisten darstellen und wie es ihnen W. L. im Grunde nachplappert.

b) Die Hauptkraft der Weltrevolu-

tion bilden heute die Völker der Dritten Welt, die insoferne (und nur insoferne) heute den Platz einnehmen, den die Arbeiterklasse der imperialistischen Metropolen vor dem Erwachen der nationalen Befreiungsbewegungen innehatte.

Der Brennpunkt der Weltrevolution liegt heute in den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, " in einem gewissen Sinn hängt die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution daher letztlich von den revolutionären Völkern in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, ab." ("Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1965, S. 226). Aber auch schon in seiner 1940 verfaßten Schrift "Über die Neue Demokratie" hat Genosse Maotsetung darauf hingewiesen, daß der Imperialismus sich heute garnicht mehr am Leben erhalten könnte ohne die verstärkte Ausplünderung der Kolonien und Halbkolonien. (Peking 1968, S.12).

Wir haben vorhin festgestellt, daß man ohne volle Erfassung und Berücksichtigung der außergewöhnlichen Rolle der aus der direkten und indirekten imperialistischen Ausbeutung anderer Länder stammenden Profitmasse auch wichtige Erscheinungen in den imperialistischen Ländern selbst nicht verstehen kann. Wir meinen hier in erster Linie das Problem der Arbeiteraristokratie, womit wieder Erscheinungen wie das Umsichgreifen bürgerlicher, nationalistischer und chauvinistischer Tendenzen auch bei zahlenmäßig nicht unbeträchtlichen Teilen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen der imperialistischen Länder verbunden sind. Zu diesem Fragenkreis sagt das KB-Programm in Punkt 7 seines Teils III:

" Sie (die bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung, Anmkg.) werden in der Hauptsache getragen von einer schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die der Imperialismus hervorgebracht hat. Ihr Einfluß auf die Arbeitermassen entspringt der zeitweilig - im Vergleich zur Lage der unterdrückten Völker - relativ günstigen Lebenslage eines Teils der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder, durch die der ungeheuer gesteigerte Grad der Ausbeutung in den kurzen Perioden zeitweiliger Prosperität verdeckt wird."

Mit dieser Darstellung wird die Existenz und Entwicklung der Arbeiteraristokratie in den imperialistischen Ländern ebenfalls einfach als Produkt der Ausbeutungsverhältnisse in diesen Ländern selber hingestellt und total unterschlagen, daß die entscheidende Quelle zur Herausbildung, Heranzüchtung und Vermehrung dieser Schichte heute ebenfalls die imperialistische Ausplünderung anderer Länder ist, daß es vor allem die aus dieser Form der Ausbeutung fließenden ungeheuren Profite sind, mit deren Brosamen ein Teil der "eigenen" Arbeiterklasse und des "eigenen" Volkes korrumpiert, an der Ausplünderung anderer Völker mitinteressiert, mit imperialistischer Ideologie vergiftet wird. Schamhaft von der "relativ günstigen Lebenslage eines Teils der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder" zu reden, ohne sofort ausdrücklich klarzumachen, woher diese in erster Linie kommt; im Zusammenhang mit dem Phänomen der Arbeiteraristokratie vom "ungeheuer gesteigerten Grad der Ausbeutung" zu sprechen, ohne sogleich zu unterstreichen, daß dieser ungeheuer gesteigerte Ausbeutungsgrad vor allem die Völker der Dritten Welt trifft - das ist heute nicht nur vollkommen unzulänglich, es heißt nicht nur, sich mit Halbwahrheiten zufrieden zu geben, sondern bedeutet, die Hauptsache zu verhehlen, den Imperialismus zu beschönigen, die Rolle der Arbeiteraristokratie zu verharmlosen, die Rolle der Dritten Welt im allgemeinen zu bagatellisieren und im besonderen auch jene der nationalen Befreiungsbewegungen.

Es ist eben nicht wahr, daß "alle ökonomischen und politischen Aktivitäten" der Imperialisten durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse des eigenen Landes ermöglicht werden. Andernfalls brauchten wir uns ja nur für diese zu interessieren und bestünde keine so imperative Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse unseres Landes den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit aller Kraft unterstützt, ganz besonders aber den Kampf jener Völker, die auch Opfer der ausbeuterischen und unterdrückerischen Aktivität unserer eigenen imperialistischen Bourgeoisie sind.

Die Unterspielung der Rolle und Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, deren Völker in der Hauptsache aus Bauern bestehen, ist eine weitere Erscheinungsform der Überheblichkeit gegenüber den werktätigen Bauern und ein Ausdruck der falschen Linie in der Frage der Bundesgenossen des Proletariats überhaupt.

Es ist eine Widerspiegelung der Ideologie des intellektuellen Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie in unserem Land, eines Chauvinismus, der dem Bundprogramm aus allen Poren quillt.

GROBE VERNACHLÄSSIGUNG DES KAMPFES UM DIE NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT ÖSTERREICHS

In dem Abschnitt des KB-Programms, der sich speziell mit Österreich beschäftigt und der schon umfangmäßig eine ziemlich untergeordnete Rolle spielt, heißt es:

" Österreich ist ein imperialistisches Land und steht in der Reihe der Unterdrückernationen. Durch enge wirtschaftliche, politische und militärische Beziehungen ist es an die imperialistischen Länder des Westens gebunden. Selbständig und in deren Gefolge versucht die österreichische Monopolbourgeoisie ihre Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären zu erweitern.

Bei gleichzeitiger Abhängigkeit von den westlichen imperialistischen Ländern nutzt die österreichische Bourgeoisie die Neutralität für die Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen. Sie wird sie jederzeit preiszugeben versuchen, wenn sie diesen Interessen im Wege steht.

Die Kommunisten treten gegen jeden Anschluß Österreichs an ein imperialistisches Bündnis auf, gegen die Verstärkung der Abhängigkeit Österreichs von den imperialistischen Großmächten und gegen deren Versuche, Österreich ihrer wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Kontrolle zu unterwerfen, denn eine wachsende Abhängigkeit des Landes und Einschränkung seiner Souveränität verschlechtern die Bedingungen für die sozialistische Revolution."

Das ist auch schon alles, was dieses Programm zur Rolle und Stellung Österreichs in der Welt, zum Problem seiner nationalen und staatlichen Eigenständigkeit, zur Tatsache der wirtschaftlichen und militärischen, politischen und kulturellen Bedrohung und Gefährdung dieser Eigenständigkeit durch ausländische Imperialismen einerseits, zu ihrer schon erfolgten und weiter vor sich gehenden tatsächlichen Unterminierung und Einschränkung andererseits, also zum großen Komplex der Erfordernisse und Aufgaben des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit Österreichs zu sagen hat. Die aus der Existenz und dem Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus für unser Land resultierenden brennenden Probleme und Aufgaben bzw. die Fragen der aktuellen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen usw. Unterordnung Österreichs unter den westdeutschen Imperialismus werden ebenso negiert wie die Fragen der Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Integrität unseres Landes durch die beiden Supermächte.

Es könnte scheinen, daß dieses geringe Interesse für die Fragen der nationalen Unabhängigkeit Österreichs in Widerspruch steht zu dem Chauvinismus, der an anderen Stellen des KB-Programms hervortritt. Doch hier gibt es keinen Widerspruch, sondern einen Zusammenhang:

Für den Chauvinismus in Österreich ist ja seit Generationen charakteristisch, daß er die nationalistische Überheblichkeit gegenüber den anderen, vor allem slawischen und romanischen Nationen mit der mehr oder weniger offen ausgedrückten Negierung der nationalen Eigenständigkeit der Österreicher verbindet, daß er kaum als österreichischnationaler, sondern vor allem als deutschnationaler Chauvinismus auftritt. Für ihn sind die Österreicher im Grunde ja doch Deutsche, sodaß die Notwendigkeit der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs gegenüber dem deutschen Imperialismus überhaupt nicht existiert und jeder, der sie betont, geradezu als "beschränkter Zwergstaatler", als schlechter Internationalist, wenn nicht gar als verkappter schwarzgelber Reaktionär erscheint.

Seine unrühmliche Ergänzung findet dieser eigenartig "verfremdete" Chauvinismus der österreichischen Bourgeoisie

in dem bekannten, frech auftrumpfenden westdeutschen Chauvinismus, demzufolge ein neuer "Anschluß" Österreichs an Deutschland wenn nicht heute, so doch morgen wieder auf der Tagesordnung stehen werde. Es ist deutscherseits der gleiche chauvinistische Appetit nach Einverleibung von "Beutegermanen", wie er österreichischerseits im KB-Programm zum Vorschein kommt, bloß daß er insoferne "höheres Niveau" hat, als er sich gleich auf ganze Nationen, Völker und Länder und nicht bloß auf Teile von ihnen richtet. Auch wenn es noch so "marxistisch-leninistisch" drapiert ist, bleibt beides doch unmittelbare Widerspiegelung der Ideologie imperialistischer Landräuber, die sich selber für das Herrenvolk, die anderen aber für "Unentwickelte" und "Zurückgebliebene" halten, die froh sein müßten, wenn man sie sich einverleibt.

Sicherlich ist es richtig, wenn das KB-Programm feststellt, daß Österreich einerseits ein imperialistisches Land mit dementsprechenden auswärtigen "Interessen", andererseits aber auch ein abhängiges Land ist. Doch leider ist auch das nur eine Teilwahrheit. Über das Verhältnis dieser beiden gleichzeitigen Aspekte im Charakter Österreichs wird nämlich überhaupt nichts gesagt. Während einerseits unterstrichen wird, daß Österreich "in der Reihe der Unterdrükkernationen steht", vermeidet das KB-Programm andererseits jede Äußerung darüber, wie weit es selbst unterdrückt und abhängig ist. Dadurch entsteht der Eindruck, daß Österreich in erster Linie und vor allem eine Unterdrükkerrolle spielt, seine eigene Abhängigkeit dagegen aber nur ein untergeordnetes Faktum sei. Eben das ist jedoch falsch und es führt zwangsläufig zur Ignorierung der Bedeutung und der Erfordernisse des Kampfes für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit unseres Landes, zur sträflichen Bagatellisierung dieses ganzen Fragenkomplexes und zur Unfähigkeit, in diesem Kampf die richtige Linie zu erarbeiten.

Unserer Überzeugung nach muß ein wirklich marxistisch-leninistisches Programm für Österreich klar herausstellen, daß unser Land zwar zur Zweiten Welt gehört, zwar selbst imperialistisch ist, aber zum Unterschied etwa von Westdeutschland, Frankreich, England usw. in der Hauptsache ein abhängiges, selbst unterdrücktes Land darstellt, in dem daher der Kampf für die nationale Unabhängigkeit eine besondere Bedeutung hat. Es ist selbstverständlich, daß damit die imperialistischen Aktivitäten der österreichischen Bourgeoisie keineswegs verharmlost oder entschuldigt werden. Im Gegenteil, sie sind daher umso erbärmlicher. Die österreichischen Marxisten-Leninisten werden diese Aktivitäten immer wieder an Hand der konkreten Beispiele aufdecken, anprangern und kompromißlos bekämpfen. Aus diesen Aktivitäten aber das Hauptcharakteristikum der Stellung unseres Landes im System des Weltimperialismus abzuleiten, ohne die augenscheinliche Abhängigkeit unseres Landes von den größeren imperialistischen Räubern in Rechnung zu stellen, ist unzulässig und kann nur zu ganz falschen Schlußfolgerungen führen. Eine solche Darstellung hieße, einfach alle Länder der Zweiten Welt, unabhängig von ihrer konkreten Position im imperialistischen Weltsystem, unterschiedslos über einen Kamm zu scheren und von der Verschiedenheit und Kompliziertheit der Beziehungen zwischen ihnen garnichts zu begreifen. Nach dieser oberflächlichen Auffassung wäre der Kampf für nationale Unabhängigkeit für alle Länder der Zweiten Welt von gleicher, nämlich von gleich untergeordneter Bedeutung und würde es zum Beispiel die Möglichkeit eines nationalen Befreiungskrieges ausschließlich in Ländern der Dritten Welt geben, nicht aber in einem Land wie dem unseren.

Dagegen unterstreichen wir: Österreich ist zwar ein imperialistisches Land, zugleich und vor allem aber ein abhängiges Land, das wirtschaftlich insbesondere vom westdeutschen Imperialismus kontrolliert und immer weitgehender beherrscht wird, was entscheidende politische, aber z.Bsp. auch militärische Konsequenzen hat, während es in militärischer Hinsicht heute vor allem von den beiden Supermächten einer akuten Bedrohung ausgesetzt ist. Daraus folgt für uns nicht nur, daß dem Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs schon heute eine außerordentlich wichtige Rolle im Klassenkampf zukommt, sondern auch, daß für die Zukunft die Möglichkeit eines nationalen Befreiungskrieges besteht. Da die österreichische Bourgeoisie imperialistisch, d.h. in jeder Beziehung reaktionär ist und jederzeit bereit, die Interessen der Nation zu verraten und zu verkaufen, weil es in unserem Lande die Schichte der "nationalen Bourgeoisie" überhaupt nicht gibt, könnte man in so einem Fall kein Bündnis mit dieser Bourgeoisie eingehen, könnte man den Kampf von vornherein nicht mit ihr, sondern nur gegen sie führen. Anders ausgedrückt, im Kampf um die nationale Unabhängigkeit Österreichs und erst recht in einem nationalen Befreiungskrieg kann nur die Arbeiterklasse die Führung haben und wird die österreichische Bourgeoisie in ihren entscheidenden Teilen an der Seite der Feinde und Zerstörer der nationalen Unabhängigkeit, an der Seite der Okkupanten stehen. So entstehen zwangsläufig Bedingungen, unter denen der Kampf für die nationale Befreiung direkt mit dem Kampf um die soziale Befreiung verschmilzt, der nationale Befreiungskrieg in die sozialistische Revolution hinüberwachsen kann.

Das KB-Programm ist in den wichtigsten dieser Fragen entweder merkwürdig wortkarg oder ganz offensichtlich anderer Meinung. Das geht so weit, daß sogar ein Bekenntnis zum Kampf gegen die "Verschacherung der nationalen Unabhängigkeit" Österreichs, das sich noch im ursprünglichen Programmentwurf befunden hatte, herausgestrichen wurde und in den späteren Versionen durch eine ganz allgemeine Formulierung ersetzt ist. Schon der Ausdruck "Kampf gegen die Verschacherung der nationalen Unabhängigkeit" Österreichs erscheint den KB-Verantwortlichen verdächtig, unpassend und unrichtig, weshalb er aus dem Programm entfernt wurde.

Daß sich das KB-Programm an einer Stelle immerhin gegen die "Verstärkung der Abhängigkeit Österreichs" wendet, ist unter solchen Umständen kein Trost. Denn erstens fällt schon auf, daß man zwar von "Abhängigkeit" redet, der positive Begriff "nationale Unabhängigkeit" aber im ganzen Programm nicht vorkommt. Zweitens und vor allem aber ist es reichlich platonisch, sich gegen die "Abhängigkeit" bzw. gegen die "wachsende Abhängigkeit" des Landes zu wenden ohne auch nur mit einem einzigen Wort zu sagen, welchen imperialistischen Mächten gegenüber diese Abhängigkeit konkret besteht, von welcher konkreten Seite die Unabhängigkeit unseres Landes systematisch unterminiert, von wo her sie in erster Linie bedroht wird. Nicht näher bezeichnete imperialistische Großmächte zu erwähnen, aber weder den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus beim Namen zu nennen, noch ein einziges Wort über den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus über die Lippen zu bringen, ist soviel wie wertlos und macht auch alles andere zur leeren Phrase.

Das auffallende Desinteresse, ja die unverkennbare Mißachtung, die der "Kommunistische Bund" der nationalen Frage entgegenbringt, ist selbstverständlich nicht Folge etwa übergroßer Liebe zum proletarischen Internationalismus, sondern - wie schon angedeutet - eine der Formen des ideologischen und politischen Hinterdreinkriechens hinter der eigenen Bourgeoisie. Nationaler Nihilismus und Kosmopolitismus haben mit proletarischem Internationalismus ebensowenig zu tun wie bürgerlicher Chauvinismus mit dem revolutionären Patriotismus des Proletariats. Für den Chauvinismus, egal welcher Schattierung, ist kennzeichnend, daß er in der Vorstellungswelt der eigenen Bourgeoisie bleibt, in ihren Begriffen denkt und nach ihren Maßstäben mißt. Die revolutionäre proletarische Bewegung geht von einer ganz anderen Grundlage aus. Wenn das Proletariat eines imperialistischen Landes wie Österreich für nationale Unabhängigkeit kämpft und auf die Möglichkeit der Verschmelzung der sozialistischen Revolution mit den Formen und Momenten des nationalen Befreiungskrieges hinweist, so steht das in diametralem Gegensatz zum bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus, zumal die Marxisten-Leninisten nie versäumen werden, darauf hinzuweisen und unmißverständlich klarzumachen, daß man mit der imperialistischen österreichischen Bourgeoisie als Klasse nicht nur keinerlei Bündnis eingehen kann, sondern sie als den notorischen Todfeind sowohl der sozialen als auch der wohlverstandenen nationalen Interessen des österreichischen Proletariats unversöhnlich bekämpfen muß.

Es liegt heute im Interesse der österreichischen Bourgeoisie und entspricht ihrer

Politik des nationalen Verrats, Ausmaß und Auswirkungen der Aktivität des westdeutschen Imperialismus und der beiden Supermächte in Österreich zu bagatellisieren, die tatsächliche Einschränkung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs sowie ihre akute Bedrohung durch diese Mächte zu vertuschen. Das ergibt sich auch aus ihren außenpolitischen Absichten und Zielsetzungen:

> Die österreichische Bourgeoisie ist unter den heutigen Bedingungen nicht vorrangig bemüht, ihre imperialistische Rivalität mit "vaterländischen" Phrasen anzumelden, sondern nimmt gegenüber den großen imperialistischen Mächten, insbesondere gegenüber dem westdeutschen Imperialismus und den beiden Supermächten lieber eine unterwürfige Haltung ein, bietet sich ihnen als imperialistischer Juniorpartner und Lakai an, offeriert die staatliche Neutralität Österreichs allen Seiten als Hilfsmittel ihrer imperialistischen Machinationen und Verschwörungen, sucht ihre Extraprofite und Extrapfründen also vor allem als imperialistischer Zwischenhändler und Laufbursche einzuheimsen. Der Kampf gegen die österreichische Bourgeoisie im allgemeinen und gegen ihre tatsächlich nationalverräterische Rolle im besonderen bleibt eine Phrase, wenn nicht auch diese Seite ihrer Tätigkeit aufgedeckt wird und daraus die Konsequenzen für das Proletariat gezogen werden.

Im KB-Programm kommt von all dem kein Wort vor. Es gibt jedoch eine Stelle, aus der zumindest indirekt eine Einschätzung der äußeren Aktivitäten der österreichischen Bourgeoisie ersichtlich wird. Dort, wo das Verhalten der österreichischen Bourgeoisie bei der Vorbereitung und Durchführung eines imperialistischen Krieges beschrieben werden sollte, war der ursprüngliche Text des Programmentwurfes neu formuliert worden. Hieß es anfänglich, die österreichische Bourgeoisie werde "versuchen, an der Seite größerer imperialistischer Räuber in einen imperialistischen Krieg einzutreten, wenn dies ihren Interessen dient", so lautet die neue Version in bewußter Abschwächung, sie werde "nicht zögern", an einem imperialistischen Krieg "teilzunehmen", falls dies ihren Interessen entspricht. Der Unterschied scheint gering und man erkennt kaum, worum es bei der Korrektur ging. Doch die im "Rundschreiben der Programmkommission Nr. 4" von W. L. gegebene Begründung für die Änderung macht die Sache klarer. Die neue Formulierung, so heißt es dort,

> "...soll sagen, daß Österreich - solange es ein imperialistisches Land ist - nicht davor geschützt ist, in den Krieg hineingezogen zu werden. Der genannte (ursprüngliche, Anmkg.) Satz aus Punkt 4 hat die Sache dagegen insofern nicht richtig dargestellt, als - das geht aus der Stelle, wo es steht und aus der Formulierung "in den Krieg eintreten" hervor - Österreich als aktive treibende Kraft des Krieges dargestellt wurde, was nicht der tatsächlichen Stärke der österreichischen Bourgeoisie entspricht." (S.5)

Auf der einen Seite die Darstellung Österreichs vor allem als Unterdrückernation, um den Kampf für die nationale Unabhängigkeit Österreichs als nebensächlich abtun zu können, und hier plötzlich eine regelrechte Verteidigung der österreichischen Bourgeoisie, die wegen ihrer Schwäche angeblich keine aktive Rolle bei der Kriegsvorbereitung spielen könne, ihre Verklärung zur naturgegeben nichtkriegerischen, friedlichen Kraft. Ein unversöhnlicher Widerspruch? Nein, wieder bloß zwei Seiten der selben Medaille, nur zwei verschiedene Erscheinungsformen des schon erwähnten Hinterdreinkriechens hinter der österreichischen Bourgeoisie, die einerseits nichts vom Kampf für nationale Unabhängigkeit wissen will, andererseits aber umso größeren Wortschwall aufwendet, um sich als internationaler "Makler des Friedens", als Advokat der Verständigung und Entspannung, als von der Natur prädestinierter Faktor der Erhaltung von Ruhe und Ordnung, Frieden und Sicherheit in der Welt auszuposaunen.

Ob die österreichische Bourgeoisie eine aktive und treibende Rolle bei der Vorbereitung eines imperialistischen Krieges spielen kann bzw. ob sie diese Rolle tatsächlich spielt, hängt indessen nicht einfach von ihrer momentanen Stärke ab, sondern von vielen Faktoren.

> Wenn sie sich vom Krieg besondere Möglichkeiten erhofft, ihre momentane Schwäche zu überwinden, ihre Stellung auf Kosten anderer stärken zu können, einer drohenden Niederlage im Klassenkampf zu entgehen bzw. diese hinauszuzögern, wenn ihr der Krieg als Ausweg aus irgendwelchen tiefergehenden inneren und äußeren Schwierigkeiten oder auch einfach nur als brauchbares Mittel zur Erzielung von Höchstprofiten erscheint, dann wird die imperialistische Bourgeoisie auch des kleinsten Landes bei seiner Vorbereitung, Auslösung und Durchführung eine durchaus aktive und treibende Rolle spielen - das sollte doch eigentlich jedermann verstehen, der auch nur eine Schrift Lenins über den Imperialismus gelesen hat.

Jede imperialistische Bourgeoisie, auch die des schwächsten und kleinsten Landes, wird unter solchen Umständen, ihren größeren oder kleineren Kräften gemäß, organischer Bestandteil der kriegstreiberischen Kräfte sein, und sogar, wenn sie es infolge spezifischer Interessen heute noch nicht ist, kann sie es morgen sein! Diese für jeden Schüler der Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus ganz klaren Tatsachen und Zusammenhänge sind den Verfassern und Erläuterern des KB-Programms augenscheinlich uninteressant und fremd. Für sie ist ein kleineres imperialistisches Land zwangsläufig friedlich und nur von den Größten gehen überhaupt kriegstreiberische Tendenzen und Aktivitäten aus.

Derartige Theorien zur Verharmlosung und Beschönigung des eigenen Imperialismus sind nicht neu. Man kann sie, wie die Erfahrung lehrt, auf immer höherer Stufenleiter anwenden, bis schließlich sogar auch die drittgrößte imperialistische Macht der Erde, der westdeutsche Imperialismus, weil noch nicht so groß und stark wie die beiden Supermächte, als holländischer Gartenzwerg erscheint, der wohl oder übel nicht-kriegstreiberisch und friedlich sei, da er im Moment noch nicht in der Lage ist, einen dritten Weltkrieg zu beginnen und durchzuführen. Der nächste und letzte Schritt ist es dann, die Begriffe "kleiner" und "größer" auch auf die beiden Supermächte anzuwenden, worauf sich endlich auch der USA-Imperialismus in eine Art von "Friedenskraft" verwandelt und man ihn bittet, seine Besatzungstruppen im Land zu belassen, damit Frieden und Sicherheit nicht in Gefahr kämen.

Betrachten wir schließlich die nun auch vom KB verwendete Phrase von der Gefahr, das eigene imperialistische Land könnte in einen Krieg "hineingezogen werden". Sie ist als sozialchauvinistisches Geschwätz reinsten Wassers zu trauriger Berühmtheit gelangt und hat offensichtlich den Zweck, die Schuld oder Mitschuld des eigenen imperialistischen Landes an einem Krieg von vornherein auszuschließen und zu bestreiten. Die KB-Darstellung, daß "Österreich - solange es ein imperialistisches Land ist, nicht davor geschützt ist, in den Krieg hineingezogen zu werden", ist in jeder Beziehung demagogisch und falsch. Sie ist schon deshalb falsch, weil bekanntlich auch ein sozialistisches Land, ungeachtet aller seiner Friedensbemühungen, in einen Krieg verwickelt werden kann. Der entscheidende Betrug liegt aber darin, daß eine solche Formulierung die österreichische Bourgeoisie für jetzt und alle Zukunft als armes unschuldiges Opfer anderer hinstellt, obwohl sie in jedem Fall als Teil des Weltimperialismus fungiert, an allen seinen Verbrechen direkt und indirekt teilhat und dafür Mitverantwortung trägt. Wurden und werden nicht vor unser aller Augen auch Truppen des so "kleinen und schwachen" Österreich der palästinensischen Revolution entgegengestellt?! Sind denn die Ambitionen und die dementsprechenden konkreten Aktivitäten der Kreisky-Regierung zu übersehen, um in allen Manövern, Projekten und Fischzügen des Weltimperialismus auch die eigenen Finger drinnenzuhaben und auf Kosten anderer auch für sich selber so viel als möglich herauszuschlagen? Gerade in einer solchen Situation der österreichischen Bourgeoisie ihre angeblich nicht-kriegstreiberische, friedliche Rolle pauschal zu bescheinigen und so zu tun, als könnte sie in einen kommenden Krieg nur gegen ihren Willen und gegen ihre Natur als unschuldiger Zwerg "hineingezogen" werden, ist wahrlich ein Spitzenprodukt sozialchauvinistischer Propaganda.

UNVERSTÄNDNIS DER FUNKTION EINES PROGRAMMS

Es wäre noch sehr viel, auch noch sehr viel wichtiges und wesentliches zum KB-Programm zu sagen. Aus Raummangel können wir es hier nicht mehr tun, werden es aber gegebenenfalls nachholen. Hier sei nur noch ein Wort zum Verständnis der Rolle und Aufgaben eines Programms bemerkt. Eine Reihe von wesentlichen Fehlern und Mängeln des Bund-Programms, die auffallende Unproportioniertheit seiner einzelnen Teile, die erstaunliche Langeweile, die es verbreitet und sein ganzer realitätsferner, merkwürdig verstaubter, antiquierter Charakter offenbart ein ganz falsches Verständnis von der eigentlichen Funktion eines Programms in der heutigen Situation. In dreierlei Hinsicht springt das besonders in die Augen:

1.) Lenin hat von einem Programm der Arbeiterklasse zunächst verlangt, daß es eine klare und scharfe Kriegserklärung an den eigenen und darüber hinaus an den Weltimperialismus sein muß. Wie wir gesehen haben, ist beim KB-Programm weder das eine noch das andere wirklich der Fall und konnte es garnicht der Fall sein, da sich seine Verfasser in einer Reihe fundamentaler Fragen nicht aus ihrer bürgerlichen Vorstellungswelt zu lösen vermochten.

2.) Das Programm muß einerseits zwar die grundlegenden Gesetze des Kapitalismus und Imperialismus sowie die daraus sich ergebenden allgemeinen Schlußfolgerungen für das Proletariat festhalten, es darf das andererseits jedoch " auf keinen Fall dazu führen, die Besonderheiten eines jeden Landes, die in den Besonderheiten unseres Programms vollen Ausdruck finden müssen, zu vergessen" (Lenin, Werke, Bd.4, S.229, siehe aber auch Bd.6, S.44 ff). Das ist nichts anderes als die grundlegende Forderung, die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die konkreten, besonderen Verhältnisse des eigenen Landes anzuwenden. Das KB-Programm entspricht auch dieser Forderung nicht, schon seinem Charakter als Abschreibearbeit mit ein paar "österreichischen" Abänderungen und Ergänzungen nach, aber auch nach seiner Zielsetzung überhaupt. Wenn Lenin verlangt, daß die Besonderheiten des betreffenden Landes vollen Ausdruck finden müssen, proklamiert W. L. in den "Allgemeinen Erläuterungen zum gesamten Programmentwurf" die genau entgegengesetzte Maxime: "Es handelt sich nicht darum, besondere und vorübergehende Tatsachen festzuhalten. ." und fügt im folgenden noch großspurig hinzu:

> "Welche Änderungen der internationalen politischen Lage und der politischen Lage in Österreich auch immer eintreten, nichts kann die im Programm festgehaltenen Tatsachen aus der Welt schaffen." ("Kommunist", April 1976, S. 26)

Er erhebt damit nicht nur einen Anspruch, der angesichts des tatsächlich Gebotenen reichlich lächerlich wirkt, sondern bekundet auch damit ein ganz falsches Verständnis von den Aufgaben eines Programms, das natürlich nie "Ewigkeitswert" und "zeitlose Gültigkeit" haben kann, sondern ganz konkret einer gegebenen historischen Etappe entsprechen muß, wenn es überhaupt praktischen Wert haben soll.

3.) In den Leninschen Auffassungen von den Erfordernissen eines wirklich revolutionären Programms spielt schließlich die scharfe, unmißverständliche Abgrenzung von jenen Erscheinungsformen des Opportunismus, des Revisionismus, Reformismus, Nationalismus usw. eine entscheidende Rolle, die in der gegebenen Entwicklungsphase der revolutionären Bewegung die wichtigsten und gefährlichsten sind. Das heißt, daß sich ein revolutionäres österreichisches Programm von heute nicht mit den Problemen zu belasten braucht, die es im Kampf gegen Plechanow, Bucharin und andere damalige Verfälscher des Marxismus gab, sondern daß es den unversöhnlichen konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus im allgemeinen und gegen seine speziellen Erscheinungsformen in Österreich in den Mittelpunkt stellen muß. Statt das zu leisten, grenzt sich das KB-Programm nicht nur nicht allseitig und eindeutig vom modernen Revisionismus ab, sondern steht es in sehr wesentlichen Beziehungen sogar selbst auf Positionen, die sich bei genauerer Analyse als Spielarten revisionistischer Auffassungen erweisen.

Zusammenfassend muß man somit sagen, daß das vorliegende KB-Programm kein marxistisch-leninistisches Programm darstellt und eine Organisation, die sich auf den Boden eines solchen Programms stellt, ebenfalls schwerlich als marxistisch-leninistisch betrachtet werden kann. In einzelnen Fragen bedeutet das nunmehrige KB-Programm sogar einen Rückschritt gegenüber den Standpunkten, welche einige KBs und KGs bisher in ihren Publikationen und in ihrer konkreten Praxis eingenommen haben. Insoferne hat auch die Vereinigung der österreichischen KBs und KGs zu einer "gesamtnationalen Organisation" mit einem solchen Programm als Grundlage den Charakter eines Schrittes zurück.

Wir wollen unsere offene und scharfe, in ihren Absichten zugleich freundschaftliche, helfen wollende Kritik des KB-Programms mit diesen negativen Feststellungen jedoch nicht abschließen. Trotz der hohen Bedeutung, die einem Programm selbstverständlich zukommt, trotz der maßgeblichen Rolle, die es spielt, falls es einigermaßen ernst genommen wird, werden wir den "KB Österreichs" dennoch nicht nur nach diesem unbrauchbaren Programm beurteilen, sondern nach der Gesamtheit seiner Eigenschaften und Tätigkeiten, so widerspruchsvoll sie im einzelnen auch sein mögen.

Ganz besonders aber wird man den "Kommunistischen Bund Österreichs" danach beurteilen müssen, wie weit er bereit und fähig ist, sich seinem eigenen Programm gegenüber kritisch zu verhalten, es als fehlerhaft und unbrauchbar zu verwerfen und es nach entsprechender gründlicher Vorarbeit durch ein wirklich marxistisch-leninistisches Programm zu ersetzen.

Die wichtigste Lehre, die wir aus dem Verrat der modernen Revisionisten gezogen haben, besagt, daß man in bezug auf die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und die Hauptfragen der marxistisch-leninistischen Linie auch nicht die kleinsten Zugeständnisse machen, sich ihrer opportunistischen und revisionistischen Verwässerung und Verfälschung gegenüber unversöhnlich verhalten muß. Andernfalls wird man unweigerlich im Sumpf landen, mag man sich auch hundertmal "antirevisionistisch", "kommunistisch" oder "marxistisch-leninistisch" nennen und mag man auch noch so viel revolutionär scheinende Geschäftigkeit entfalten.

Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne"

Vorbemerkung

1. Es ist eine ausgezeichnete Sache, daß unser Programm Gegenstand einer umfassenden und tiefgehenden Debatte in der marxistisch-leninistischen Bewegung ist. In der Präambel des Programms heißt es: "In Österreich haben ebenfalls eine Reihe aufrechter Kommunisten am Marxismus-Leninismus festgehalten. In den letzten Jahren sind neue Kräfte zur marxistisch-leninistischen Bewegung gestoßen und sie hat einen neuen Aufschwung genommen. Die Kommunisten stehen vor der Aufgabe, ihre Spaltung zu überwinden, sich mit den Massen zu verbinden und eine neue kommunistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Das können sie nur auf der Grundlage eines marxistisch-leninistischen Kampfprogramms.

Der Kommunistische Bund Österreichs legt ein solches Programm vor, um die durch den Verrat des modernen Revisionismus verschütteten und entstellten Anschauungen des Kommunismus wieder ans Licht zu bringen und um sie der Arbeiterklasse und dem Volk ins Bewußtsein zu rufen. Der Kommunistische Bund Österreichs entfaltet auf der Grundlage dieses Programms seine Politik und schlägt der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung vor, auf dieser Grundlage die Einheit aller Marxisten-Leninisten herzustellen." (S. 5 f.) Im Sinne dieser Worte gehen wir davon aus, daß die marxistisch-leninistische Bewegung in Österreich heute in drei Organisationen gespalten ist, in MLPÖ, VRA und den KB Österreichs. Wir betrachten die MLPÖ und die VRA als marxistisch-leninistische Organisationen. Wir kämpfen für die Einheit aller Marxisten-Leninisten auf richtiger Grundlage. Wir sind der Meinung, daß dieser Kampf eine wichtige Seite im Kampf um den Aufbau der Partei ist - ebenso wie der Aufbau unserer eigenen Organisation. Natürlich gibt es Tendenzen der Organisationsborniertheit bei uns. Man sieht nur die eigene Organisation. Man stellt sich den Parteiaufbau bloß als Aufbau der eigenen Organisation vor. Man ignoriert MLPÖ und VRA. Man "vergißt" oder vernachlässigt den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten. Solche Tendenzen werden in unserer Organisation bekämpft. Wir treten dafür ein, daß alle drei marxistisch-leninistischen Organisationen sich gegenseitig als solche und damit die Existenz der marxistisch-leninistischen Bewegung anerkennen. Wir treten für offene und ehrliche Beziehungen ein. Wir

meinen, daß sich die Marxisten-Leninisten in Österreich unbedingt an die Worte des Genossen Mao Tse-tung halten sollten: "Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen." Wir suchen nicht"Konfrontation", wir streben nicht die "Entlarvung" anderer marxistisch-leninistischer Organisationen ab, wir halten nichts von organisationsegoistischer Selbstgefälligkeit, Überheblichkeit und Abkapselung. Wir meinen, daß jeder, der so handelt, nicht nur der Sache des Kommunismus Schaden zufügt, sondern auch sich selbst.

2. Diese Auffassungen werden von den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen nicht geteilt. Die VRA, die die ideologische Auseinandersetzung - nicht nur die um unser Programm - scheut, greift uns in der"Volksmacht" Nr. 122 ohne die geringste Spur einer inhaltlichen Argumentation als revisionistische Organisation an, deren "Führer" noch nie den Marxismus praktiziert hätten und den Weg des Revisionismus und Opportunismus bis ans Ende gehen würden. Statt sich zu einer ideologischen Auseinandersetzung herabzulassen, betreibt die VRA Spaltertätigkeit, versucht sie "Verschwörungen und Ränke" in unserer Organisation anzuzetteln und legt sie eine große Selbstgefälligkeit an den Tag.

3. Die "Rote Fahne" tut das nicht, schreibt aber ebenfalls, daß unsere Organisation "schwerlich als marxistisch-leninistische betrachtet werden kann" (S. 32). Die Kritik der "Roten Fahne" an unserem Programm wird getragen von dem Bestreben, sich einen "revisionistischen" Gegner aufzubauen, gegen den man sich"abgrenzen" und "profilieren" kann und demgegenüber man auf seinen Anspruch, der "einzig wahre Hüter des Marxismus-Leninismus"zu sein, pocht. Das zeigt der Text der "Roten Fahne" deutlich. Es gibt ernste Differenzen zwischen unserem Programm und der Position der "Roten Fahne" in allen von der "Roten Fahne" angesprochenen Fragen, wobei dies keine Differenzen zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus sind. Statt sich auf die Behandlung dieser Differenzen zu beschränken, klaubt sich die "Rote Fahne" die verschiedensten Äußerungen von unserer Seite zusammen, reißt sie aus dem Zusammenhang, entstellt sie. Krampfhaft wird aus allen möglichen Äußerungen von uns der Revisionismus"herausgelesen" und schnell wird daraus eine"revisionistische Schlagseite"und noch schneller daraus eine "revisionistische Grundhaltung".

Das entwertet die "Rote Fahne" sehr, macht die Kritik unübersichtlich und vernebelt nicht selten den Kern der Sache. Wir halten auch die dort und da eingestreuten giftigen Bemerkungen, die beleidigenden Äußerungen und die herablassenden, mit "väterlicher Güte" geschwängerten und "helfen wollenden" Stellen für vollkommen überflüssig.

Auffallend an der "Roten Fahne" ist auch, daß unser Programm sozusagen als rein "literarisches Dokument" genommen wird und zur Organisation, um deren Programm es sich handelt, mit Ausnahme der letz-

ten Seite praktisch nichts gesagt wird. Die "Rote Fahne" umgeht es, sich mit unseren Auffassungen zum Parteiaufbau, zur Situation in der marxistisch-leninistischen Bewegung und zur Stellung unserer Organisation in diesem Zusammenhang auseinanderzusetzen. Das tut sie, weil sie es umgehen will, sich dazu zu äußern, wie sie die Stellung der MLPÖ in diesem Zusammenhang sieht. Das ist der Grund, warum die Präambel unseres Programms mit peinlichem, aber auffallendem Schweigen übergangen wird.

4. Seltsam ist auch die Geschichte und Vorgeschichte dieser Nummer der "Roten Fahne". Seit April 1976, seit der Veröffentlichung des ersten Programmentwurfs, hatten wir die MLPÖ mehrmals schriftlich aufgefordert, eine Stellungnahme dazu abzugeben. Wir hatten ihr die Verbreitung einer solchen Stellungnahme in den Kommunistischen Bünden und Kommunistischen Gruppen zugesichert und ihr öffentlich angeboten, diese Stellungnahme in unserem theoretischen Organ abzudrukken. Im April hatten wir mündlich eine Aussprache über unser Programm vereinbart. Diese Aussprache wurde von uns mehrmals urgiert, kam aber leider nicht zustande. Die MLPÖ fror damals die Beziehungen, die sich einige Monate zuvor gebildet hatten, wieder ein. Eine Stellungnahme zum Programmentwurf war nicht zu bekommen. Im Juli erfuhren wir von der Vorbereitung der "Roten Fahne", an der schon längst gearbeitet wurde. Wir traten neuerlich an die MLPÖ heran und ersuchten sie, uns die wichtigsten Kritikpunkte schriftlich oder mündlich mitzuteilen, damit wir sie noch vor Beschlußfassung des Programms beraten und gegebenenfalls berücksichtigen könnten. Die MLPÖ antwortete nicht. Unmittelbar nach der Gründung des KB Österreichs am 6. August erschien dann die mit Juli datierte "Rote Fahne". Wenn man bedenkt, daß die "Rote Fahne" die Beschliessung unseres Programms für einen "Rückschritt"(S.32) hält und sie daher die Pflicht gehabt hätte, zur Verhinderung eines solchen "Rückschritts" beizutragen, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die MLPÖ ihre Stellungnahme absichtlich monatelang hinauszögerte, um sich keines vermeintlichen Ansatzpunktes ihrer Kritik zu begeben. Wenn es in der "Roten Fahne" dann im August hieß, daß die MLPÖ unserer Aufforderung "gerne nachkommen" würde (S. 2), kann man das nur als Hohn, wenn sie ihre Stellungnahme als "helfen wollend" (S. 32) tituliert, kann man das nur als Demagogie bezeichnen.

5. Noch vor der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Programm wird ein schwerwiegender Einwand gegen unser Programm erhoben: "Niemand könnte dem KB übelnehmen, wenn er die Abfassung und Beschließung eines ausführlichen Programms auf eine Zeit verschoben hätte, in der er bereits mehr theoretische Kenntnisse, ideologische Reife und praktische politische Erfahrungen besitzt, als sie ihm jetzt billigerweise schon zugemutet werden können, auf die Zeit nach einer gründlichen Herausarbeitung und Klärung der wesentlichen E l e m e n t e und B a u s t e i n e, deren Zusammenfassung erst das Programm ergeben kann. Was man dem österreichischen KB aber sehr wohl übelnehmen muß und was man gar nicht scharf genug verurteilen kann, ist sein eklatant leichtfertiges und oberflächliches, i m G r u n d e v e r a n t w o r t u n g s - und p r i n z i p i e n l o s e s H e r a n g e h e n a n d i e P r o g r a m m e r s t e l l u n g.

Daß ein derartiges Herangehen an eine so ernste Aufgabe unmöglich zu einem brauchbaren Ergebnis führen konnte, sondern nur zur K a r i k a t u r eines Programms, zu einer kurzlebigen S t ü m p e r e i, die der revolutionären Bewegung nicht nützt, sondern ihr s c h a d e t, sollte eigentlich klar sein." (S. 4) Der KB hätte sich also weder ein Programm geben sollen noch können. Ein Programm - wenn man nicht eine ganz obskure und metaphysische Vorstellung von einem Programm hat - ist einfach die Niederlegung der politisch-ideologischen Grundanschauungen einer Organisation. Dabei messen wir unserem Programm eine bestimmte Bedeutung beim Parteiaufbau und im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten bei. Unser Programm ist die politisch-ideologische Grundlage für den Aufbau unserer Organisation und für den Kampf um die Partei. Wir sind der Meinung, daß wir unbedingt ein solches Programm brauchen, um eine Leitlinie für die Erfüllung dieser Aufgaben zu haben, eine Leitlinie, die das Wesentliche, was beim Aufbau unserer Organisation in den Vordergrund gestellt und worüber Einheit unter den Marxisten-Leninisten erzielt werden muß, festhält und somit herausstreicht. Wir glauben, daß das für die gesamte marxistisch-leninistische Bewegung von Bedeutung ist. Wir glauben, daß es viel eher angebracht wäre, es der MLPÖ zum Vorwurf zu machen, daß sie keine positiven Anstrengungen in der Richtung eines Programms setzte und setzt, sondern sich auf die Kritik unseres Programms beschränkt.
Man kann natürlich verschiedene Vorstellungen von einem Programm haben, was es beinhalten soll, wie es aufgebaut sein soll usw. usf., und dementsprechend verschiedene Vorstellungen von den Anforderungen für das Schreiben eines Programms. Wir haben unsere Vorstellungen im "Kommunist" September 1975, S. 12 - 15 und im "Kommunist" April 1976, S. 25 - 28 niedergelegt, uns dabei vor allem an "klassische" Parteiprogramme und die Überlegungen von Marx, Engels und Lenin dazu angelehnt und dies begründet. Die "Rote Rahne" äussert sich leider nicht konkret dazu, welche Vorstellungen sie von einem heute sinnvollen Programm hat. Sie führt lediglich an anderer Stelle (S. 32) einige allgemeine Erwägungen an, mit denen wir übereinstimmen und die in unserem Programm - wie wir zeigen werden - zum Ausdruck kommen. Von daher kann sie ihren Einwand gegen unser Programm deshalb nicht begründen und begründet sie ihn auch nicht. Bleiben die vermeintlichen politischen Fehler im Programm. Damit, mit dem Argument, daß diese Fehler ja zeigen, daß wir uns kein Programm hätten geben können, läßt sich der Einwand gegen unser Programm aber schon gar nicht begründen. Würden wir - sagen wir - in allem mit der Kritik der "Roten Fahne" übereinstimmen, warum sollte diese dann nicht berücksichtigt und das Programm in ihrem Sinn geändert werden können? Warum sollte diese Arbeit nicht zu bewältigen sein? Der Einwand der "Roten Fahne" gegen unser Programm ist nicht belegt und nicht begründet. Umso schärfer muß er zurückgewiesen werden.

6. Der zweite schwerwiegende Einwand gegen unser Programm ist der, daß es eine "Abschreibe-Übung" sei. Vor allem sei es vom KB Westdeutschland abgeschrieben. Der KB Westdeutschland ist 1973 mit Vorstellungen an die Ausarbeitung seines Programms herangegangen, die wir für richtig halten. Das Programm des KB Westdeutschland lehnt sich im Aufbau und im Text eng an "klassische" Programme an. Unser Programm ebenso. Das bringt eine Ähnlichkeit im grundlegenden Aufbau mit sich - ich sage Ähnlichkeit, weil wir unser Programm in verschiedener Hinsicht auch anders aufgebaut haben als der KB Westdeutschland. Ähnlichkeiten und an manchen Stellen Übereinstimmung gibt es auch im Wortlaut. Das fällt dem "politisch einigermaßen informierten Leser" sofort auf, sagt die "Rote Fahne". Ist der Leser noch ein wenig mehr "politisch informiert", wird ihm auch sofort auffallen, daß die betreffenden Stellen in unserem Programm nicht aus dem KBW-Programm stammen, sondern völlig "schamlos", "würdelos" und "hemmungslos" von Marx und Lenin "abgeschrieben" sind. Dies deshalb, weil die betreffenden Formulierungen klarer und schärfer sind, als wir dies mit eigenen Worten ausdrücken hätten können. Insbesondere auch die angeblich zu 90 % vom KBW-Programm abgeschriebenen Forderungen sind keineswegs Erfindungen des KBW. Es sind Forderungen, die die internationale Arbeiterbewegung in jahrzehntelangem praktischen und theoretischen Kampf herausgebildet hat, die zumeist schon im Programm der SDAPR von 1903 enthalten waren und die von uns "nur" auf die konkrete Lage hier und heute bezogen wurden. Wenn das Programm die Praxis des Klassenkampfes leiten soll, darf es sich nicht nur auf die eigenen Erfahrungen, die äußerst beschränkt sind, stützen, sondern muß es sich auf den ganzen Reichtum der historischen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung stützen.

7. Zugleich muß das Programm diese Erfahrungen und die allgemeinen Lehren des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Lage in Österreich verbinden. Das tut unser Programm und es tut es in erster Linie im Forderungsprogramm, das auf konkreten Untersuchungen über die Verhältnisse in Österreich beruht. Die "Rote Fahne" glaubt anscheinend, daß im Programm nur die S. 22 - 24, dieses "auffallend magere Einschiebsel" (S. 3), von Österreich handeln. Treffen aber etwa die Seiten 1 - 21 und 25 - 32 nicht auf Österreich zu? In Wahrheit ist die Sache so, daß der Kapitalismus in Österreich weitestgehend der allgemeinen Gestalt des Kapitalismus entspricht und keiner besonderen programmatischen Charakterisierung bedarf. Wo dies notwendig ist, ist es in dem "Einschiebsel" angeführt. "Die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus, die allgemeinen Erkenntnisse und Erfahrungen der revolutionären Weltbewegung schöpferisch auf die konkreten, besonderen Bedingungen des eigenen Landes anzuwenden" (S.4) - das tut unser Programm insgesamt und keineswegs nur in Gestalt der S. 22 - 24.

I. Zur Frage des Staates

Die Anerkennung bzw. Leugnung der Notwendigkeit des Sturzes der Diktatur der Bourgeoisie, was im allgemeinen ohne Waffengewalt unmöglich ist, der Zerschlagung des bürgerlichen Staates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats war seit jeher die Scheidelinie zwischen Marxismus einerseits und Revisionismus andererseits. Die Frage des Staates ist eine entscheidende Frage des Marxismus-Leninismus. Die "Rote Fahne" behauptet eine "revisionistische Schlagseite" (S.5) in unserem Programm in der Frage des Staates zu erkennen (S.5 ff).

1. Um dem ganzen mehr Nachdruck zu verleihen, wird gleich zu Beginn dieses Kapitels behauptet, daß wir ausschließlich "Forderungen nach Reformen und Fragen des Tageskampfes" als "Hauptfragen der politischen Linie" betrachten, obwohl diese doch vielmehr die "Fragen der proletarischen Revolution, des bewaffneten Aufstandes der Volksmassen, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats von der Basis bis an die Spitze, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, der unbedingten Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse insbesondere mit der Masse der werktätigen Bauern, die Fragen der Hegemonie der Arbeiterklasse, der ständigen Festigung und Stärkung der Diktatur des Proletariats während der gesamten Phase des sozialistischen Aufbaus, des bewußten unausgesetzten Kampfes gegen alle Formen revisionistischer Entartung, der Durchbrechung der Weltfront des Imperialismus auf der internationalen Arena usw, - kurz die Fragen der Revolution" seien. "Eben sie sind für die Marxisten-Leninisten das Hauptsächlichste und Wichtigste, was sie in den Klassenkampf hineintragen müssen, um die Revolution vorbereiten und erfolgreich durchführen zu können." (S.5) Dann wird uns noch durch den Mund des Genossen Stalin mitgeteilt, daß für den Revolutionär die revolutionäre Arbeit und nicht die Reform das Entscheidende sei. Mit alldem stimmt unser Programm selbstverständlich vollkommen überein. Letzteres kommt darin allein schon so zum Ausdruck, daß von Reformen überhaupt erst verhältnismäßig spät die Rede ist (S.19), längst nachdem die Notwendigkeit der Revolution festgehalten wurde; und auch hier so, daß gesagt wird, daß die Kommunisten, die den Kampf um die soziale Revolution führen, den Kampf um Reformen nicht ablehnen, soweit dieser dazu dient, den Kampf um die Revolution zu erleichtern und zu unterstützen.

Wie kommt die "Rote Fahne" aber angesichts dieser Tatsachen zum Vorwurf des Revisionismus an unsere Adresse? Sie kommt dazu durch eine - nehmen wir an - mißverständliche Interpretation des folgenden, aus dem Zusammenhang gerissenen, Zitats, nicht aus dem Programm zudem, sondern aus einem Beschluß der KBs und KGs vom Dezember 1975: "Sie stimmen in den Hauptfragen der politischen Linie überein, auf der die Marxisten-Leninisten in den Klassenkampf eingreifen und an die Revolution herankommen, nämlich der Frage des Kampfes um Arbeiterforderungen, des Kampfes um Demokratie, in der Aktionseinheitspolitik und in der Gewerkschaftsfrage." (Kommunist , April 1976, S.6)
Wie jeder sofort am Wortlaut des Zitates selbst sieht, ist hier nicht von der gesamten politischen Linie der Marxisten-Leninisten die Rede, also davon, was wir im allgemeinen "ideologische und politische

Linie" nennen, und was unsere Grundprinzipien ebenso einschließt wie die entscheidenden Fragen unserer Taktik, sondern nur von einem "Teilbereich" davon, nämlich davon, wie "die Marxisten-Leninisten in den Klassenkampf eingreifen und an die Revolution herankommen."

Und davon ist in dem genannten Beschluß erst die Rede, nachdem - allerdings von der "Roten Fahne" nicht zitiert - vier Zeilen weiter oben festgestellt worden war, daß die KBs und KGs darin übereinstimmen, "daß das Endziel der Arbeiterklasse die klassenlose Gesellschaft ist und das nächste strategische Ziel der österreichischen Arbeiterklasse die Errichtung der Diktatur des Proletariats." (Kommunist, April 1976, S.5) Was hier also gesagt wird ist, daß die KBs und KGs erstens in der Frage der Notwendigkeit der proletarischen Revolution Übereinstimmung haben - darin stimmen sie bekanntlich auch mit der "Roten Fahne" überein -, zweitens aber auch darin, daß es nicht genügt, immer nur die Notwendigkeit der Revolution zu verkünden, und darin, wie man praktisch die Massen an die Revolution heranführen kann. In präziserer Form hat den Inhalt des Beschlusses vom Dezember 1975 die Gründungskonferenz festgehalten: "Das Grundlegende unserer politisch-ideologischen Linie ist im Programm festgelegt, darunter auch die Grundsätze der marxistisch-leninistischen Taktik. Diese Grundsätze sind die Hervorhebung und Geltendmachung des internationalistischen Charakters des proletarischen Klassenkampfes, die Verbindung des Tageskampfes mit dem Kampf um das Endziel und die Verbindung des ökonomischen und politischen Kampfes zum einheitlichen Klassenkampf. Von diesen Grundlagen ausgehend, im Einklang mit allen Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Lage auf der Welt, können wir feststellen, daß heute die entscheidenden Fragen der Taktik der Kommunisten in Österreich die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes, die Linie des Kampfes um die Gewerkschaften, die Linie der Aktionseinheitspolitik, die Linie in der Frage von Krieg und Frieden sind. Nur durch eine richtige Linie in allen diesen Fragen ist es möglich, die Einheit der Arbeiter gegen die Kapitalisten, die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und die Einheit des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse gegen den Staat zu erkämpfen." (Kommunist, August 1976, S.44) Das ist vollkommen richtig und hat mit Reformismus nichts zu tun. Der erste "massive Schlag" der "Roten Fahne" gegen unseren Revisionismus stellt sich also als Schlag ins Leere heraus. Was sich zeigt ist nicht, daß es bei uns eine "revisionistische Schlagseite" oder "revisionistische Grundhaltung" in der Frage des Staates gibt, sondern daß die "Rote Fahne" nicht versteht, daß es mit dem Haben und Verkünden von Prinzipien allein nicht getan ist, sondern man sie auch anwenden muß und eine prinzipienfeste Taktik braucht.

2. Wir können uns nun der Frage des Staates selbst zuwenden. Sehen wir uns zuerst den Programmtext an: "Der bürgerliche Staat, in seiner Existenz Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse. Immer größer wird im Imperialismus auf Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums die Rolle des Staates, immer mehr bläht sich der Staatsapparat auf. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgehender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse. Immer stärker werden Ausplünderung und politischer Druck. Immer schwerer lastet der Staatsapparat als unproduktiver schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft. Der staatliche Gewaltapparat wird ständig ausgebaut. Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates."(Programm des KB Österreichs, S.12/13) Die "Rote Fahne" meint, es fiele hier vor allem auf, was alles nicht über den Staat gesagt würde. Das Wichtigste und Grundlegendste fehle. Was gesagt würde, etwa, daß der Staat "Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes" sei, sei "sicherlich nicht falsch", aber halt doch nicht das Entscheidende. Sehen wir uns an, was die Klassiker des Marxismus-Leninismus zu dieser Frage sagen. Marx charakterisiert in einem der ersten Werke des reifen Marxismus, im "Elend der Philosophie", den Staat als den "offiziellen Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft" (Marx-Engels-Werke (MEW) 4, S.182). Engels bezeichnet im Anti-Dühring den Staat als "offiziellen Repräsentanten der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft". wobei er darauf hinweist, daß der Staat dies nur war, "insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat" (MEW 20, S. 261)
Das sind keine zufälligen Formulierungen, keine beiläufigen "Bemerkungen", wie die "Rote Fahne" andere "unliebsame" Äußerung von Engels bezeichnet (vgl. Seite 6). Das wird spätestens beim Studium von Engels' "Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" deutlich: "Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er 'die Wirklichkeit der sittlichen Idee', 'das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft', wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der 'Ordnung' halten soll; und diese aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat."(MEW 21,S.165)
Lenin zitiert diese Passage in seinem Werk "Staat und Revolution" ganz am Anfang und fährt fort: "Hier ist mit voller Klarheit der Grundgedanke des Marxismus über die historische Rolle und die Bedeutung des Staates zum Ausdruck gebracht. Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv *nicht* versöhnt werden *können*. Und umgekehrt: Das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind. Gerade in diesem wichtigsten und grundlegenden

Punkt beginnt die Entstellung des Marxismus." (LW 25,S.398/99) Das hält auch unser Programm als erstes fest. Das ist unser Ausgangspunkt in der Frage des Staates, wie auch Engels in seiner Darlegung gerade von diesem, von der "Roten Fahne" als "sicherlich nicht falsch" beurteilten Gedanken ausgegangen ist. Davon ausgehend fährt er fort : "Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse." (MEW 21,S.166) Ganz in diesem Sinn stellt unser Programm fest, daß der Staat "geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse" sei. Insbesondere daraus, aber auch aus dem ganzen Abschnitt ("Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich", "Der staatliche Unterdrükkungsapparat wird ständig ausgebaut", usw. usf.) soll nicht hervorgehen, "was der bürgerliche Staat nun aber selbst ist, welche grundlegenden Funktion er hat und welche konkrete Rolle er spielt" ("Rote Fahne",S.6)? Selbstverständlich geht es daraus hervor und selbstverständlich ist das "Geschäft" der politischen Unterdrückung in der Engels'schen Definition des bürgerlichen Staates als "geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse" eingeschlossen, ja der Kern davon.

Deshalb ist es auch ganz absurd, wenn die "Rote Fahne" meint, daß in unserem Programm "hauptsächlich die ökonomische Seite der Tätigkeit des bürgerlichen Staates" interessiere, "die politische dagegen soviel wie gar nicht" (S. 6) Nicht unser Programm am Staat, sondern die "Rote Fahne" an der Engels'schen Definition sieht nur "die ökonomische Seite". Man kann als Marxist-Leninist natürlich der Meinung sein,daß man die Kennzeichnung des Staates als "Maschine in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Widerstands ihrer Klassengegner" (Stalin, zitiert nach "Rote Fahne",S.6) ausdrücklich ins Programm schreiben soll - wir waren der Meinung, daß dies im Begriff des "geschäftsführenden Ausschusses der Kapitalistenklasse" enthalten ist. Daß in unserem Programm "mit einer solchen Darstellung (des bürgerlichen Staates).... der Unterschied zwischen bürgerlichem Staat und bürgerlicher Regierung in gefährlicher Weise verwischt (wird)" (S.6), ist völlig aus der Luft gegriffen und soll der "Roten Fahne" lediglich einen weiteren Ansatzpunkt bieten, um uns des Revisionismus zu bezichtigen.

3."Das ist aber noch nicht alles. Der KB-Programmentwurf stellt den bürgerlichen Staat nicht nur ökonomistisch dar, sondern in der Hauptseite auch klassenunspezifisch. Das tritt besonders bei seiner zentralen Anklage des Staatsapparats als 'unproduktivem schmarotzerischem Auswuchs am Körper der Gesellschaft' zutage. Welchen 'Gesellschaftskörper' hat der KB hier im Auge? Ist die angesprochene Gesellschaft etwa nicht eine Klassengesellschaft?" (RF,S.6f). Daß das Genannte die "zentrale Anklage" gegen den bürgerlichen Staat sei, ist eine Erfindung der "Roten Fahne". Der ganze Absatz ist unsere "Anklage" gegen den Staat. Noch wichtiger aber ist folgendes: Eine Klassengesellschaft besteht erstens aus Klassen und ist zweitens - wie der Begriff schon sagt - eine von

diesen Klassen gebildete Gesellschaft, und zwar stets eine bestimmte Gesellschaft, eine bestimmte Entwicklungsstufe der menschlichen Gesellschaft. Bekanntlich macht die Menschheit verschiedene solcher Stufen in einer progressiven Entwicklung durch. Der Marxismus betrachtet die Geschichte stets vom Standpunkt des Fortschritts der Gesellschaft. Dieser Standpunkt ist der Standpunkt der Klasse, die berufen ist, dem gesellschaftlichen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen, heute der des Proletariats. Revolutionäre Klasse ist das Proletariat gerade deshalb, weil es den gesellschaftlichen Fortschritt verkörpert. Vom Standpunkt des gesellschaftlichen Fortschritts und vom Standpunkt des Proletariats aus betrachtet unser Programm auch die Entwicklung und Aufblähung des Staatsapparates. Wenn die "Rote Fahne" bemerkt, "als das entscheidende Instrument der Niederhaltung des Proletariats (funktioniere) dieser Staatsapparat doch ausgezeichnet und insoferne (sei) er für die herrschende Klasse doch durchaus kein 'Auswuchs' und für sie doch äußerst 'produktiv'", so stimmt das zwar, hat aber gar nichts mit unserem Programm zu tun, den dieses betrachtet den Staat eben nicht vom Standpunkt der Bourgeoisie aus.

Wenden wir uns wiederum den Klassikern zu. Marx schreibt zur Charakterisierung des Staates: "Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuern bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer andern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft.." (MEW 8,S.196/197) Übrigens findet sich auch die Gegenüberstellung des Staates als der politischen Organisation der herrschenden Klassen und des "Gesellschaftskörpers" bei Marx (MEW 17,S337).Was soll daran "klassenunspezifisch" sein? Dieser auf den ersten Blick völlig unverständliche Vorwurf kann sich nur daraus ergeben, daß der "Roten Fahne" wahrscheinlich auch die Kennzeichnung des Staates als "Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze" als "klassenunspezifisch" erscheint, weil ihr alles so erscheint, was über die Charakterisierung des Staates als Gewaltapparat der Bourgeoisie gegen das Proletariat hinausgeht, und weil sie letzteres allen übrigen Aussagen des Marxismus zum Staat gegenüberstellt.

Es sind natürlich in der Geschichte stets Leute aufgetreten, die den Marxismus verfälscht haben. Lenin weist in "Staat und Revolution" darauf hin, daß die oben zitierte Passage aus dem Anti-Dühring oft als Begründung für kleinbürgerliche Anschauungen herhalten mußte. "Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassen*herrschaft*, ein Organ zur *Unterdrükkung* der einen Klasse durch die andere,ist er die Errichtung derjenigen 'Ordnung', die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft. Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker ist die Ordnung gerade die Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; den Konflikt dämpfen bedeute versöhnen und nicht, es den unterdrückten Klassen unmöglich machen, bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrükker zu gebrauchen." (LW 25,S.399) Und etwas später: "Beamtentum und stehendes Heer, das sind die 'Schmarotzer' am Leib der bürgerlichen Gesellschaft, Schmarotzer, die aus den inneren Widersprüchen, die diese Ge-

sellschaft zerklüften, entstanden sind, aber eben Parasiten, die die Lebensporen 'verstopfen'. Der jetzt in der offiziellen Sozialdemokratie herrschende kautskyanische Opportunismus hält die Anschauung, die im Staat einen *parasitären Organismus* erblickt, für ein besonderes und ausschließliches Attribut des Anarchismus. Diese Entstellung des Marxismus paßt natürlich den Kleinbürgern ausgezeichnet..., aber dennoch bleibt es eine Entstellung." (LW 25,S.420) Kleinbürgerliche Abweichungen in der Frage des Staates sind stets eine Gefahr. Aber soll man aus Angst vor Abweichungen einen Teil der Auffassungen des Marxismus-Leninismus zum Staat gegen einen anderen Teil ausspielen?

4.Damit hat die "Rote Fahne" den Hauptteil ihrer Munition in der Frage des Staates verschossen. Es folgen - abgesehen von der Frage des Verhältnisses von Staat und Monopolen - nur noch einige harmlose Blindgänger. So wird bezweifelt, daß unsere Programm konsequent den marxistischen Standpunkt verficht, daß die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat "nicht einfach übernehmen und für ihre Zwecke in Bewegung setzen" kann, sondern ihn zerschlagen muß. Das wird mit dem Hinweis darauf bezweifelt, daß sich im Programm die "falsche Formulierung" von der "Übernahme der staatlichen Verwaltung in die eigenen Hände (des Proletariats und der anderen Klassen und Schichten des Volkes)" finde. "Und eben das ist falsch. Auch wenn anderen Stelle dazu was anderes gesagt wird, ist und bleibt eine solche Formulierung revisionistisch, denn sie stellt es so hin, als ob nicht der gesamte alte, bürgerliche Staatsapparat von der proletarischen Revolution zerschlagen werden müßte, sondern nur ein Teil von ihm, während ein anderer Teil, hier also der staatliche Verwaltungsapparat, nicht zerschlagen werden müsse, sondern vom Proletariat übernommen werden könnte, um dessen Interessen zu dienen." (RF,S.8) Ein massiver Angriff, nur - wer hat etwas von der Übernahme des Verwaltungsapparats gesagt. Das Programm sagt, daß das Proletariat der Bourgeoisie die politische Macht entreissen, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, die Diktatur des Proletariats errichten und die Verwaltung der Gesellschaft in die eigenen Hände nehmen muß. Das ist alles und es ist richtig.

5.Als besonders deutliches Zeichen für unseren Revisionismus sieht die "Rote Fahne" auch an, daß in dem Satz: "Die Arbeiterklasse zerschlägt den bürgerlichen Staat von oben bis unten" aus einem früheren Programmentwurf schließlich das "von oben bis unten" weggelassen wurde. "Alles was im Programm überflüssig ist, schwächt es" - sagte Engels. Daran haben wir uns gehalten. Zerschlagen heißt zerschlagen, "von oben bis unten" ist überflüssig. Daß das darauf hindeutet, daß wir den Staatsapparat doch nicht zerschlagen, sondern"zumindest gewisse Teile von ihm übernehmen, also grundsätzlich unverändert lassen" wollen, ist natürlich lächerlich, obwohl der nächste Satz in der "Roten Fahne" wieder stimmt, nämlich, daß das "waschechter Revisionismus" wäre.

6.Schließlich stürzt sich die "Rote Fahne" über einen anderen Satz im Programm: "Betrachten wir nun die Passage im Bund-Programmentwurf, die lautet: 'Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates'. Warum eine solche nichtssagende, wieder die Hauptsache umgehende, flache und irreführende Formel, wenn es in Wahrheit doch darum geht,

daß sich die Monopole im Imperialismus den Staat direkt unterordnen?" (RF,S.7) Nachdem die "Rote Fahne" weiter feststellt, daß von uns in den Erläuterungen zum Programmentwurf (Kommunist, April 1976, S.37) gegen die revisionistische Theorie der "Verschmelzung von Staat und Monopolen" polemisiert wurde, sagt sie: "Der Unterschied zwischen 'verschmelzen' und 'verbinden' ist doch hier ganz belanglos, es ist lediglich der Unterschied zwischen KPÖ-Revisionisten und DKP-Revisionisten. Letztere haben in ihren Düsseldorfer Thesen in dieser Beziehung nämlich ziemlich dasselbe gesagt wie das österreichische Bund-Programm. Demgegenüber ist jedoch klar: Ob man nun 'verschmelzen' oder 'verbinden', 'zusammenwachsen' oder 'vereinigen' sagt, bleibt gehupft wie gesprungen, weil in allen diesen Bezeichnungen nicht das Wesentliche zum Ausdruck kommt, das Stalin in den Worten zusammenfaßt: 'Es ist so, daß der Prozeß dieser Annäherung nicht einfach zum Zusammenwachsen führt, sondern zur UNTERORDNUNG des Staatsapparats unter die Monopole. Darum sollte man auf das Wort 'Zusammenwachsen' verzichten und es durch das Wort 'Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole' ersetzen.' (J.W.Stalin, Ökonomische Probleme, Peking 1972,S.50)." (S.8)
An der betreffenden Stelle im Programm ist aber - das hat die "Rote Fahne" anscheinend übersehen - überhaupt nicht vom Verhältnis zwischen Staat und Monopolen die Rede. <u>Diese</u> Frage wird vor allem durch den ganzen Aufbau des Programms beantwortet und zwar genau im Sinne Stalins. In der oben bereits zitierten Programmpassage wird der Staat allgemein als Instrument der Kapitalistenklasse charakterisiert. Hier - mit dem letzten Satz dieser Passage - soll gesagt werden, daß im Imperialismus der Arbeiterklasse und dem Volk eine gewaltige <u>Macht</u> entgegentritt, nämlich die vereinigte <u>Macht</u> eines bis an die Zähne bewaffneten und ins Riesenhafte bürokratisch aufgeblähten Staatsapparats und der Monopole, deren Macht ja bekanntlich auch bis zu Privatarmeen geht. Diese Aussage wird getroffen, bevor das Programm zum Klassenkampf des Proletariats und des Volkes gegen diese Macht und gegen den Kapitalismus überhaupt übergeht. Sie ist der Übergang dazu. Unser Programm spricht überhaupt nicht von der "Verbindung oder Verschmelzung von Staat und Monopolen", sondern von der "Verbindung der <u>Macht</u> des Staates mit der <u>Macht</u> der Monopole", worauf übrigens in dem von der "Roten Fahne" zitierten Rundschreiben der Programmkommission ebenfalls hingewiesen wurde. Das ist natürlich nicht "gehupft wie gesprungen".

7.Auch die nächsten Abschnitte der Kritik der "Roten Fahne" kreisen letztlich um die Frage des Staates (S.9 - 13). Insbesondere auf S.12f. kommt die "Rote Fahne" nochmals auf die Frage des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft zurück. Es heißt auf S.13, daß der Ausdruck vom "von der Gesellschaft abgehobenen Charakter der staatlichen Tätigkeiten" ausgesprochen irreführend sei in einem Programm, das "das Entscheidende" über den Staat verschweige. Wir wissen bereits, was die "Rote Fahne" für das einzig und allein Entscheidende ansieht und daß sie das allem anderen gegenüberstellt. Wir haben oben gesehen, wie die Tatsache, daß der Staat Gewaltapparat einer Klasse ist, der Tatsache gegenübergestellt wird, daß er Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist. Wir haben gesehen, wie wild gegen die Formulierung polemisiert wird, daß der Staat ein "unproduktiver schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft" sei. Die Kritik auf S.13

ist die direkte Fortsetzung dieser Polemik. Auf der Grundlage der falschen Auffassung,die nur die Klassen sieht,nicht aber die in Klassen zerrissene Gesellschaft,kann die "Rote Fahne" auch nicht begreifen,daß der Staat als Instrument einer Klasse zur Unterdrückung der anderen überhaupt nur dienen kann,wenn er als "Macht (funktioniert),die aus der Gesellschaft hervorgegangen ist,sich aber über sie stellt und sich ihr mehr und mehr entfremdet" (LW 25,S.401). In unserem Programm wird dieser von Lenin hervorgehobene "Grundgedanke des Marxismus über den Staat" so zum Ausdruck gebracht, daß der Staat immer mehr gesellschaftliche Funktionen an sich zieht. Er verwandelt sie in seine eigenen bürokratischen Tätigkeiten. Er lastet immer schwerer am Körper der Gesellschaft. Unter der Diktatur des Proletariats dagegen wird der von der Gesellschaft abgesonderte Charakter der staatlichen Tätigkeiten überwunden und werden diese in gesellschaftliche Tätigkeiten des freien Arbeitervolkes verwandelt, das heißt in Tätigkeiten, die unmittelbar von der Gesellschaft und nicht vermittels eines besonderen, aus ihr herausgehobenen Apparates durchgeführt werden. Der Satz vom "Absterben des Staates" ist nur eine andere Formulierung derselben Sache. Das schließt nicht aus und widerspricht nicht, sondern entspricht geradezu der Tatsache, daß der von der Gesellschaft abgehobene bürgerliche Staatsapparat als Instrument der Bourgeoisie funktioniert und der immer noch von der Gesellschaft getrennte, aber bereits im Absterben begriffene proletarische Staat als Instrument des Proletariats.
Das alles gehört zu den ersten Elementarwahrheiten, zum ABC des Marxismus-Leninismus, und wenn die "Rote Fahne" sie "vergißt", ja gegen sie polemisiert, dann kann das nur von einer falschen, unmarxistischen Auffassung in der Frage des Staates zeugen.

II. Zur Frage der bewaffneten Revolution

Gehen wir jetzt zurück zum zweiten Kapitel auf S.9, wo die "Rote Fahne" die Frage der bewaffneten Revolution aufwirft. Die Frage der bewaffneten Revolution und des friedlichen Weges ist eine der entscheidenden Streitfragen zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus. Die Revisionisten "orientieren sich auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus", wobei sie in Wahrheit gar nicht von diesem oder jenen Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariats sprechen, sondern auf den Sturz der Bourgeoisie, die Zerschlagung ihres Staatsapparats und die Errichtung der Diktatur des Proletariats verzichten. Die Marxisten-Leninisten halten an diesem Ziel eisern fest und vertreten hinsichtlich des Weges zu diesem Ziel die Auffassung, daß sowohl ein bewaffneter als auch ein friedlicher Weg möglich ist, ersterer allerdings der Regelfall, letzterer nur ein seltener Ausnahmefall unter bestimmten Bedingungen. Die Marxisten-Leninisten vertreten ferner die Auffassung, daß sich die Arbeiterklasse auf die Machtergreifung mit Waffengewalt vorbereiten muß, andernfalls auch ein möglicher friedlicher Weg zur Illusion würde. Nur ein auch auf den bewaffneten Aufstand ideologisch, politisch und militärisch vorbereitetes Proletariat kann eventuelle Bedingungen für einen friedlichen Weg zum Sozialismus nützen. Bekanntlich haben Marx und Engels z.B. für diejenigen Teile Nordamerikas, in denen der "freie Kolonist" vorherrschteund es noch keinen bedeutenden Staatsapparat nach kontinentaleuropäischem Muster gab, die Möglichkeit eines friedlichen Weges ins Auge gefaßt. Bekanntlich hat auch Lenin auf diese Möglichkeit (z.B. für kleine Länder, wenn rundherum bereits das Proletariat gesiegt hat und die Bourgeoisie es vorzieht, sich "loszukaufen") hingewiesen und auch für Rußland 1917 angesichts des konkreten Standes der Doppelherrschaft zwischen der bürgerlichen Regierung und den Sowjets einen Moment lang diese Möglichkeit ins Auge gefaßt.

Die Revisionisten haben den Marxismus vollkommen entstellt: "Die Leninsche These über die friedliche Entwicklung der Revolution, was Lenin seinerzeit für schwer möglich hielt, haben wir heute zum Prinzip einer Weltstrategie der kommunistischen und Arbeiterparteien erhoben." (Togliatti, zitiert nach: Die marxistisch-leninistische Ideologie wird über den Revisionismus siegen, Band II, Tirana 1964, S. 179). Demgegenüber hat die Moskauer Erklärung 1960 richtig festgehalten: "Die reale Möglichkeit dieser oder jener Art des Übergangs zum Sozialismus wird in jedem einzelnen Lande durch die konkreten historischen Verhältnisse bestimmt ... Die Formen und Wege der Entwicklung der sozialistischen Revolution hängen von dem konkreten Verhältnis der Klassen in diesem oder jenem Land, von dem Grade der Organisation und der Reife der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde sowie von dem Grade des Widerstandes der herrschenden Klasse ab." (zitiert nach: Die marxistisch-leninistische Ideologie...,S.183) Der "Grad des Widerstandes der herrschenden Klassen" hängt wiederum von einer Reihe innerer und äußerer Bedingungen ab. Gegen die revisionistische "Orientierung auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus" haben die Marxisten-Leninisten nicht ein "absolutes Prinzip Gewalt" gesetzt, sondern die marxistisch-leninistische Auffassung, daß dies eine Frage ist, die jeweils konkret beantwortet werden muß, wenn es auch allgemeine Gesichtspunkte und historische Lehren für diese Antwort gibt. So sagte Enver Hoxha 1960: "In diesen (den kapitalistischen) Ländern muß man den Klassenkampf entfalten, ausweiten und verstärken und die werktätigen Massen müssen, geführt von ihrem Proletariat mit der KP an der Spitze und im Bunde mit dem gesamten Weltproletariat, dem Imperialismus das Leben unmöglich machen, seine militärischen und ökonomischen Stützpunkte zerschlagen, ihm das Wirtschaftspotential und die politische Macht aus den Händen reissen, seinen alten Staat vernichten und den neuen Volksstaat errichten. Soll das gewaltsam oder auf friedlichem und parlamentarischem Wege geschehen?
Diese Frage war bisher ganz klar und erst Gen.Chruschtschow hat sie auf dem 20.Parteitag ganz unnötigerweise verwirrt, in einer Richtung, welche in der Tat den Opportunisten gefiel. Warum wurden die klaren Thesen Lenins und der sozialistischen Oktoberrevolution in solcher Weise entstellt? Die PAA hat hier einen ganz klaren Standpunkt und läßt sich nicht von den Leninschen Lehren abbringen. Bis jetzt hat noch kein Volk, kein Proletariat, keine kommunistische oder Arbeiterpartei die Macht ohne Blutzoll und Gewalt erringen können.
Es ist nicht richtig, wenn einige Genossen behaupten, daß bei ihnen

die Macht ohne Blutzoll erobert wurde; sie vergessen, daß für sie die ruhmreiche Rote Armee im Zweiten Weltkrieg ganze Ströme von Blut hat vergießen müssen.
Unsere Partei ist der Meinung, daß man sich auf beide Wege, insbesondere aber auf den Weg der Ergreifung der Macht durch Gewalt gut vorbereiten muß. Denn erst dann gewinnt auch die erste Möglichkeit Chancen auf einen Erfolg. Das Bürgertum läßt Dich ruhig Psalmen singen, doch dann versetzt es Dir plötzlich einen faschistischen Faustschlag auf den Kopf, daß Dir Hören und Sehen vergeht, weil Du weder die Sturmkader ausgebildet, noch die illegale Arbeit geleistet, weder die Räume, wo Du Dich verbergen und arbeiten kannst, noch die Kriegsmittel vorbereitet hast. Einer solchen tragischen Eventualität müssen wir vorbeugen." (Rede gehalten auf der Beratung der 81 Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau am 16.November 1960, S.20-22). Die albanischen Genossen haben ebenso wie die chinesischen("Proletarier aller Länder, vereinigt Euch gegen den gemeinsamen Feind!"Peking 1963, S.292) darauf hingewiesen, daß "die kommunistische Partei die Massen und sich selbst auf die Möglichkeit des nichtfriedlichen Weges vorbereiten (muß). Lenins Worte bleiben immer aktuell, daß die Arbeiterklasse *alle* Formen des Kampfes beherrschen und bereit sein muß, die eine Form möglichst schnell und unerwartet durch eine andere zu ersetzen. 'Die Arbeiterklasse',schrieb Lenin,'würde sicherlich vorziehen, die Macht auf friedlichem Wege zu ergreifen... jedoch der *Verzicht* auf die Machtergreifung mit Hilfe der Revolution durch das Proletariat wäre theoretisch, praktisch und politisch eine *Dummheit* und eine Konzession an das Bürgertum und alle reichen Klassen.' Wer sich nicht gleichzeitig auf die eine und die andere Form vorbereitet, also sowohl auf den friedlichen, als auch nichtfriedlichen Weg, läuft Gefahr beide Möglichkeiten zu verlieren. Auch in jenen Ländern, wo es möglich ist, die Revolution friedlich zu entwickeln, muß die kommunistische Partei diese Möglichkeit auswerten, darf sie aber nicht für absolut erklären, weil diese Möglichkeit durch die Änderung der Umstände, die nicht von uns abhängen, sich in ein Gegenteil umwandeln kann. Wenn man sich aber zugleich auch auf die nichtfriedliche Möglichkeit vorbereitet, dann wachsen die Chancen des friedlichen Weges." (Die marxistisch-leninistische Ideologie...,S.184f.)

Genauso geht unser Programm vor: "Die unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, das heißt die Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Herrschaft verfügt, kann die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern." (S15/16). Das Wort "solange" stellt klar, daß der Weg zur Macht durch kein gesellschaftliches Naturgesetz und schon gar nicht durch ein absolutes Prinzip vorgezeichnet ist, sondern durch die konkreten Verhältnisse, durch die konkrete Frage, ob die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen verfügt und sie erfolgversprechend einsetzen kann. Gleichzeitig ist dieser Satz im Programm eine eindeutige und zugleich von einer korrekten marxistisch-leninistischen Position ausgehende Kampfansage gegen den modernen Revisionismus und orientiert die Arbeiterklasse vor allem auf die Vorbereitung der bewaffneten Revolution. Das ist keine "revisionistische Hintertür" und auch keine "Einschränkung", außer der, daß damit abstrakte absolute Prinzipien auf konkrete marxistisch-leninistische Aussagen "eingeschränkt" werden. "Hätten die Programmverfasser", schreibt die "Rote Fahne","..anstelle des fatalen Wörtchens 'solange' das klare Wort 'weil' gesetzt, so wäre alles in Ordnung gewesen und man hätte zufrieden sein können." (S.9) Das hätte man aber ganz und gar nicht, denn dann wäre aus einer marxistisch-leninistischen Aussage Metaphysik geworden, d.h. ein mystisches Dogma außerhalb von Raum und Zeit und überhaupt außerhalb konkreter Bedingungen. Übrigens ist ein solches Dogma ebenso wie sein Gegenstück, das Dogma eines Mahatma Gandhi, nicht besonders überzeugend für die Arbeitermassen. Überzeugend ist es dagegen nur, zu sagen, warum und unter welchen Bedingungen bewaffnete Gewalt unabdingbar ist.

III. Zur Frage der Diktatur des Proletariats

1.Im dritten Kapitel auf Seite 12 wird uns vorgeworfen, wir wären von der Diktatur des Proletariats zum "Staat des ganzen Volkes" abgerutscht. Hier wird auf die Absurditäten Chruschtschows Bezug genommen, der erklärte, daß der sowjetische Staat keine Diktatur des Proletariats mehr sei, sondern ein "Staat des ganzen Volkes", das heißt ein Staat ohne proletarischen Klassencharakter. Das war die theoretische Begleitmusik zur tatsächlichen Liquidierung der Diktatur des Proletariats in der SU. Die "Rote Fahne" konzediert uns demgegenüber, daß wir uns zur Diktatur des Proletariats bekennen. Sie wirft uns allerdings vor, daß wir von keiner "richtigen Definition dieses Begriffs", ja nicht einmal von einer "klaren Vorstellung seines Inhalts" ausgingen. Dabei bezieht sie sich auf eine Stelle im Programm, wo von der "Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse" (S.25) die Rede ist.

Wie jeder Inhalt eine bestimmte Form annimmt, so nimmt auch die Diktatur des Proletariats - dieser Begriff umschreibt den Klasseninhalt der proletarischen Staatsmacht - eine bestimmte politische Form an, nämlich die "Form der vollkommensten Demokratie" (LW 25, S.409), wobei diese durchaus verschiedene Ausprägungen haben kann und seit 1871 auch bereits hatte. Deshalb sagen wir, daß die Diktatur des Proletariats "in der Form" der Volksherrschaft errichtet wird. Keineswegs "erklärt" unser Programm die Diktatur des Proletariats "zur" Volksherrschaft, wie die "Rote Fahne" unterstellt. Keineswegs rutscht unser Programm von der Diktatur des Proletariats zum "Staat des ganzen Volkes" ab, wie es überhaupt schwer ist, vom Inhalt zur Form einer Sache "abzurutschen". Wie die bürgerliche Demokratie eine Form der Diktatur der Bourgeoisie ist, so ist die proletarische Demokratie, ein Staat vom Typus der Pariser Kommune, die Form der Diktatur des Proletariats.

2.Um die proletarische Demokratie der bürgerlichen gegenüberzustellen und zu zeigen, daß sie sich auch in der Form unterscheiden wie Tag und Nacht, bezeichnet unser Programm die proletarische Demokratie, die Volksherrschaft, als "ungeteilt" und "uneingeschränkt". Das heißt, die Demokra-

tie bezieht sich auf alle staatlichen Angelegenheiten und nicht nur auf einen Teil davon und sie ist vollständig und nicht eingeschränkt. Die bürgerliche Demokratie dagegen schließt unter dem Titel der "Gewaltenteilung" (Legislative, Exekutive, Judikatur) den Kern des Staatsapparates, Armee und Polizei, sowie den ganzen Beamtenapparat und die Richter von vornherein von der Wählbarkeit und überhaupt von der Demokratie aus. Und auch das Wahlrecht und die Demokratie gegenüber dem Parlament ist äußerst eingeschränkt, zum Beispiel indem man die Abgeordneten nicht zur Rechenschaft ziehen kann.

Die "Rote Fahne" ventiliert als Alternative den Ausdruck von der "Herrschaft der Arbeiterklasse zum Zweck der sozialen Befreiung des Volkes". Das, nicht unser Programm, bringt alles durcheinander. Erstens macht das Proletariat seine Revolution vor allem zum Zweck seiner eigenen sozialen Befreiung, das heißt zur Beseitigung der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie. Damit befreit es zugleich das ganze Volk von Unterdrückung und Ausplünderung. Denn: "Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist die Grundlage der Knechtschaft in all ihren Formen - des gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit." (Programm,S.7) Zweitens wird hier nichts mehr über die Form der proletarischen Herrschaft gesagt.

IV. Resumé: Die „Rote Fahne" hat eine idealistische Auffassung vom Staat

Blickt man auf die letzten drei Kapitel zurück, so fallen einem große durchgehende Züge in der Argumentation der "Roten Fahne" auf. Zuerst wird der Staat nur als Gewaltapparat der Bourgeoisie betrachtet und nicht zuerst allgemein als Produkt der Gesellschaft und ihrer Widersprüche, als aus der Gesellschaft herausgewachsene und von ihr abgehobene Einrichtung. Ja es wird geradezu polemisiert gegen diese Charakterisierung. Weiters ist der "Roten Fahne" allein schon der Begriff "Gesellschaft" in diesem Zusammenhang suspekt und erst recht, daß sich der Staat aus der Gesellschaft herausbildet. Eher würde der "Roten Fahne" die Auffassung entsprechen, daß sich die Bourgeoisie den Staat zwecks Niederhaltung des Proletariats geschaffen, ausgedacht und gemacht,hat. Die Herausbildung des Staates aus der Gesellschaft, seine Entwicklung in der Gesellschaft, seine gesellschaftliche Rolle und Funktion - die "Rote Fahne" interessiert daran nur die Tatsache, daß der Staat Gewaltapparat ist. Nun ist das zwar von entscheidender Bedeutung, aber wenn man es verabsolutiert und ignoriert, daß der Staat Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, - dann wird aus etwas Richtigem eine falsche metaphysische Anschauung, die mit dem historischen Materialismus wenig zu tun hat. Im zweiten Kapitel wird wieder die Gewalt verabsolutiert und die Zerschlagung des Staates mit Waffengewalt als "absolutes Prinzip" hingestellt und als Selbstzweck behandelt. Hier wird deutlich sichtbar, wie sich mystische Metaphysik und "Superradikalismus" paaren. Im dritten Kapitel schließlich befremdet einen die Leugnung der elementaren Tatsache, daß der Staat von der Gesellschaft abgehoben ist, andernfalls es ihn ja überhaupt

nicht als Staat gäbe. Das befremdet einen umso mehr, als hier offen gegen das ABC des Marxismus polemisiert wird. Ebenfalls im dritten Kapitel zeigt die "Rote Fahne" auch völliges Unverständnis für das Verhältnis von Klasseninhalt, politischer Form und sozialen Zweck der proletarischen Staatsmacht. Übrig bleibt nur, daß die Diktatur des Proletariats eine Diktatur ist. Man kann sich daher alles in allem des Eindrucks nicht erwehren, daß hier von einer idealistischen Auffassung vom Staat ausgegangen wird, wie Engels sie kritisiert, wenn er darauf hinweist, daß der Staat keine "der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht" und auch nicht die "Wirklichkeit der sittlichen Idee" sei.

W.L.

Einige Lehren aus den Auseinandersetzungen mit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsguppe des KB

Anfang Oktober wurde aus der Wiener Ortsgruppe des KB eine kleine Gruppe von fünf Genossen ausgeschlossen. Sie hatten zusammen mit zwei Genossen der Studentenorganisation der Wiener Ortsgruppe, einem weiteren KB-Mitglied, das kurz vor seinem Ausschluß ausgetreten ist, einem ehemaligen Mitglied des früheren KB Wien und einem ehemaligen Mitglied des Roten Schülerbundes eine Fraktion zur Spaltung und Liquidation des Kommunistischen Bundes Österreichs gebildet.

Die Spaltertätigkeit der Liquidatorenfraktion wurde zumindest im letzten Stadium vor dem Ausschluß im Zusammenhang und mit aktiver Unterstützung der Wiener Landesgruppe der VRA entfaltet. Diese hat damit einen in der Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Organisationen beispiellosen Akt der Spalterei und Intrige gesetzt, während sie zugleich schon seit längerer Zeit jeglicher ideologischer und politischer Auseinandersetzung mit den Streitfragen zwischen unseren Organisationen und in der ganzen marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs aus dem Wege geht.

Die Spaltertätigkeit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe und ihr Gegenstück in der Spaltertätigkeit der Wiener VRA sind negative Ereignisse, die der Entwicklung der marxistisch-leninistischen

Bewegung in Österreich einigen Schaden zufügen. Zugleich sind diese Ereignisse für uns wichtige "Lektionen". Wenn wir es verstehen, aus diesen negativen Beispielen zu lernen, werden wir diesen Schaden in zehnfachen Nutzen umwandeln können.

Zu diesem Zweck hat im gesamten KB eine Bewegung zum Studium und zur Kritik der Auffassungen der Liquidatorenfraktion begonnen, die den bereits im KB Wien eingeleiteten und geführten Kampf während der Herausbildung ihrer Abweichungen fortsetzt.

Dem gleichen Zweck dienen die folgenden Thesen.

I. Waschechte Liquidatoren im „linken" Gewand

Zur ideologischen und politischen Rechtfertigung ihrer spalterischen Tätigkeit und Fraktionsbildung, die schließlich zu ihrem Ausschluß führte, tischten die betreffenden Genossen eine Reihe von organisatorischen Thesen und Organisationsprinzipien auf, die zusammengenommen eine Plattform des offenen Liquidatorentums und der offenen Revision des Marxismus-Leninismus in der Frage der Rolle und Aufgaben der Kommunisten und ihrer Organisationsprinzipien darstellt.

Positiv formuliert läßt sich diese Plattform in Anlehnung an Äusserungen verschiedener Fraktionsmitglieder folgendermaßen zusammenfassen:

Man muß nicht organisiert sein, um Kommunist zu sein. Um Kommunist zu sein, genügt es, sich mit organisierten und unorganisierten Genossen zu Plaudereien und Diskussionen zu treffen und sich zu bemühen, sich mit einigen wenigen Fragen gründlich zu beschäftigen. Gerade unter den Unorganisierten und aus kommunistischen Organisationen Ausgetretenen finden sich die wahrhaft alterprobten kommunistischen Kader, die alten und erprobten Genossen. Solange es die Partei noch nicht gibt, ist es die natürlichste Sache auf der Welt, aus den bestehenden kommunistischen Organisationen auszutreten oder von einer zur anderen überzutreten.

Wer Mitglied einer kommunistischen Organisation ist, braucht sich an keinen Beschluß der Organisation oder ihrer leitenden Organe zu halten, von dem er selbst glaubt, daß er revisionistisch ist.

Wer sich als Mitglied von einem leitenden Organ falsch behandelt fühlt, hat das Recht, seine Mitarbeit in seiner Grundeinheit einzustellen und sich allen Beschlüssen, sie wiederaufzunehmen, zu widersetzen, bis die Angelegenheit zu seiner Zufriedenheit geregelt ist.

Wer Differenzen zur politischen Linie der Organisation in einigen Fragen hat, braucht keinen Mitgliedsbeitrag mehr zu bezahlen und die Organisation auch sonst nicht mehr materiell zu unterstützen.

Wer als Mitglied Differenzen zur Linie der Organisation hat, braucht diese Linie nach außen nicht mehr zu vertreten, sondern kann sich im Gegenteil nach Belieben 'Gleichgesinnte' außerhalb der Organisation suchen oder heranziehen, sich mit ihnen wechselseitig in seiner abweichenden Auffassung bestärken und mit ihnen innerorganisatorische Fragen beraten.

Kurz: Wer als Mitglied einer kommunistischen Organisation in einer oder mehreren Fragen in der Minderheit bleibt, braucht sich ans Statut nicht mehr zu halten. Auch wegen schwerwiegendster Verstöße gegen das Statut darf er aber nicht ausgeschlossen werden, solange nur die Mehrheit der Organisation, nicht aber er selbst davon überzeugt ist, daß seine politischen Auffassungen in anderen, nicht-organisatorischen Fragen falsch sind.

Diese Plattform faßt Thesen und Handlungen zusammen, die die Fraktionsmitglieder in der Auseinandersetzung vor ihrem Ausschluß vertreten und für "voll und ganz statutengemäß und im Einklang mit dem kommunistischen Geist, der in jeder kommunistischen Organisation herrschen sollte" hielten. (1)

Das Gegenteil ist der Fall.

Die Propaganda für die These "Um Kommunist zu sein, muß man nicht organisiert sein" ist ein Schlag ins Gesicht jedes Kommunisten, der in den 60er Jahren in der KPÖ den Kampf gegen die revisionistische Entartung der Partei, für die Erhaltung der revolutionären Organisation der österreichischen Arbeiterklasse geführt hat.
Sie ist ein Schlag ins Gesicht jedes Kommunisten, der sich angesichts des unwiderruflichen Farbwechsels der KPÖ dazu entschloß, mit dieser Partei zu brechen und an den Aufbau einer neuen revolutionären Organisation der österreichischen Arbeiterklasse zu gehen.
Sie ist ein Schlag ins Gesicht jedes Kommunisten, der trotz aller Rückschläge und Schwierigkeiten in diesen neuentstandenen revolutionären Organisationen ausgeharrt und den Kampf fortgeführt hat.
Sie ist ein Schlag ins Gesicht jenes Wiener Arbeiters und langjährigen KPÖ-Mitglieds, der in seiner Austrittserklärung aus der KPÖ geschrieben hat: "Um Kommunist zu bleiben, muß man heute aus der KPÖ austreten. Und das habe ich getan... Ich muß zugeben, es fiel mir schwer. Aber um Kommunist zu bleiben, bin ich Kandidat des KB Wien geworden." (2)

---

(1) Aus der Stellungnahme eines Fraktionsmitglieds.
Um den organisierten Genossen unter den Lesern eine Orientierungshilfe zu geben, sind zitierte oder zum Vergleich erwähnte Aussagen der Fraktionsmacher nach der Veröffentlichung ihrer und anderer Dokumente der organisationsinternen Diskussionsbroschüre "Debatte" angegeben, um das Auffinden der entsprechenden Stellen zu erleichtern.
Die hier zitierte Stelle findet sich in "Debatte" Nr.1, Seite 25

(2) Klassenkampf, Zeitung des KB Wien, 8/1975, S 16 f

"Abêr wozu die Mühe, mein Freund?", antwortet ihm einer unserer Liquidatoren. "Es genügt doch vollauf, sich mit organisierten und unorganisierten Genossen zu Diskussionen und Plaudereien, vielleicht zu einer unverbindlichen Schulung zu treffen, um die politische Luft zu atmen, die man als Kommunist braucht!" (3) Der Applaus seiner Fraktionskollegen und der Ehrentitel "alter und erprobter Genosse" ist ihm für diesen Rat sicher. Mehr haben sie schließlich auch nicht mehr vor.

Dem Kommunistischen Bund Österreichs ist diese "politische Luft" allerdings zu dünn. Er hält es mehr mit der kommunistischen Bewegung, in deren "Geburtsurkunde", dem Kommunistischen Manifest, ein anderes Bild der Kommunisten gezeichnet wird. Der KB hat diese Festlegungen aus dem Kommunistischen Manifest in sein Programm übernommen und setzt alles daran, sie entsprechend seinem Entwicklungsstand und dem Entwicklungsstand der ganzen kommunistischen Bewegung in Österreich in die Tat umzusetzen:

"Die Kommunisten aller Länder haben die Aufgabe, das Proletariat zur Erfüllung seiner großen geschichtlichen Mission zu befähigen. Zu diesem Zweck organisieren sie es zur selbständigen, allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten politischen Partei. Sie leiten seinen Klassenkampf in all seinen Erscheinungsformen, enthüllen ihm den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausgebeuteten und denen der Ausbeuter und machen ihm die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die notwendigen Voraussetzungen der sozialen Revolution klar, die es zu vollbringen hat." (4)

"Aber die Partei gibt es ja noch gar nicht," schreien die Liquidatoren, "und solange die höhere Einheit in der Partei noch nicht erreicht ist, sind Austritte aus kommunistischen Organisationen nichts Ungewöhnliches, kann man auch ohne Organisation ein alterprobter kommunistischer Kader sein und bleiben, und braucht man sich auch nicht zu organisieren, um Kommunist zu bleiben oder zu werden!" (5)

Freilich kann man niemandem verbieten, sich Kommunist zu nennen. Mit Lenin könnte man sagen, "es wäre auch unnötig, denn dieses Wort (damals noch "Sozialdemokrat", G.St.) bringt unmittelbar nur ein System von Überzeugungen zum Ausdruck, nicht aber bestimmte organisatorische Beziehungen." (6) Die Liquidatoren verwenden es jedoch nicht in diesem beschränkten Sinne, sondern tischen es mit ihrer These vom "unorganisierten alterprobten kommunistischen Kader" in einem Sinn auf, in dem es unter wirklichen Marxisten-Leninisten nur für ein Mitglied einer kommunistischen Organisation Geltung haben kann.

(3) In Anlehnung an die Selbstdarstellung eines Ausgetretenen und Fraktionsmachers: "Debatte" Nr. 1, S. 43

(4) Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs, Wien 1976, S.17f. (Vgl. dazu Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, S.49ff.)

(5) Nach den Äußerungen eines der Fraktionsmacher, "Debatte" Nr.1, S.43 und 46

(6) Lenin in der Auseinandersetzung mit Axelrod und Martow über die Frage der Parteimitgliedschaft und den § 1 des Statuts, "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", Lenin Werke, Bd.7,S.270.

Ihre Auffassungen über die Kommunisten würden, könnten sie sich in der kommunistischen Bewegung durchsetzen, in der Tat verhindern, daß eine neue kommunistische Partei aufgebaut wird. Allerdings haben in der Geschichte schon andere "Größen" als unsere Liquidatoren versucht, solche Anschauungen durchzusetzen, und sind kläglich gescheitert. Das ist notwendigerweise so, da das Proletariat wenig Bedarf an "politischer Luft", aber einen umso größeren Bedarf an selbständiger Organisation für den Klassenkampf und die Revolution hat.

Was die "alterprobten kommunistischen Kader" betrifft, die heute außerhalb der kommunistischen Organisationen stehen:
Kein Zweifel besteht daran, daß das österreichische Proletariat zahlreiche Arbeiter in seinen Reihen hat, die auf eine lange Erfahrung im Klassenkampf zurückblicken und auch schon als Kader in den Reihen der Kommunistischen Partei gekämpft haben, als diese noch eine revolutionäre Partei war.

Viele von ihnen haben sich nicht zum Bruch mit der revisionistischen KPÖ durchringen können und sind heute wie gelähmt, da sie den Revisionismus nicht praktizieren wollen, aber den Marxismus nicht praktizieren können, solange sie diesen Bruch nicht bewußt und vollständig vollziehen. Viele hatten diesen Bruch organisatorisch schon vollzogen, haben in den Reihen der neuen kommunistischen Bewegung gekämpft, waren diesem Kampf aber unter den schwierigen Bedingungen noch nicht gewachsen, hatten auch den Bruch noch nicht vollständig ideologisch und politisch vollzogen und sind derzeit nicht mehr organisiert.

Die übergroße Mehrheit dieser Arbeiter, die einmal kommunistische Kader waren, kann wieder für die kommunistische Bewegung als Kader gewonnen werden. Aber wie?

Sollen wir diesen Arbeitern sagen: "Wartet noch ein Weilchen, bis wir für Euch die kommunistische Partei aufgebaut haben! Bleibt inzwischen nur die alterprobten, kommunistischen Kader, als die wir Euch gerne anerkennen wollen."?

Oder sollen wir alles daransetzen, um diese Arbeiter durch unsere ideologische und politische, durch unsere theoretische und praktische Arbeit davon zu überzeugen, daß sie wieder zu kommunistischen Kadern werden müssen und daß sie das nur werden können im Verband einer kommunistischen Organisation und im organisierten Kampf für den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei? Diesen Weg hat der Kommunistische Bund Österreichs eingeschlagen und er wird ihn weiter verfolgen.

"Solange die höhere Einheit in der Partei nicht erreicht ist, werden Austritte aus marxistisch-leninistischen Organisationen oder Übertritte aus einer Organisation in eine andere nichts Ungewöhnliches sein."(7).

(7) "Debatte" Nr. 1, S. 46

So kann nur ein Liquidator oder ein Dunkelmann reden oder einer, der beides in sich vereint:

- den Liquidator, dem das Austreten aus kommunistischen Organisationen selbst schon ein erstrebenswertes Ziel ist, das die Reihen der "unorganisierten kommunistischen Kader" auffüllt, und
- den Dunkelmann, der Übertritte in andere Organisationen propagiert, ohne offen zu sagen, *auf welcher politischen Linie im Gegensatz zu welcher anderen politischen Linie* sich die übertretenden Genossen organisieren sollen. Das läßt nur im Dunkeln, wer entweder gar keinen positiven Zweck (die Organisation auf einer richtigen Linie) verfolgt, sondern die Desorganisation und Liquidation der kommunistischen Bewegung, oder wer aus gutem Grund die politische Linie lieber im Dunkeln läßt, auf der er "Übertretende" versammeln will.

Die liquidatorische Propaganda von den "unorganisierten kommunistischen Kadern" und der "Selbstverständlichkeit der Austritte und Übertritte" wird harmonisch ergänzt durch die liquidatorischen Thesen zu den Normen des kommunistischen Organisationslebens. Diese Thesen treten im ultra"linken" Gewand auf, sind aber in Wirklichkeit ultrarechte, den kommunistischen Organisationsprinzipien diametral entgegengesetzte Liquidatorenthesen.

Das ultra"linke" Gewand schneidern sich die Liquidatoren aus der Verfälschung des Prinzips "Gegen die Strömung ankämpfen", das die KP Chinas in Berücksichtigung ihrer Erfahrungen des Kampfes zwischen den zwei Linien in der Partei in ihr Parteistatut aufgenommen hat.

Dieses Prinzip verwendeten die Fraktionsmacher in der Wiener Ortsgruppe als theoretische "Rechtfertigung" für ihre spalterische, liquidatorische Praxis:

Im Namen dieses Prinzips erklärten sie, "daß sie keinen Beschluß des ZK's oder der Ortsleitung anerkennen würden, von dem sie selbst glaubten, daß der revisionistisch sei". (8) Im Namen dieses Prinzips nehmen sie für sich das Recht in Anspruch, ihre Mitarbeit in ihrer Grundeinheit einzustellen, weil sie sich von der Leitung falsch behandelt fühlten (9).

Im Namen dieses Prinzips weigerten sie sich, ihren Mitgliedsbeitrag zu bezahlen und die Organisation materiell zu unterstützen (10).

Im Namen dieses Prinzips verletzten sie die Verpflichtung jedes Mitglieds, "sich den Beschlüssen der Organisation unterzuordnen", und die Verpflichtung der Minderheit, "sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen" (11): sie vertraten nach außen nicht die Linie der Organisation und kämpften für ihre Verankerung unter den Massen, sondern vertraten nach außen ihre eigenen, von der Linie der Organisation abweichenden Auffassungen und hielten Beratungen darüber mit Außenstehenden ab, wobei sie diesen gegenüber die Linie der Organisation nicht verteidigten und sie dafür zu gewinnen versuchten, sondern die Linie der Organisation in den Schmutz zogen, sich in ihrer beispiellosen Eitelkeit als "Regimekritiker" bewundern und von Außenstehenden versichern ließen, daß "ihnen persönlich ihre (abweichenden) Ansichten wesentlich sympathischer seien als die der Leitung des KB", wie sie die von der Organisation und ihrem höchsten Organ, der Delegiertenkonferenz, festgelegte Linie zu nennen pflegten. (12)

Im Namen dieses Prinzips bildeten sie eine Fraktion und forderten alle anderen Mitglieder der Ortsgruppe und deren Massenorganisationen auf, sich ihnen anzuschließen und ebenfalls zu fraktionieren (13).

Indem sie dieses Prinzip des Marxismus-Leninismus als theoretische "Rechtfertigung" für ihre zahllosen Brüche der Organisationsdisziplin, für ihre hemmungslose Fraktionsmacherei und Spalterei zu missbrauchen suchten, stellten sie stillschweigend die absurde These auf, daß die KP Chinas mit der Aufnahme dieses Prinzips in ihr Statut eine grundsätzliche Änderung der Haltung der Kommunisten zu den Normen des Organisationslebens proklamiert habe. Daß die bis dahin von der kommunistischen Bewegung entwickelte und verteidigte organisatorische Linie revidiert werden müsse.

Für sie ist überholt, wofür Lenin in der großen Auseinandersetzung in der russischen Sozialdemokratie um den § 1 des Statuts und die ganze organisatorische Linie kämpfte (14): daß Mitglied einer kommunistischen Organisation nur sein kann, wer ihr Programm und ihr Statut anerkennt, in einer ihrer Einheiten arbeitet und die Organisation durch seinen Mitgliedsbeitrag und auch darüber hinaus nach Kräften finanziell unterstützt (15).

Für sie ist es überholt, wenn Enver Hoxha diese Leninschen Bedingungen für die Parteimitgliedschaft in seinem Brief an den VI. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens als von "großer grundsätzlicher Bedeutung" bekräftigte. (16)

---

(8) "Debatte" Nr. 1, S.49

(9) Ebenda, S.42

(10) Ebenda, S.34 und 49

(11) Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs: Statut § 12, Seite 37

(12) "Debatte" Nr. 1, S.26

(13) Ebenda, S.42

(14) Siehe: "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" (1904, Lenin Werke, Bd.7, S.197 - 430. Dazu: Der erste Paragraph des Statuts, S.250-276)

(15) § 1 des Statuts des Kommunistischen Bundes Österreichs: "Mitglied des KB ist, wer sein Programm und Statut anerkennt, aktiv in einer Einheit der Organisation arbeitet und den Mitgliedsbeitrag zahlt". Programm...,S.33

(16) Enver Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des ZK der PdA Albaniens, Tirana 1972, S.210

Für sie ist überholt, was Mao Tse-Tung in seiner Auseinandersetzung mit dem Liquidator Dschang Guo-tao festhält: "In Anbetracht der schweren Verstöße gegen die Parteidisziplin, die sich Dschang Guo-tao zuschulden kommen ließ, müssen wir die Regeln der Parteidisziplin erneut bekräftigen: 1. Unterordnung des Einzelnen unter die Organisation; 2. Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit; 3. Unterordnung der unteren Instanzen unter die oberen; 4. Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee. Wer gegen diese Regeln verstößt, der untergräbt die Einheit der Partei". (17)

"Gegen die Strömung ankämpfen" - dieses marxistisch-leninistische Prinzip machen die Liquidatoren zu einem Freibrief zum Bruch des Statuts, zum Bruch der Organisationsdisziplin, zur Spalterei und zum Fraktionismus. Diese revisionistische Entstellung der kommunistischen Organisationsnormen wollen sie auch noch der KP Chinas in die Schuhe schieben.

Was hat aber die KP Chinas zu dieser Frage wirklich in ihrem Statut festgehalten?

> *"Die Genossen der ganzen Partei müssen den revolutionären Geist haben, den Mut aufbringen, gegen die Strömung anzukämpfen, und an den Prinzipien festhalten, den Marxismus und nicht den Revisionismus zu praktizieren, sich zusammenzuschließen und nicht Spaltertätigkeit zu betreiben, offen und ehrlich zu sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken zu befassen..* (18)

Im Bericht zur Abänderung des Parteistatuts heißt es dazu:

"Man muß den revolutionären Geist haben, den Mut aufbringen, gegen die Strömung anzukämpfen. Vorsitzender Mao hat festgestellt: 'Gegen die Strömung ankämpfen, ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus'...

Wo es sich um die Linie, um die Gesamtlage handelt, muß ein wahrer Kommunist, frei von jeglichen eigennützigen Überlegungen, den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen, auch wenn das für ihn Amtsenthebung, Ausschluß aus der Partei, Kerkerhaft, Ehescheidung bedeuten oder ihn den Kopf kosten könnte. ...

Beim Kampf muß man die Theorie des Vorsitzenden Mao über den Kampf zwischen den zwei Linien studieren und aus seiner Praxis lernen, nicht nur Prinzipienfestigkeit an den Tag legen, sondern auch eine richtige Politik durchführen, zwischen den zwei Arten von ihrem Wesen nach unterschiedlichen Widersprüchen klar unterscheiden, auf den Zusammenschluß mit der großen Mehrheit Wert legen und die Parteidisziplin einhalten." (19)

---

(17) Zitiert nach Peking Rundschau Nr.43/1976, S.10 (Der Platz der KP Chinas im nationalen Krieg, Ausgewählte Werke Bd.II, S.239)

(18) Statut der KP Chinas, Peking Rundschau 35/36 (1973), S.27

(19) Bericht über die Abänderung des Parteistatuts, Peking Rundschau 35/36 (1973), S.32 f.

Wird schon hier eindeutig festgehalten, daß das Prinzip des "Gegen die Strömung Ankämpfens" nicht gegen die Parteidisziplin gerichtet ist, sondern im Gegenteil in voller Übereinstimmung damit die Verpflichtung besteht, "beim Kampf...die Parteidisziplin einzuhalten", so mag für die Fraktionisten und alle, die sich durch sie irreführen haben lassen, zur weiteren Klärung aus dem Statut der KP Chinas weiterzitiert sein:

"Artikel 1: Jeder chinesische Arbeiter, arme Bauer, untere Mittelbauer, revolutionäre Armeeangehörige oder jeder andere revolutionäre Mensch Chinas, der das 18.Lebensjahr vollendet hat, kann Mitglied der KP Chinas sein, wenn er das Statut der Partei anerkennt, einer ihrer Organisationen angehört und aktiv in ihr arbeitet, die Beschlüsse der Partei durchführt, die Parteidisziplin einhält und Mitgliedsbeiträge bezahlt."

"Artikel 4: Ein Parteimitglied, das die Parteidisziplin verletzt, wird durch die Parteiorganisation der jeweiligen Ebene im Rahmen ihrer Befugnisse, je nach den Sachverhältnissen des gegebenen Falls, mit Verwarnung, strenger Verwarnung, Entzug der Parteifunktionen, Versetzung in den Bewährungszustand in der Partei oder Ausschluß aus der Partei bestraft. ..." (20)

"Artikel 12: Die Hauptaufgaben der Grundorganisationen der Partei sind: ...

(3) die Politik der Partei propagieren und in die Tat umsetzen, ihre Beschlüsse durchführen und jede von Partei und Staat gestellte Aufgabe erfüllen;

.....

(5) neue Parteimitglieder aufnehmen, die Parteidisziplin durchsetzen, die Organisationen der Partei ständig konsolidieren, den Abfall abstoßen und Frisches aufnehmen, um die Reinheit der Reihen der Partei zu wahren." (21)

Diese Zitate sollten genügen, um die KP Chinas gegen ihre unerwünschten "Schüler" in Schutz zu nehmen und klarzustellen, daß das Urheberrecht auf die revisionistische Entstellung und Fälschung des Prinzips "Gegen die Strömung ankämpfen" und sein Ausspielen gegen die Organisationsdisziplin den Fraktionsmachern alleine vorbehalten bleibt.

Das Statut des KB Österreichs ist in bewußter Anlehnung an das Statut der revolutionären russischen Sozialdemokratie abgefaßt und folgt der Anregung Lenins, das Statut selbst "auf rechtliche Bestimmungen zu beschränken", also von Erläuterungen und Kommentaren freizuhalten. (21a) Wir haben diese Form des Statuts gewählt, weil sie uns für die gegenwärtige Entwicklungsstufe unserer Organisation als die geeignetste An-

---

(20) Statut der KP Chinas, Peking Rundschau 35/36 (1973), S.28

(21) Ebenda, S.29f.

(21a) "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück",Lenin Werke Bd.7 S.271

wendung der marxistisch-leninistischen Organisationsnormen auf unsere gegebenen und sich entwickelnden Verhältnisse erscheint: Das Statut legt die notwendigsten formellen Regelungen fest und bringt die marxistisch-leninistischen Organisationsnormen zur Geltung, ohne die Entwicklung unserer Organisation im Zuge ihres Aufbaus und ihres Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten und den Aufbau der Partei einzuengen. Diese Form des Statuts bringt es mit sich, daß vieles darin nicht festgehalten ist, was unser Organisationsleben bestimmt und mit dem Statut voll im Einklang steht, aber mit keinen formellen Regelungen verbunden ist: so das Prinzip von Kritik und Selbstkritik und auch das Prinzip des "Gegen die Strömung Ankämpfens".

Die Gründungskonferenz des KB hat das leitende Prinzip unseres Organisationslebens klar festgehalten:

> "Das Grundprinzip, nach dem wir unser Organisationsleben gestalten, ist der im Statut geregelte demokratische Zentralismus. Durch die Verbindung des Zentralismus mit der demokratischen Willensbildung in der Organisation sichern wir sowohl ein entschieden einheitliches, schlagkräftiges Handeln als auch die enge Verbindung der Organisation mit den Massen. Der demokratische Zentralismus ermöglicht auf der Grundlage einer klaren festgelegten politisch-ideologischen Linie das Praktizieren des Prinzips "Aus den Massen schöpfen, in die Massen tragen!" " (22)

Unser Statut und seine einzelnen Regelungen sind nichts "Ewiges", "Allgemeingültiges": Die ihm zugrundeliegenden marxistisch-leninistischen Organisationsnormen bleiben gültig, solange es kommunistische Organisationen gibt und geben muß. Die Form ihrer Festlegung, ihre Ausformulierung jedoch - all das wird noch oft geändert werden und auch jetzt kann ein Mitglied der Meinung sein, daß sie geändert werden sollten und unter Einhaltung der Organisationsnormen eine solche Änderung anstreben. Unvereinbar mit den marxistisch-leninistischen Organisationsnormen ist es jedoch, als Mitglied unserer Organisation das geltende Statut nicht anzuerkennen, es zu brechen und wie einen Fetzen Papier zu behandeln. Das wird unsere Organisation nie dulden, solange sie als kommunistische Organisation besteht.
Denn jeder Bruch des Statuts, jede Verletzung des demokratischen Zentralismus muß zur Beeinträchtigung der Verbindung der Organisation mit den Massen führen, zur Beeinträchtigung ihrer revolutionären Aufgaben im Klassenkampf. Diesen dient das Statut, diesen dient das demokratisch-zentralistische Prinzip, diesen dient die Organisationsdisziplin.

Die Fraktionsmacher in der Wiener Ortsgruppe haben das Statut trotz Anerkennung des KB als kommunistischer Organisation wiederholt und hartnäckig schwer gebrochen und den Bruch des Statuts sogar "theoretisch" unter Verfälschung des Prinzips "Gegen die Strömung ankämpfen" zu "rechtfertigen" versucht und propagiert. Sie sind deshalb zurecht als Fraktionisten und Liquidatoren ausgeschlossen worden und werden in unsere Organisation nicht mehr zurückkehren können, wenn sie sich nicht von Grund auf ändern, ihr Liquidatorentum einsehen und ablegen, eine tiefgehende, ehrliche Selbstkritik üben und über längere Zeit in der Tat beweisen, daß sie mit ihrer Vergangenheit gebrochen haben.

(22) Resolution der Gründungskonferenz "Die Kommunistische Partei auf der richtigen politischen Linie aufbauen!", Kapitel: "Eine richtige Linie in organisatorischen Fragen einhalten!", in: Kommunist 1/76, Seite 54

II. Aus den negativen Erfahrungen lernen: Den ideologischen Aufbau als Hauptkettenglied im Parteiaufbau ergreifen - um die Durchsetzung einer korrekten organisatorischen Linie kämpfen!

Die aus der Wiener Ortsgruppe des KB ausgeschlossene kleine Gruppe von Genossen hat sich nicht von einem Tag auf den anderen in eine Fraktion von Liquidatoren und Spaltern verwandelt. Ihre liquidatorischen Thesen in der Frage der Organisation und ihre spalterische Fraktionstätigkeit waren nur der vorläufige Endpunkt einer langen Entwicklung und eines langen Kampfes in der Wiener Ortsgruppe und vorher im KB Wien.

Endpunkt insofern, als angesichts ihres Fortschreitens zur Fraktionsbildung und zum offenen Liquidatorentum die Fortsetzung des Kampfes innerhalb einer Organisation nicht mehr möglich war und die Genossen ausgeschlossen werden mußten.

Vorläufiger Endpunkt insofern, als die Auseinandersetzung mit ihren Auffassungen und deren schonungslose Kritik ungeachtetet dieses Ausschlusses fortgesetzt wird. Sie wird auch gegenüber den ausgeschlossenen Genossen trotz der schweren Verantwortung, die sie mit ihrer Spaltertätigkeit und ihrem Liquidatorentum auf sich geladen haben, solange mit dem Ziel der Rettung für den Kommunismus geführt werden, als auch nur ein Funken Hoffnung besteht, daß sie, oder doch einige von ihnen gerettet werden können.

Zu diesem Zweck, wie vor allem auch zu dem Zweck, aus dieser negativen Entwicklung die Lehren für uns selbst zu ziehen, und damit Negatives in Positives zu verwandeln, müssen die Wurzeln und der Weg der Entstehung der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe untersucht und aufgedeckt werden.

Die Herausbildung der Liquidatorenfraktion war ein langer Entwicklungsprozeß, der weit in die Zeit des KB Wien zurückreicht.

Seinen Ausgangspunkt hatte dieser Prozeß in einer falschen Einschätzung der politischen Lage und der sich daraus ergebenden Aufgaben der Kommunisten im Klassenkampf. Das ist nichts Ungewöhnliches. Alle Liniendifferenzen nehmen in der einen oder anderen Weise ihren Ausgang von einer unterschiedlichen Einschätzung der Lage, der konkreten Situation im nationalen und internationalen Klassenkampf.

In der zweiten Jahreshälfte, vor allem nach dem SP-Wahlsieg im Oktober traten die Differenzen in der Einschätzung der politischen Lage im KB Wien immer offener zutage. (23)

Immer offener standen sich gegenüber:
auf der einen Seite eine auf der konkreten Untersuchung der konkreten Situation fußende Einschätzung der Klassenkampfsituation als einer des beginnenden Übergangs vom Zustand des relativen Klassenfriedens zum Zustand der raschen Veränderung und des offenen Klassenkampfes, einer Situation, die durch die Zunahme der Selbständigkeit im Denken und Handeln in der Arbeiterklasse und im Volk, im wachsenden "Drang nach links" unter den Massen, bei gleichzeitiger Rechtsentwicklung der Bourgeoisie gekennzeichnet sei;
auf der anderen Seite Einschätzungen, daß sich die Arbeiterbewegung und der Klassenkampf überhaupt "in der Ebbe" befänden und auch keine Anzeichen für eine Beendigung dieses Zustandes vorhanden seien, daß die Bindung der Massen an die Bourgeoisie, ihr politisches System und ihre Parteien nicht abnähmen, sondern zumindest gleich stark blieben, wenn nicht sogar stärker würden etc.

Die eine, auf einer Untersuchung der wirklichen Entwicklung beruhenden Einschätzung, bildete die Grundlage einer trotz aller Fehler und Beschränkungen vorwärtsgerichteten Politik des KB Wien unter den Massen. Die andere, auf keiner Untersuchung, sondern auf verschiedenen subjektiven Eindrücken beruhende Einschätzung bildete die Grundlage für den zunehmenden Rückzug einzelner Genossen und Zellen aus der Politik unter den Massen. Sie bildete die Grundlage für eine immer ausgeprägtere Haltung der Kapitulation in der Erfüllung der gestellten Aufgaben, wie auch für die Entwicklung falscher Thesen zu verschiedenen politischen Fragen als theoretische "Rechtfertigung" dieser Kapitulation.

Eine dieser Zellen, aus der später ein wesentlicher Teil der Liquidatorenfraktion hervorging, schätzte ihre Lage damals, als die betreffenden Genossen noch nicht blind für ihre Fehler und zu Selbstkritik imstande waren, folgendermaßen ein:
"Der traurigen Lage im Kollektiv liegen nicht einzelne politische Fehler und einzelne Abweichungen zugrunde. Es handelt sich um eine politische Linie, die auf die Kapitulation vor dem Klassenkampf und dem Meinungskampf hinausläuft. Diese Linie hat mehr oder weniger alle Genossen des Kollektivs erfaßt." (24)

---

(23) Vgl.dazu: "Zur nationalen Vereinheitlichung" (11.10.1975), Rundschreiben des KB Wien Nr.37; "Anmerkungen zur Stellungnahme von K.P.Sch." (27.11.1975), Rundschreiben Nr.41; "Stellungnahme zur Einschätzung der Klassenkampfsituation" (Schrack/Wertheim), Rundschreiben Nr.42; "Stellungnahme zu unserem Auftreten anläßlich der Nationalratswahlen und zur Iberia-Aktion", "Zur Klassenkampfsituation in Österreich", "Beitrag zur Klärung der Differenzen mit Gen.J.L.", alle : Rundschreiben Nr.47; "Zum Ausschlußantrag gegen J.L.": Rundschreiben Nr.50.

(24) Aus dem Zellenbericht des Elin-Kollektivs vom 18.9.1975, zitiert in "Debatte" Nr.2

Diese Kapitulation zeigte sich nach ihrer Auffassung in einem immer stärkeren Zurückweichen vor den gestellten Aufgaben "in Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Agitation und Propaganda beim Betrieb,... in Hinblick auf die Zusammenfassung und Betreuung der Sympathisanten etc." (ebenda)

Eine andere Zelle, in der sich die falsche Einschätzung der Lage und die Kapitulation festgesetzt hatte, wurde dadurch ebenfalls in ihrer Arbeit völlig gelähmt, brütete über ihrer "Ebbe in der Arbeiterbewegung" dahin und wurde dabei "wie aus heiterem Himmel" von einem Streik in ihrem Betrieb überrascht, auf den sie wegen ihrer falschen Einschätzung weder vorbereitet war, noch einen positiven Einfluß nehmen konnte.

Gegen diese Kapitulationsströmung, die sich in einigen Zellen breitzumachen und die Organisation zu vergiften begann, wurde relativ spät von der damaligen Leitung des KB Wien der Kampf eröffnet. Ihre Wurzel in der falschen Einschätzung der Lage wurde aufgezeigt und ihr eine im Wesentlichen richtige Einschätzung der Lage auf der Grundlage vertiefter Untersuchungen der konkreten Entwicklung des Klassenkampfes entgegengestellt. (25)

Die Kapitulationsströmung wurde in dieser Zeit zurückgedrängt, aber nicht in allen Teilen der Organisation und nicht vollständig geschlagen. Die Auseinandersetzung mit ihr wurde nicht auf alle Fragen der Politik und des Organisationslebens theoretisch und praktisch ausgedehnt. In allen Fragen der Politik und des Organisationslebens kam sie aber theoretisch und praktisch zum Tragen und wo sie nicht geschlagen wurde, wucherte sie weiter.

Auf und nach der 2.ordentlichen Delegiertenkonferenz trat sie am lautstärksten und offensten in den Auseinandersetzungen um die Einschätzung der internationalen Lage auf. Der Reihe nach wurden verschiedene, rasch wechselnde und sich verändernde "Positionen", "Einschätzungen" und "Linien" produziert, die unter der Decke einer Mischung von wild zusammengeklaubten und zurechtgebogenen Zitaten und eigener dröhnender Phrasen schlecht verbergen konnten, was ihnen gemeinsam war: eine falsche, die Kräfte des Imperialismus maßlos überschätzende, die Kräfte des Weltproletariats und der Völker der Welt unterschätzende Einschätzung der Weltlage, deren theoretische Wurzel im "Vergessen" der Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie und zwischen den unterdrückten Nationen und den Unterdrückernationen liegt; darauf aufbauend falsche, rechte Anschauungen über die internationale Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere das Hegemoniestreben der beiden Supermächte; damit verbunden falsche, rechte Anschauungen über den Kampf des österreichischen Proletariats und des österreichischen Volkes für die Verteidigung des Friedens und das Selbstbestimmungsrecht. (26)

---

(25) Vgl. dazu die Beiträge im Rundschreiben Nr.47 des KB Wien und den "Rechenschaftsbericht der Leitung des KB Wien an die 2.Ordentliche Delegiertenkonferenz".

(26) Vgl.dazu: "Kommunist" Nr.3/76 (Ausgabe KB Wien), Bericht über die Auseinandersetzungen auf der 2.Ordentlichen Delegiertenkonferenz; Beiträge in Rundschreiben 68 und 72 des KB Wien.

In der Entwicklung dieser Anschauungen verbanden sich immer stärker Kapitulantentum und Liquidatorentum. Die liquidatorische Seite dieser Strömung kam sowohl in den Auffassungen selbst zum Ausdruck, die auf eine Liquidation der Selbständigkeit der Arbeiterklasse und ihre Unterordnung unter die Bourgeoisie hinausliefen, als auch in der Tatsache, daß sich die Vertreter dieser Auffassungen bis zuletzt weigerten, einen einzigen praktischen Schritt für den Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr zu nennen, eine einzige politische Forderung für diesen Kampf vorzuschlagen.

Auch gegen diese falschen Auffassungen wurde auf den Delegiertenkonferenzen, in den Debatten der Zellen, auf Großversammlungen aller Mitglieder und Kandidaten des KB Wien und seiner Massenorganisationen und in internen, aber quer durch alle befreundeten kommunistischen Zirkel verbreiteten Rundschreiben der Kampf geführt. Zugleich wurde die Untersuchung vor allem der imperialistischen Militärpolitik Österreichs vertieft und damit auch von dieser Seite her ein Beitrag zur Überzeugung der Minderheit geleistet. Bis zuletzt wurde der Kampf mit dem Ziel geführt, alle Genossen für die richtige Linie zu gewinnen und auf ihrer Grundlage die Einheit der Organisation herzustellen.

Die Vertreter der Kapitulationsströmung weigerten sich jedoch, Kritik anzunehmen oder auch nur klar zu den konkreten Ergebnissen der Untersuchung und zu den politischen Forderungen der Organisation Stellung zu nehmen, entwickelten immer rascher liquidatorische Thesen zu immer mehr Fragen, sabotierten zugleich die Politik der Organisation oder stellten die Arbeit unter den Massen überhaupt ein und gingen zu immer offeneren Verletzungen des Statuts und der Organisationsnormen über. Auch zu den Fragen der organisierten und organisierenden Arbeit unter den Massen arbeiteten sie liquidatorische Vorschläge aus und forderten eine "Revidierung unseres organisationspolitischen Konzepts" (27).

Mit Berufung darauf, daß "die Mitglieder einer kommunistischen Organisation unter den Massen leben und arbeiten und politisch wirken müssen", "dort, wo die Massen leben und arbeiten" schlugen sie "die Einstellung der Agitation und Propaganda vor den Betrieben" vor, wo noch kein organisierter Genosse arbeitet, und "die Auflösung der entsprechenden Kollektive".

Was hätte die Verwirklichung dieses Vorschlags bedeutet? Er hätte bedeutet, einige Zeit in dem einen Betrieb zu arbeiten, wo ein Genossen beschäftigt ist; dann fliegt er raus, die Arbeit wird eingestellt, das Kollektiv aufgelöst; er beginnt woanders zu arbeiten: ein neues Kollektiv wird gebildet - wird er wieder gekündigt, (was gerade heute nicht so selten ist), dann wieder Auflösung, usw.

(27) Stellungnahme des Elin-Kollektivs zum Resolutionsentwurf: "Die Kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen", in "Debatte" Nr.2

Statt beharrlicher, zielstrebiger Agitation, Propaganda und organisierender Arbeit sowohl "von außen" (von Genossen, die nicht in diesem Betrieb arbeiten), als auch (was in Wien bei den meisten Zellen der Fall ist) im Betrieb selbst durch die dort arbeitenden Genossen wird faktisch vorgeschlagen die Aufgabe dieses Kampfes um den Aufbau von Zellen in den wichtigsten Industriebetrieben. Es wird damit letztlich vorgeschlagen, die Aufgabe der ganzen Zellenstruktur und der Verbindung mit den Massen über die Zellen. Es wird der Verzicht auf die organisierte Zusammenfassung der Kommunisten in Zellen zur zellenmäßigen Arbeit vorgeschlagen, zugunsten ihrer Aufsplitterung in eine Reihe von Individuen,"die von der Organisation unterstützt werden."

Diese liquidatorischen Vorschläge gingen trotz gegenteiliger Beteuerungen einher mit der Propagierung der Aufgabe der Konzentration auf die Arbeit im Industrieproletariat: "im Wesentlichen" sollte "auch für die werktätigen Intellektuellen gelten", "daß sie unter ihren Kollegen, in ihrem Bereich politisch tätig sind" (und zwar als politische Hauptaufgabe im Rahmen des KB) - und das in einer Organisation, deren Mitglieder zu diesem Zeitpunkt erst zu etwa mehr als einem Drittel Arbeiter oder einfache Angestellte waren! (28)

Von der eigenen Kapitulation zur Propaganda der Kapitulation, von der Propaganda der Kapitulation zur Liquidation - diese Entwicklung fand in der Fraktionsbildung in der Wiener Ortsgruppe ihren vorläufigen Höhepunkt.

Diese Entwicklung ist in der jüngsten Geschichte der marxistisch-leninistischen Bewegung kein Einzelfall.

1974 kam im damaligen KB Tirol ebenfalls eine ultrarechte Strömung auf, die die blanke "Volkstümlerei" in der Politik mit liquidatorischen organisatorischen Thesen und einer entsprechenden Praxis verband. Es gelang ihr die Oberhand in der Organisation zu gewinnen und sie zu spalten. Aus dieser Spaltung ging "rechterhand" der "Marxistisch-Leninistische Bund Tirols" hervor, der nach einigem pompösen Geschrei und der Entwicklung absurder "theoretischer" Blüten über den "österreichischen Sozialimperialismus" und "Sozialfaschismus" plötzlich die Sprache verlor und sich sang- und klanglos in eine VRA-Landesgruppe Tirol verwandelte.

1975 kam eine Kapitulationsströmung im damaligen KB Graz auf. Auch sie entwickelte sich auf der Grundlage einer falschen Einschätzung der Klassenkampfsituation rasch von der Kapitulation in Wort und Tat zur Liquidatorenströmung in der Politik und im Organisationsleben. Eine starke zentristische Strömung, die sich schützend vor sie stellte und die Aussöhnung mit ihr predigte, ermöglichte es ihr schließlich, die Organisation an den Rand der Auflösung zu treiben und zu spalten. (29)

(28) alle Zitate aus : Stellungnahme des Elin-Kollektivs..., a.a.o.
(29) Vgl.dazu: "Dokumente zur Einheit der Grazer Marxisten-Leninisten", Graz, Juni 1976, insbesondere S.22-29.

Nun ist es zum dritten Mal zu einer solchen Entwicklung gekommen. Wir haben allen Grund, daraus die Lehren zu ziehen.

Es ist kein Zufall, daß es in dem Teil der marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs, der früher durch die Kommunistischen Bünde und Gruppen, heute durch den Kommunistischen Bund gebildet wird, drei Mal zu Entwicklungen dieser Art gekommen ist. Es ist auch kein Zufall, daß ähnliche Erscheinungen, wenn auch nicht mit diesen weitgehenden Konsequenzen auch in den anderen KBs und KGs aufgetreten sind. So wie dieser Teil der marxistisch-leninistischen Bewegung einen gemeinsamen Ursprung hatte, so haben auch diese Entwicklungen einen gemeinsamen Ursprung.

Die Kommunistischen Bünde und Gruppen sind aus verschiedenen Organisationen entstanden, die sich in der Jugend- und Studentenbewegung Ende der 60-er Jahre herausgebildet hatten. Diese Bewegung begann vor allem unter der studierenden Jugend ihrem Wesen nach als Bewegung der radikalen bürgerlichen Demokratie, als eine Bewegung, die gegen die Verbrechen des Imperialismus und die reaktionäre imperialistische Bourgeoisie die bürgerlich-demokratischen Ideale geltend zu machen versuchte, die die Bourgeoisie seit dem Eintritt des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium längst über Bord geworfen oder zynisch in ihr reaktionäres Gegenteil verwandelt hat. Diese Bewegung nahm die Bourgeoisie beim demokratischen Wort und konfrontierte es mit der reaktionären imperialistischen Tat. Die Unvereinbarkeit der bürgerlich-demokratischen Ideale mit dem Imperialismus, die der Bewegung nicht zuletzt durch den staatlichen Gewaltapparat "schlagend" bewiesen wurde, mußte rasch zu einer Differenzierung der Bewegung führen: am einen Pol der Teil, der sich diesen Tatsachen fügte und sich mehr und mehr zum Anhängsel und Diener der imperialistischen Bourgeoisie entwickelte; am anderen Pol der Teil, den die Erkenntnis dieser Tatsachen mehr und mehr zum Marxismus-Leninismus, zur kommunistischen Bewegung drängte. Aus diesem Teil der Bewegung sind letztlich die kommunistischen Bünde und Gruppen hervorgegangen.

Die Geschichte dieser Entwicklung von der radikalen bürgerlichen Demokratie zum Marxismus-Leninismus ist wie jede Entwicklung eine Geschichte des Kampfes. Die wesentlichsten Stationen in diesem Kampf waren in der Wiener VDS/MLS der Bruch mit dem Sozialdemokratismus, der Bruch mit dem Modernen Revisionismus und der Bruch mit dem Trotzkismus. Erst nach diesen drei entscheidenden Stationen des Kampfes war Ende 1972 die MLS Wien nicht mehr nur dem Namen nach eine marxistisch-leninistische Organisation.

Eine ähnliche Entwicklung machten verschiedene Gruppen in anderen Städten durch. Aus diesen noch hauptsächlich studentischen Gruppen sind schließlich die Genossen hervorgegangen, die die kommunistischen Bünde und Gruppen aufbauten, die sich im August 1976 auf der Grundlage von Programm und Statut in den KB Österreichs auflösten.

Die Entwicklung der kommunistischen Bünde und Gruppen und der Linienkämpfe in ihnen zeigen jedoch, daß noch nicht alle dieser Genossen und der inzwischen neu von ähnlichen Ursprüngen her zu uns gestoßenen Genossen wirklich vollständig ideologisch, politisch und in ihren organisatorischen Ansichten mit ihrer Vergangenheit gebrochen haben, sich im Linienkampf vollständig von radikalen bürgerlichen Demokraten zu Marxisten-Leninisten umerzogen haben und umerziehen haben lassen. Unter der Glasur einiger oberflächlich angeeigneter Kenntnisse des Marxismus-Leninismus kommt dann notwendig eines Tages der alte radikale bürgerliche Demokrat zum Vorschein, von dem dann allerdings oft schon nur mehr der Bürgerliche übriggeblieben ist.

Dabei handelt es sich nicht nur um Überreste des alten radikalen bürgerlichen Demokratismus aus der Vergangenheit, sondern sind wir ständig mit dem neuen Eindringen solcher Elemente konfrontiert, vor allem über die nue zu uns stoßenden Studenten und Intellektuellen, die auch heute in der Hauptsache vom radikalen bürgerlichen Demokratismus her kommend zur kommunistischen Bewegung stoßen.

Dieses Element ist eine Besonderheit des Teils der kommunistischen Bewegung, der von den KB's und KG's gebildet wurde, heute vom KB gebildet wird, und wird eine Besonderheit von Bedeutung bleiben, solange die Arbeiter und anderen einfachen Werktätigen zwar einen immer größeren Anteil in unserer Organisation (in der Mitgliederschaft wie auch in den leitenden Funktionen) einnehmen, aber noch nicht zum größten und absolut dominierenden Teil geworden sind.

Dieses Element ist heute bei uns eine starke Wurzel für eine Reihe von Erscheinungen, die letztlich oft in die gleichen Abweichungen münden, wie wir sie etwa von der VRA kennen, wo sie auf andere Wurzeln zurückgehen.

Da es die Kernfrage des Herankommens an die Revolution und letztlich die Frage der Staatsmacht überhaupt betrifft, ist dieses Element der politisch-ideologische Kern der bürgerlichen Einflüsse, die mit der sozialen und politisch-ideologischen Herkunft eines heute noch relativ großen Teils unserer Genossen verbunden sind.

Zwei typische Erscheinungen, die bei uns auf diese Wurzel zurückgehen, sind:

1. Die hartnäckig in den verschiedensten Fragen und Formen auftretenden "linken" Abweichungen in Richtung des "imperialistischen Ökonomismus", die als "linke", "radikale" Gegenreaktion auf die Enttäuschung über die Uneinlösbarkeit ihrer bürgerlich-demokratischen Ideale, über die Unvereinbarkeit der bürgerlichen Demokratie mit dem Imperialismus auftreten. Unter ihrer theoretischen und praktischen Ablehnung des Kampfs um Demokratie verbirgt sich letztlich nichts anderes als das Beibehalten, die Nicht-Überwindung des alten bürgerlich-demokratischen Standpunkts, der nur vorübergehend von der Oberfläche verdrängt ist.

   Diese "linken" Abweichungen führen notwendig ins Sektierertum. Die Rückschläge, die notwendig aus sektiererischen Fehlern folgen, werden wiederum oft, wenn die Fehler nicht tiefgehend analysiert und korrigiert werden, zum Anstoß für das Umschwenken ins Kapitulantentum. Das läßt sich gerade auch bei den vorher behandelten Entwicklungen in den KB's gut feststellen.

2. Die hartnäckig in den verschiedensten Fragen und Formen auftretende rechte Abweichung, den Kampf um Demokratie als Selbstzweck und damit bürgerlich zu nehmen, ihn von seinem sozialen Zweck, der Heranführung an die proletarische Revolution zur sozialen Befreiung des Proletariats, loszulösen oder die proletarische Revolution der oder einer Frage der Demokratie unterzuordnen (so etwa, wenn nicht der Kampf um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts als einer Frage der Demokratie für das Herankommen an die Revolution genutzt wird, sondern diesem Kampf "zuliebe" der Verzicht auf die Revolution und die Unterordnung unter die Bourgeoisie gepredigt wird.)

Die Überreste und neu eindringenden Elemente des radikalen bürgerlichen Demokratismus sind ein Einfallstor für bürgerliche Abweichungen aller Art in unserer Organisation, für den Modernen Revisionismus ebenso wie für den "linken" Radikalismus und das Sektierertum. Sie sind der politisch-ideologische Kern des Einflusses der Bourgeoisie in unseren Reihen. Sie sind eng verbunden mit allen anderen bürgerlichen Erscheinungen, mit einem subjektivistischen Arbeitsstil, mit Eklektizismus und Schematismus, mit bürgerlichen, liberalen Haltungen und Anschauungen in den Fragen der Organisation.

Ihre Überwindung ist in gewisser Weise die entscheidende Voraussetzung dafür, daß der Kommunistische Bund Österreichs einen positiven Beitrag im Kampf um den Aufbau der neuen Kommunistischen Partei in Österreich leisten kann.

Der Kommunistische Bund Österreichs hat wiederholt bekräftigt, daß seiner Ansicht nach die Kommunisten den ideologischen Aufbau als Hauptkettenglied im Aufbau der Partei ergreifen müssen. Das ist auch der Weg, auf dem die Überreste und neu eindringenden Elemente des radikalen bürgerlichen Demokratismus im KB geschlagen werden können und müssen.

Der ideologische Aufbau ist kein geradliniger Weg der immer tieferen Aneignung des Marxismus-Leninismus und der geruhsamen Ausarbeitung der politischen Linie. Der ideologische Aufbau ist ideologischer Kampf und der ideologische Kampf ist Klassenkampf.

Wenn wir im Parteiaufbau den ideologischen Aufbau als Hauptkettenglied ergreifen, ergreifen wir damit den Klassenkampf als Hauptkettenglied, den Klassenkampf an der ideologischen Front. Damit werden wir der Wahrheit gerecht, die Mao Tsetung formuliert hat: "Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ideologischen und politischen Linie entscheidet alles."

Den ideologischen Aufbau als Hauptkettenglied im Parteiaufbau ergreifen heißt unter den heutigen Bedingungen in der kommunistischen Bewegung:

- den ideologischen Kampf in der eigenen Organisation führen mit dem Ziel, in ihr die Einheit auf einem immer höheren Niveau der Ausarbeitung der ideologischen und politischen Linie herzustellen,
- den ideologischen Kampf in der ganzen kommunistischen Bewegung führen mit dem Ziel, ihre Einheit in den grundlegenden programmatischen Fragen und in den Grundfragen der organisatorischen Normen auf einer richtigen ideologischen und politischen Linie herzustellen,
- den ideologischen Kampf unter den Massen führen mit dem Ziel, den Reformismus und Revisionismus zu schlagen, die durch sie hervorgerufene Spaltung zu bekämpfen, und das Proletariat im Klassenkampf bis hin zum Kampf um die politische Macht und seine soziale Befreiung zusammenzuschließen.

Der Kampf auf allen diesen drei Ebenen muß in enger Verbindung und Wechselwirkung geführt werden:

Wird der ideologische Kampf in den eigenen Reihen vernachlässigt, wird die Organisation sicherlich keinen positiven Beitrag zur Überwindung der Spaltung der kommunistischen Bewegung, zu ihrer Verbindung mit den Massen, zum Parteiaufbau leisten können, sondern die Farbe wechseln und zu einer bürgerlichen Organisation entarten.

Wird der ideologische Kampf in der kommunistischen Bewegung vernachlässigt, kann die Spaltung der Bewegung nicht überwunden werden und kann weder ein Beitrag dazu geleistet werden, die bürgerliche Entartung und den Farbwechsel eines Teils der Bewegung zu verhindern, noch der ideologische Kampf in den eigenen Reihen richtig geführt werden.

Wird der ideologische Kampf unter den Massen vernachlässigt, bleiben die Massen dem Einfluß der Bourgeoisie überlassen, kann auch der ideologische Kampf in der Organisation und in der Bewegung nicht richtig geführt werden und kann keine mit den Massen verbundene und den Massen dienende Partei aufgebaut werden.

Die Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen in der Wiener Ortsgruppe zeigen erneut, daß die richtige Führung dieses ideologischen Kampfes verbunden werden muß mit dem Kampf um richtige Auffassungen und eine richtige Praxis der marxistisch-leninistischen organisatorischen Normen. Widersprüche in der Organisation können vor der Zeit zu antagonistischen Widersprüchen werden, wenn die marxistisch-leninistischen organisatorischen Normen verletzt werden. Nicht anders ist es in der kommunistischen Bewegung. Und nicht anders ist es schließlich auch mit dem ideologischen Kampf unter den Massen, bei dem ebenfalls eine korrekte Behandlung der Organisationsfrage Einfluß darauf hat, wie sich der Widerspruch zwischen den Kommunisten und den Massen entwikkelt.

Wir werden deshalb, indem wir den ideologischen Aufbau als Hauptkettenglied anpacken, zugleich einen hartnäckigen Kampf um die richtige organisatorische Linie führen müssen, einen Kampf um die Durchsetzung und praktische Verwirklichung der marxistisch-leninistischen organisatorischen Auffassungen in der Organisation, in der kommunistischen Bewegung und in der Arbeit unter den Massen.

Dies ist nicht zuletzt auch eine Lehre aus der Spaltertätigkeit der VRA im Zusammenhang mit der Fraktionsbildung in der Wiener Ortsgruppe.

(Die VRA unterstützte die Fraktionsbildung offen, indem sie zuletzt auch die technische Herstellung eines Aufrufs der Fraktion zur allgemeinen Fraktionsmacherei übernahm).

Die Streitfragen zwischen uns und der VRA bestehen nicht nur darin, daß die VRA die Bedeutung des ideologischen Aufbaus als Hauptkettenglied im Parteiaufbau leugnet. Sie bestehen nicht nur in den bekannten politisch-ideologischen Differenzen in den grundlegenden programmatischen Fragen. Sie bestehen auch in Bezug auf die korrekten organisatorischen Beziehungen zwischen den kommunistischen Organisationen beim heutigen Stand der Entwicklung der kommunistischen Bewegung.

Wir haben vertreten und werden weiter vertreten: bei aller Schärfe der politisch-ideologischen Auseinandersetzung um die richtige Linie, auf der die Bewegung ihre Einheit herstellen und um die Einheit der Massen für die proletarische Revolution kämpfen soll, müssen die organisatorischen Beziehungen zwischen den verschiedenen kommunistischen Organisationen auf der Basis der Gleichberechtigung und der wechselseitigen Respektierung der organisatorischen Integrität entwickelt werden.

Damit unvereinbar sind die spalterischen Handlungen der VRA, die bei gleichzeitigem Ausweichen vor der politisch-ideologischen Auseinandersetzung sich immer mehr darauf verlegt, eine Wühltätigkeit gegen den KB zu entfalten und zu versuchen, Fraktionsbildungen und Spaltungen im KB und seinen Massenorganisationen hervorzurufen oder zu fördern. Sie mag hoffen, damit nach Jahren des Niedergangs wenn schon nicht durch den offenen Kampf um eine richtige politisch-ideologische Linie, so doch zumindest durch Wühl- und Spaltertätigkeit zu einigem Zuwachs zu kommen, der vom Tisch der Linienkämpfe in einer lebenden und kämpfenden kommunistischen Organisation abfällt.
Wenn sie an dieser Haltung festhält, wird sie samt dem Abfall, den sie auf diese Art bestenfalls ernten kann, in immer größere Fäulnis übergehen.

Unsere Haltung zu dieser, wie zu jeder Wühl- und Spaltertätigkeit ist klar und einfach:
Erstens: Wir sind dagegen. Zweitens: Wir fürchten sie nicht. Drittens: Wer sie betreibt und daran festhält, wird sicher damit scheitern.

G.St.

Die Linie der VRA in der Minderheitenfrage - rechte Abweichungen vom Marxismus - Leninismus

I. Die Aufgaben der Marxisten-Leninisten in der Minderheitenfrage

Die Minderheitenfrage ist ein wichtiger Abschnitt des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Hier entwickelt sich eine bedeutende Bewegung des österreichischen Volkes - aller Volksgruppen - gegen den bürgerlichen Staat. In dieser Bewegung geht es darum, Kräfte zu sammeln und schließlich die politische Offensive gegen den bürgerlichen Staat zu organisieren zum Zweck der Durchsetzung der demokratischen Rechte der Minderheiten, Rechte, die diese brauchen, um gleichberechtigt am Klassenkampf teilnehmen zu können und wie wir sie in unserem Programm festhalten. Angesichts des Aufschwungs dieser Bewegung in ganz Österreich versucht die Regierung - nach dem Ortstafelgesetz 1972 - in einem zweiten Anlauf, sie abzuwürgen, die Minderheiten noch mehr zu unterdrücken und der staatlichen Bevormundung auszusetzen als bisher und eine reaktionäre "Lösung" des Minderheitenproblems herbeizuführen. Die mit diesem Versuch verbundenen Anschläge der Regierung - und in ihrem Fahrwasser der anderen parlamentarischen Parteien - müssen im Zug des Kampfes für die Rechte der Minderheiten zurückgeschlagen werden. Vor allem müssen das Volkszählungs- und das Volksgruppengesetz zu Fall gebracht werden. Was die Bewegung für die Rechte der Minderheiten vor allem braucht, ist Klarheit darüber

1. daß es sich um eine Sache des ganzen Volkes handelt und die Rolle der deutschsprachigen Teile des österreichischen Volkes nicht bloß in der "Solidarität mit den Slowenen" besteht,

2. daß der Gegner die herrschende Klasse mit der Sozialdemokratie und ihrer Regierung als Speerspitze der bürgerlichen Reaktion ist und nicht etwa der Kärntner Heimatdienst,

3. über die Forderungen, um die der Kampf geführt werden soll, und natürlich auch darüber, daß man ihn ohne klare Forderungen nicht erfolgreich führen kann.

Klarheit muß die Bewegung auch gewinnen über den Zusammenhang der

Minderheitenfrage mit dem gesamten Klassenkampf, darunter auch darüber, daß die Regierung die Frage zur chauvinistischen Verhetzung des Volkes benutzt, was nicht unbedeutend ist im Zusammenhang der imperialistischen Politik Österreichs und der Teilnahme an der Kriegsvorbereitung des US-Imperialismus und der NATO, sowie daß die Sozialimperialisten auf der Lauer liegen, um gegebenenfalls die Diskriminierung und Entrechtung der Minderheiten und die Mißachtung des Staatsvertrags durch die Regierung als Ansatzpunkt und Vorwand für Einmischungsversuche in Österreich auszunutzen. Die Aufgabe der Marxisten-Leninisten besteht darin, praktisch und theoretisch alles für die Entwicklung der Bewegung für die Rechte der Minderheiten auf richtiger Linie zu tun, insbesondere zur Klarheit in den genannten Fragen beizutragen, und die Bewegung mit dem gesamten Klassenkampf zu verbinden. Der Artikel der VRA in der "Volksmacht" Nr. 122, ein programmatischer Artikel, muß daran gemessen werden.

II. Die Positionen der VRA in der Minderheitenfrage unterscheiden sich kaum von denen der KPÖ

Es springt sofort in die Augen, daß die Positionen der VRA in der Minderheitenfrage sich über weite Strecken decken mit denen der KPÖ, der schlimmsten reaktionären Kraft innerhalb der Bewegung für die Rechte der Minderheiten.

1. Wie die KPÖ wird es von der VRA umgangen, die Rechte, um die der Kampf geführt werden muß, beim Namen zu nennen. Es gehört zum ABC des Klassenkampfes, daß er nur erfolgreich geführt werden kann, wenn er um klare Ziele und Forderungen geführt wird. Allgemeine Formulierungen wie die von der "Gleichberechtigung der Slowenen" oder von ihren "vollen Rechten" reichen dazu nicht aus und ebensowenig die allgemeine Berufung auf den Staatsvertrag, denn auch im Artikel 7 des Staatsvertrages sind die demokratischen Rechte der Minderheiten nur allgemein umschrieben - nicht weniger, aber auch nicht mehr. Tagtäglich erleben wir, wie Unklarheiten über die Kampfziele von den bürgerlichen Kräften ausgenutzt werden zur Verwirrung und Spaltung der Bewegung, wie sie ausgenutzt werden, um die Bewegung mit der Regierung auszusöhnen und insbesondere die Slowenen der Regierung in die Arme zu treiben. Die KPÖ braucht diese Unklarheiten für ihr schmutziges Geschäft. Nur auf Grundlage dieser Unklarheiten kann sie im Trüben fischen und ihre Rolle als fünfte Kolonne der Bourgeoisie erfüllen. Man muß bloß einmal erlebt haben, wie verbissen die KPÖ dagegen kämpft, daß die Rechte der Minderheiten beim Namen genannt werden - und das mit dem Argument, daß sie ohnehin im Staatsvertrag enthalten seien, - um zu ahnen, welchem reaktionären Zweck die Beschränkung auf die Berufung auf den Staatsvertrag dient. Die VRA gibt sich für die traurige Rolle her, den KPÖ-Revisionisten dabei objektiv in die Hände zu arbeiten.

2. Aus der Ahnung wird eine klare Vorstellung, wenn man sich anschaut, was die KPÖ in der Tat zu den demokratischen Rechten der Minderheiten sagt. Dann zeigt sich nämlich, daß sie überhaupt nicht für diese Rechte eintritt, sondern auf der ganzen Linie die Kapitulation vor dem Chauvinismus und der Regierung predigt. Um ihre reaktionäre Haltung zu verwischen, muß sie die Kampfziele, die Minderheitenrechte, verwischen. Das wurde u.a. im "Klassenkampf" Nr. 8/76 des seinerzeitigen KB Wien anhand einiger Beispiele nachgewiesen. Deshalb tritt die KPÖ auch nicht klar und eindeutig gegen das Volksgruppengesetz auf und sie spricht sich auch für das Ortstafelgesetz 1972 aus. Bekanntlich ist aber das Volksgruppengesetz ein durch und durch reaktionäres Machwerk und das Ortstafelgesetz ebenso, macht es doch die Aufstellung von Ortstafeln ebenfalls von einem Prozentsatz abhängig, von 20 % anstelle der im Volksgruppengesetz vorgesehenen 25 %. An die Stelle des Kampfes um die Minderheitenrechte gegen die Regierung tritt der Appell an die Regierung, sie möge ihr eigenes - reaktionäres - Gesetz verwirklichen. Übrigens erfolgt auch die Berufung auf den Staatsvertrag durch die KPÖ-Revisionisten in der gleichen Weise, daß dieser nicht als Hilfsmittel im Kampf gegen den Staat benutzt wird, sondern um das Volk auf die "Republik Österreich" einzuschwören.

Versatzstücke dieser Politik der KPÖ und anderer bürgerlicher Kräfte in der Bewegung werden jetzt von der VRA aufgetischt. Sie spricht sich aus gegen eine "Entwicklung, die dadurch heraufbeschworen wird, daß die SP-Regierung nicht bereit ist, beschlossene Gesetze (Ortstafelgesetz z.B.) durchzuführen bzw. gegen den Widerstand reaktionärer Kräfte durchzusetzen". (VM 122, S.7) Zum Volksgruppengesetz sagt die VRA nur, daß es sich "die Forderung des KHD nach einer Zählung der Minderheiten zu eigen gemacht" habe (ebenda). Auch daß der Staatsvertrag in den Vordergrund gespielt wird, fehlt bei der VRA nicht.

3. Die Argumentation gipfelt - wie nach dem obigen Zitat zu erwarten - in der vollständigen Verwischung des Gegners, gegen den der Hauptstoß gerichtet werden muß. Es ist dies die österreichische Regierung. Es sind weder äußere Feinde der Revolution in Österreich wie vor allem der Sozialimperialismus, noch offen reaktionäre und chauvinistische Kräfte wie der KHD. Wo die Regierung diese Kräfte ausnutzt zur Einschüchterung der Minderheiten, als Druckmittel und zur Rechtfertigung ihrer Politik sowie zur Verhetzung des Volkes - dort schreibt die VRA von einem "bedrohlichen Zurückweichen (der Regierung, W.L.) gegenüber faschistischen Kräften" (S.8). Wie von der KPÖ und anderen bürgerlichen Kräften, vor allem auch von denen, die sich schützend vor die eigene Partei und Regierung stellen wollen, wird auch von der VRA vernebelt, wer der Hauptgegner des Kampfes ist, werden die Massen dadurch desorientiert, wird die Bewegung geschwächt. Ein völlig verzerrtes Bild der Lage wird gezeichnet, sogar reaktionären Illusionen, daß man der Regierung gegen "die Reaktion" den Rücken stärken müsse, wird der Boden bereitet, der Regierung wird so in die Hände gespielt, denn genau so rechtfertigt sie in der Arbeiterschaft (z.B. in der Zeitung der SP-Fraktion in der Gewerkschaft "Welt der Arbeit") ihre Politik.

Man muß zusammenfassend festhalten, daß in einigen der wichtigsten Fragen, in denen sich die Marxisten-Leninisten und die KPÖ-Revisionisten in der Bewegung für die Rechte der Minderheiten gegenüberstehen, sich die VRA auf die falsche Seite stellt und objektiv eine auf die Abschwächung und Vernebelung des Klassengegensatzes und des Gegensatzes zwischen dem Volk und dem bürgerlichen Staat gerichtete Politik unterstützt.

III. Die Minderheitenfrage und der Kampf gegen den Sozialimperialismus

In ihrem Artikel geht die VRA an die Minderheitenfrage nicht vom Standpunkt und unter einem umfassenden Gesichtspunkt des Klassenkampfes heran, sondern ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen den Sozialimperialismus. Das hängt mit der allgemeinen Linie der VRA zusammen: Der Klassenkampf wird praktisch auf den Kampf gegen die Sowjetunion reduziert. Der Kampf gegen die SU wird dadurch aus dem Zusammenhang des Klassenkampfes gerissen. Der Hauptwiderspruch in Österreich, der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie wird verwischt. Die anderen inneren und äußeren Widersprüche werden nicht in erster Linie im Hinblick auf diesen Hauptwiderspruch behandelt. Ziel ist nicht mehr die proletarische Revolution, sondern nur mehr die Unabhängigkeit Österreichs. Die österreichische Bourgeoisie ist nicht mehr unser Hauptfeind, sondern ein teils inkonsequenter Verteidiger, teils Verräter der nationalen Unabhängigkeit, der zu ihrer konsequenten Verteidigung gezwungen werden muß. Der Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs wird auf einer bürgerlichen Linie geführt. Der Gesichtspunkt des proletarischen Klassenkampfes kommt auch in dem Artikel der VRA nur an zwei Stellen, in der Einleitungs- und in der Schlußphrase, vor. In der Einleitung heißt es:
"Ein Volk kann sich nicht von Ausbeutung und Unterdrückung durch die kapitalistischen Machthaber befreien, wenn es zuläßt, daß nationale Minderheiten unterdrückt werden. Deshalb treten wir Marxisten-Leninisten und alle fortschrittlichen Menschen dafür ein, daß den nationalen Minderheiten ihre vollen Rechte erfüllt werden müssen. Über diese grundsätzlichen Erwägungen hinaus ergibt sich angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage aus dem 'Slowenenproblem' unmittelbar eine eklatante Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs." (S.6) In dem gesamten Artikel spielen diese "grundsätzlichen Erwägungen" dann keine Rolle mehr. Sie sind überhaupt keine Erwägungen der VRA. Man sollte sie eher als "marxistisch-leninistische Alibiphrasen" bezeichnen.

Dieser bürgerlichen Linie im Kampf gegen den Sozialimperialismus entspricht es auch, daß an die Stelle der konkreten Untersuchung der Pläne und Machenschaften des Sozialimperialismus und an die Stelle der Vorbereitung auf wirkliche Gefahren eine haltlose Orakelei und Unglücksprophetie tritt: "...wird doch der aggressiven Supermacht Rußland der Einmarschgrund 'einseitige Revision des Staatsvertrags' präsentiert, wobei kein Zweifel bestehen kann, daß dieser auch im passenden Moment genützt wird." (S.8) Wahrscheinlich hatte er solche Auffassungen im Auge, als Tjiao Guan-hua bei seiner jüngsten Rede auf der UNO-Vollversammlung darauf hinwies: "Es gibt heute in der Welt eine seltsame Erscheinung. Manche Leute erschrecken schon bei der bloßen Erwähnung der Sowjetunion und halten sie für unantastbar. Das ist ein Aberglaube. Der sowjetische Sozialimperialismus ist nichts, wovor man sich zu fürchten braucht." (Peking Rundschau Nr. 42/76, S. 14)

Die falsche Behandlung der vom Sozialimperialismus ausgehenden Gefahren durch die VRA ändert nichts daran, daß die Marxisten-Leninisten und das österreichische Volk sehr wachsam sein müssen gegenüber Versuchen des Sozialimperialismus, die Minderheitenfrage als Ansatzpunkt und Vorwand für Druck, Erpressung, Einmischung in Österreich zu benutzen. Sie müssen den Expansionismus und Hegemonismus der beiden Supermächte bekämpfen und besonders allen Einmischungsversuchen in Österreich entgegentreten. Sie müssen die Pläne und Handlungen des Sozialimperialismus auf dem Balkan anprangern und bekämpfen. Sie müssen sich gegen jede ausländische Einmischung in der Minderheitenfrage, von welcher Seite auch immer, wenden. Sie müssen sich insbesondere auch gegen den von der Regierung und allen Reaktionären geschürten Chauvinismus wenden.

IV. Die Linie des Kampfes gegen die KPÖ

Ungeachtet der Geistesverwandtschaft mit vielen Positionen der KPÖ-Revisionisten in der Minderheitenfrage greift die VRA die KPÖ scharf an und spricht sich sogar gegen jede Aktionseinheit mit den KPÖ-Revisionisten aus. Abgesehen von den Differenzen zwischen uns und der VRA in der Aktionseinheitspolitik ist hier vor allem interessant, wie die KPÖ angegriffen wird. Sie wird nämlich nur als Agentur des Sozialimperialismus, nicht auch als revisionistische Organisation angegriffen. Die KPÖ ist aber in erster Linie eine revisionistische Organisation, eine fünfte Kolonne der Bourgeoisie, eine Organisation, die alles zur Vertuschung der Widersprüche auf der Welt und des Klassengegensatzes in Österreich sowie zur Abstumpfung, Torpedierung und zum direkten Abwürgen des Klassenkampfes gegen die österreichische Bourgeoisie und die äußeren Feinde der Revolution in Österreich tut. Damit dient sie sowohl der österreichischen Bourgeoisie als auch beiden Supermächten (wie auch anderen ausländischen Imperialisten). Denn sie alle sind wilde Feinde der Revolution in Österreich. Diese Revolution zielt andererseits mit dem Sturz der österreichischen Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats auf die soziale Befreiung des Proletariats und des Volkes, aber auch auf die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und auf die Unabhängigkeit Österreichs ab. Wie der Kampf gegen die Supermächte Bestandteil des Klassenkampfes und der Vorbereitung auf die proletarische Revolution ist, wie dieser Kampf sich umso machtvoller entfalten kann, je mehr sich der Klassenkampf überhaupt entfaltet, so besteht auch die Politik der KPÖ in der Sabotage des Klassenkampfes und in Handlangerdiensten für den Sozialimperialismus, so muß diese Partei als revisionistisches Gift in der Arbeiterschaft und im Volk und als Agentur des Sozialimperialismus bekämpft werden.

Daß die VRA das nicht tut, hat seine Gründe darin, daß sie erstens selbst rechte Positionen in der Minderheitenfrage vertritt und daß sie zweitens sozialchauvinistische Positionen und falsche Auffassungen über den Kampf gegen den Sozialimperialismus vertritt. Gegen solche falschen Auffassungen richten sich die chinesischen Genossen, wenn sie schreiben: "Um also Imperialismus und Hegemonismus niederzuschlagen, ist es absolut notwendig, gegen den modernen Revisionismus mit der sowjetischen Renegatenclique als Kern zu kämpfen. Geht man gegen die Aggressions- und Expansionsakte des sowjetischen Sozialimperialismus vor, muß man zugleich das Wesen seiner revisionistischen Theorien aufdecken, das im Verrat am Marxismus-Leninismus besteht. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus ist heute eng mit dem Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus verbunden. Dies ist eine Sache von größter Bedeutung: Von ihr hängt Erfolg oder Mißerfolg der Sache der Revolution des Weltproletariats und der Sache der Befreiung der unterdrückten Nationen und der unterjochten Völker ab." (Peking Rundschau Nr.43,S.20)

Selbstverständlich enthebt einen die oben gegebene Bestimmung der allgemeinen Linie des Kampfes gegen die KPÖ nicht der Aufgabe, die Politik dieser Partei in jedem Fall konkret zu analysieren, das Entscheidende hervorzustreichen und sie konkret zu bekämpfen. In der Minderheitenfrage haben wir das z.B. im "Klassenkampf" Nr. 8/76 des seinerzeitigen KB Wien und in der Nr. 5/76 unserer Zeitung getan.

Die VRA bestimmt weder die allgemeine Linie richtig, noch nimmt sie eine konkrete Untersuchung der Politik der KPÖ in der Minderheitenfrage vor. Ihr "scharfer Kampf" gegen die KPÖ ist dadurch nur lautes Geschrei, das die wirkliche Politik der KPÖ überhaupt nicht trifft und daher auch keinerlei Beitrag zum wirklichen Kampf gegen die KPÖ und zu ihrer Isolierung von den Massen ist. Wo die KPÖ sich scheinbar auf die Seite der Minderheiten stellt, in Wahrheit aber die Kapitulation vor dem Chauvinismus und der Regierung predigt und so der Bourgeoisie und den beiden Supermächten in die Hände arbeitet, schreibt die VRA, daß es die Politik der KPÖ-Führung sei,"'vorbereitende' Arbeit dafür zu leisten, Unruhe zu stiften, zwischen den Volksgruppen Zwietracht zu säen, damit die nationale Einheit Österreichs zu untergraben". (S. 6) Darin ist die Politik der KPÖ nicht wiederzuerkennen. Es ist kein Wunder, daß sich die VRA hier ebensowenig wie sonst irgendwo in dem ganzen Artikel auf eine konkrete Untersuchung stützt und auch nur ein konkretes Beispiel oder Argument als Beleg oder Begründung ihrer Auffassungen bringt. Statt dessen findet man die Argumentation, daß das "Engagement der 'K'PÖ-Revisionisten für die berechtigten Anliegen der Slowenen mehr als zweifelhaft (sei). Zu offensichtlich ist doch ihre Rolle als Fünfte Kolonne der nach Weltherrschaft strebenden russischen Sozialimperialisten". (S. 6) Das dürfte nicht besonders überzeugend sein. Es ist gänzlich ungeeignet als Schlachtplan gegen die KPÖ.

V. Die Verlotterung marxistisch-leninistischer Begriffe als Einfallstor des Revisionismus

Mit den revisionistischen Positionen des Artikels geht Hand in Hand die Verlotterung der marxistisch-leninistischen Begriffe. Aus wissenschaftlichen Begriffen werden bürgerliche Schlagworte, die nicht zur Klärung, sondern zur Vernebelung der Sache führen.

Besonders auffallend ist das bei der Charakterisierung des KHD. Wird er an der einen Stelle als "Fünfte Kolonne" der Faschisten bezeichnet,so an einer zweiten als "faschistischer Stoßtrupp" und an einer dritten als "Avantgarde des österreichischen Faschismus". Um was dreht es sich beim "österreichischen Faschismus" und welche Rolle spielt er im politischen Leben? Sind mit "Faschismus" der KHD und ähnliche Organisationen gemeint? Sind die NDP und andere neonazistische Organisationen gemeint? Sind Maßnahmen des bürgerlich-demokratischen Staates gemeint, wie das Vorarlberger "Sicherheitsgesetz", das die VRA auch schon einmal als Indiz für die aktuelle "Gefahr des Faschismus" in Österreich genommen hat? Die Frage des Faschismus wie auch die Frage nach dem politischen Charakter und der politischen Bedeutung des KHD werden verdunkelt und falsch beantwortet. Das ist von schwerwiegender Bedeutung, denn Sozialdemokraten, Revisionisten und andere bürgerliche Kräfte tun ihr Möglichstes, um die Bewegung für die Rechte der Minderheiten mit dem Gerede von der "faschistischen Gefahr" vom entschlossenen Kampf gegen den bürgerlichen Staat als Träger der politischen Reaktion und die Sozialdemokratie und die SP-Regierung als deren Speerspitze abzulenken. Die Marxisten-Leninisten haben umgekehrt die Aufgabe, das zu enthüllen. Auch aus dieser Sicht erweist die VRA der Sache der Arbeiterklasse und des Volkes einen schlechten Dienst.

VI. Die VRA hat eine Meinung, aber keine Absicht, Politik zu machen

Der Artikel der VRA ist unmittelbar vor der geplanten Minderheitenfeststellung am 14. November erschienen. In ganz Österreich wird für den Boykott der Zählung mobilisiert und werden dafür konkrete Losungen ausgegeben. Die VRA "steht über den Dingen". Der Leser der "Volksmacht" wird nicht einmal darauf hingewiesen, daß am 14. November die Minderheitenfeststellung ablaufen soll, geschweige denn, daß ihm ein Vorschlag gemacht wird, wie er sich verhalten soll. Auch zu den über den 14. November hinausreichenden Kampfperspektiven in der Minderheitenfrage wird nichts gesagt. Der Aufruf "Schließen wir uns zusammen für den Kampf um die vollen Rechte der Slowenen in Österreich " im letzten Absatz des Artikels nimmt sich unter diesen Umständen wie ein schlechter Witz aus und erweist sich als hohle Phrase, die nicht ernstgemeint sein kann.

Die Position des Zuschauers und Kiebitzes beim Klassenkampf, die hier zum Ausdruck kommt, hat die VRA tatsächlich in der Vergangenheit eingenommen. Keinen Finger hat sie für die Rechte der Minderheiten gerührt und wenn einzelne VRA-Genossen dann und wann bei Demonstrationen erschienen sind, dann leider meist bloß, um ein paar Nummern der "Volksmacht" zu verkaufen und wieder abzurauschen. Es ist kein Wunder, daß die VRA in der Bewegung für die Rechte der Minderheiten keinerlei Rolle spielt.

W.L.